

Zwischen Forschung und Praxis:

Die Rolle der Fach-
hochschulen im
Wissenschaftssystem

Angela Borgwardt

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

**HOCH
SCHULE
POLITIK**

Zwischen Forschung und Praxis:

Die Rolle der Fachhochschulen
im Wissenschaftssystem

Angela Borgwardt

ISBN: 978-3-95861-604-2

1. Auflage

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abteilung Studienförderung

Redaktion: Yvonne Blos, Anett Borchers

Umschlaggestaltung und Satz: minus Design, Berlin

Druck: Brandt GmbH Bonn

Printed in Germany 2016

Die Position der Autor_innen gibt nicht in jedem Fall
die Position der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

INHALT

Yvonne Bloss Vorwort	5
Angela Borgwardt Handlungsempfehlungen	7
Ulrich Schreiterer Einführungsvortrag: Die Rolle der Fachhochschulen im Wissenschaftssystem	19
Angela Borgwardt Aktuelle Entwicklungen	31
Third Mission: Welche Bedeutung hat der Wissenstransfer an Hochschulen?	37
Die Rolle der Lehre an Fachhochschulen	43
Welche Art der Forschung findet an Fachhochschulen statt?	51
Lebenslanges Lernen: Fachhochschulen als Träger von Weiterbildungsangeboten	61
Welche Erfahrungen wurden mit der Fusion von Universitäten und Fachhochschulen gemacht?	67
Die Bedeutung von Fachhochschulen für ein offenes und gerechtes Bildungssystem	73
Die zukünftige Rolle von Fachhochschulen im Wissenschaftssystem	77

VORWORT

Vor gut 40 Jahren wurden die Fachhochschulen in Deutschland gegründet – mit dem vorrangigen Ziel, eine berufs- und praxisorientierte Alternative zu Universitäten anzubieten, insbesondere z.B. in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Seitdem hat sich das Funktions- und Anforderungsspektrum des Hochschultyps Fachhochschule erheblich erweitert. Inzwischen gehören auch anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung sowie Weiterbildung und Wissens- und Technologietransfer zu ihren Aufgaben.

Heute sind die Fachhochschulen nicht mehr wegzudenken aus der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Deutschland. Die Gesellschaft profitiert von der angewandten Forschung, die dort betrieben wird. Zudem stehen sie für Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Jungen Menschen aus Familien ohne akademische Erfahrung fällt es immer noch leichter dort ein Studium zu beginnen als an der Universität. Die Fachhochschulen stellen also eine wichtige Aufstiegsmöglichkeit dar.

Über die genaue Ausrichtung und Differenzierung im Bereich der Fachhochschulen wird in letzter Zeit heftig gestritten. Einige fordern inzwischen das Promotionsrecht für Fachhochschulen und betonen, dass sich ihre Forschungsstärke mit derer von Universitäten messen lassen kann. In einigen Bundesländern wie Schleswig-Holstein oder Hessen wurde den Fachhochschulen bereits das Recht in Aussicht gestellt, Promotionen abnehmen zu dürfen.

Die vorliegende Publikation greift die aktuelle Debatte um die Frage nach der Rolle der Fachhochschulen im Wissenschaftssystem auf: Welcher Grad der Differenzierung im Hochschulsystem ist notwendig? Wie können Fachhochschulen weiterentwickelt und gestärkt werden? Und wie sieht ihre zukünftige Rolle aus?

Dabei stehen folgende Themen im Mittelpunkt, die zugleich auch die vielfältigen Aufgaben, Chancen und Herausforderungen der Fachhochschulen verdeutlichen:

- Wo liegen Möglichkeiten und Grenzen des Wissenstransfers im Kontext der *Third Mission* an Fachhochschulen?
- Welche Bedeutung hat die Lehre an den Fachhochschulen?
- Welche Rolle spielt die Forschung heute an Fachhochschulen?
- Welche Aufgaben übernehmen die Fachhochschulen als Träger von Weiterbildungsangeboten?
- Und welche Erfahrungen wurden mit der Fusion von Universitäten und Fachhochschulen gemacht?

Wir hoffen, das Thema der Publikation stößt auf Ihr Interesse. Wir wünschen Ihnen eine anregende und informative Lektüre!



Yvonne Blos
Bildungs- und Hochschulpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Dr. Angela Borgwardt wissenschaftliche Publizistin, Berlin

Wissenschaftssystem funktional weiterentwickeln

Die Ausdifferenzierung des deutschen Wissenschaftssystems sollte weiter vorangetrieben werden. Dabei sollte das System im Ganzen betrachtet und nach funktionalen Gesichtspunkten analysiert werden: Welche Aufgaben sind im Wissenschaftssystem zu erfüllen und was können die einzelnen Wissenschaftseinrichtungen – die Universitäten, die Fachhochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen – dabei leisten? Welche besonderen Funktionen sollten die beiden Hochschultypen Fachhochschule und Universität übernehmen? Diese Frage betrifft alle Leistungsdimensionen der Hochschulen, neben Forschung und Lehre zum Beispiel auch Third Mission oder Transfer.

Zu diskutieren ist dabei auch die Frage, welches Verhältnis von beruflicher Bildung und Hochschulbildung sinnvoll ist und wie auf die diversen Gruppen von Bildungsnachfragenden und ihre Bedarfe adäquat reagiert werden kann. Ziel sollte sein, das arbeitsteilige, funktional differenzierte Wissenschaftssystem insgesamt weiterzuentwickeln und den sich wandelnden gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Dafür ist es notwendig, den viele Jahre dominierenden Kränkungs- oder Abgrenzungsdiskurs zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu verlassen und eine funktionale Versachlichung der Debatte zu erreichen.

Gegenwärtig nehmen Fachhochschulen und Universitäten im ausdifferenzierten Hochschulsystem teilweise gleiche, teilweise aber auch andere Aufgaben wahr. Tendenzen, bestehende Unterschiede zu verwischen und die beiden Hochschultypen anzugleichen, sollte entgegengewirkt werden. Vielmehr muss es darum gehen, die unterschiedlichen Rollen und Stärken der beiden Hochschultypen im Wissenschaftssystem weiter herauszubilden und den Profilierungsprozess von Fachhochschulen

und Universitäten zu unterstützen. Die Fachhochschulen sollten sich darauf konzentrieren, ihre spezielle Mission und ihre Besonderheit im Wissenschaftssystem zu verdeutlichen und eine Strategie entwickeln, um ihr jeweiliges Portfolio in anwendungsorientierter Lehre und Forschung, Wissenstransfer, Weiterbildung und Beratung auszubilden und zu stärken.

Potenziale von Fachhochschulen sichtbar machen

Ein wesentlicher Punkt ist die Aufklärung über die Potenziale von Fachhochschulen. Viele Politikerinnen und Politiker sind offensichtlich zu wenig über die Binnenstrukturen und Charakteristika von Fachhochschulen informiert – ein Informationsdefizit mit fatalen Folgen, wenn in diesem Bereich wichtige Entscheidungen getroffen werden. Es muss eindeutiger und eindrücklicher aufgezeigt werden, wie die Aufgaben von Fachhochschulen aussehen, welche Leistungen sie erbringen und welche gewichtige Rolle sie – bei einer angemessenen Finanzierung – im Wissenschaftssystem spielen können. Unverzichtbar ist dafür die Entwicklung geeigneter Kriterien, mit denen die Leistungen an Fachhochschulen gemessen und gewinnbringend sichtbar gemacht werden können. Nur dann hat die Politik auch eine belastbare Entscheidungsbasis für eine sinnvolle Verteilung von Fördergeldern.

Darüber hinaus sollte der Fokus nicht vorrangig auf die Defizite von Fachhochschulen im Vergleich zu Universitäten, sondern auf die spezifischen Stärken der Fachhochschulen gerichtet werden.

Ausdifferenzierung politisch steuern

Bei der Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems ist es eine entscheidende Frage, wie viel Differenzierung und Hierarchisierung im gesamten Wissenschaftssystem und in den einzelnen Bereichen gewünscht und vernünftig ist. Im Sinne des Gesamtsystems und seiner Leistungskraft muss die Politik hier steuern, um das richtige Maß zu erreichen. So erscheint zum Beispiel eine zu starke Hierarchisierung wie im US-amerikanischen Hochschulsystem nicht wünschenswert.

Um eine funktionale Ausdifferenzierung im Wissenschaftssystem zu erzielen, müssen sich die Wissenschaftseinrichtungen in verschiedenen Leistungsdimensionen (Lehre, Forschung, Transfer, Infrastrukturleistungen) ohne Nachteile profilieren können, das heißt jede Leistungsdimension muss mit ausreichend Ressourcen und Reputation unterlegt sein. Gegenwärtig besteht jedoch das Problem, dass Reputation und Ressourcen im Wissenschaftssystem vor allem der Leistungsdimension Forschung zugeordnet werden. Nach wie vor spielen in Berufungskommissionen, internationalen Rankings und bei der Vergabe von Fördermitteln Forschungsleistungen die entscheidende Rolle. Dagegen erhält die Lehre – ungeachtet ihrer zentralen gesellschaftlichen Bedeutung in einer Wissensgesellschaft – relativ wenig Wertschätzung und Anerkennung. Diese fehlende Gleichwertigkeit von Forschung und Lehre wirkt sich besonders auf die Fachhochschulen negativ aus, deren Schwerpunkt auf der Lehre liegt.

Ziel sollte es sein, eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Leistungsdimensionen zu erreichen, da sonst alle Wissenschaftseinrichtungen – auch Fachhochschulen – tendenziell versuchen werden, sich im Bereich Forschung zu profilieren, was in Bezug auf das Gesamtsystem jedoch dysfunktional ist. Angesichts einer steigenden Studierendenquote und einer zunehmend differenzierten Studierendenschaft mit unterschiedlichen Kompetenzniveaus und Interessen gibt es die Notwendigkeit und auch genügend Möglichkeiten, dass sich die verschiedenen Hochschuleinrichtungen im System unterschiedlich profilieren und in verschiedenen Leistungsbereichen für die vielfältigen Bedarfe im Hochschulsystem ausdifferenzieren.

Es muss deshalb erreicht werden, dass alle Leistungsdimensionen reputationsförderlich mit Ressourcen unterlegt werden. In Bezug auf die Lehre sollte die Politik gezielt Anreize setzen, um ihr mehr Geltung zu verschaffen und sie besser auszustatten. Aber auch die Hochschulen selbst müssen aufgrund ihrer weitgehenden Autonomie Verantwortung übernehmen und die Anerkennung für die Lehre erhöhen, etwa indem sie die Bedeutung der Lehre explizit in ihrem Hochschulprofil festschreiben und Lehrleistungen bei Berufungsentscheidungen einen höheren Stellenwert geben. Nur wenn die Hochschulen solche Veränderungen im Hochschulalltag umsetzen, kann die Lehre nachhaltig eine höhere Reputation erhalten. Auch die Medien können einen Beitrag dazu leisten, indem sie in ihrer Berichterstattung andere Akzente setzen und zum Beispiel dem Bereich Lehre mehr öffentliche Aufmerksamkeit schenken.

Rahmenbedingungen für gute Lehre verbessern

Fachhochschulen haben ihren Schwerpunkt in der anwendungsbezogenen Lehre, doch nehmen sie darüber hinaus weitere Aufgaben wahr, etwa anwendungsbezogene Forschung, Weiterbildung, Wissenstransfer und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Im Laufe der Jahre sind immer mehr neue Aufgaben hinzugekommen, während der Umfang der Lehrverpflichtung gleich geblieben ist. Die für zusätzliche Aufgaben nötige Zeit fehlt dann zwangsläufig bei der Lehre bzw. führt zu einer Überlastung des Lehrpersonals.

Aufgrund der Menge und Vielfalt der Aufgaben muss dafür gesorgt werden, dass eine hohe Qualität der Lehre an Fachhochschulen gewährleistet bleibt. Gute Lehre braucht viel Zeit für Vor- und Nachbereitung, ausreichend Mittel sowie didaktische Kompetenzen der Lehrenden.

Um gute Lehre an Fachhochschulen sicherzustellen, wären verschiedene Maßnahmen wichtig:

- Erstens sollte die Lehrbelastung der Fachhochschulprofessor_innen reduziert werden, damit sie sowohl ihre Lehraufgaben als auch die neu hinzugekommenen Aufgaben (wie zum Beispiel Third Mission oder Weiterbildung) in ausreichender Qualität erfüllen können.
- Zweitens sollte die Politik mehr Geld und Stellen für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zur Verfügung stellen. Dabei ist auch ein selbstbewussteres Auftreten der Fachhochschulen gegenüber der Politik unverzichtbar: Wenn von politischer Seite zusätzliche Aufgaben gesetzlich festgelegt werden (wie beispielsweise Forschung), dann sollten die Hochschulen auch die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen mit Nachdruck einfordern.
- Drittens muss eine didaktische Qualifizierung und Weiterbildung des Lehrpersonals sichergestellt werden, sowohl der Fachhochschulprofessor_innen als auch der Lehrbeauftragten. Hier wären gezielte hochschuldidaktische Weiterbildungen wichtig.
- Viertens sollten Hochschulprofessor_innen bei den zahlreichen bürokratischen Aufgaben, die sie mittlerweile zum Beispiel für Evalu-

ation, Qualitätssicherung oder Forschungsanträge aufwenden müssen, entlastet werden.

- Fünftens sollte das System der Lehrverpflichtung stärker flexibilisiert werden, etwa durch Deputatsreduktionen für Forschung bei gleichzeitiger Absicherung der Lehre, damit die Fachhochschulprofessor_innen neben Lehre und anderen Aufgaben auch ihren gesetzlich festgelegten Aufgaben im Bereich Forschung besser nachkommen können.

Forschung an Fachhochschulen fördern

Auch wenn Fachhochschulen ihren Schwerpunkt in der Lehre haben, ist Forschung immer wichtiger geworden. Ein wesentliches Kennzeichen ist eine starke Anwendungsorientierung von Lehre und Forschung – hier sehen viele Fachhochschulen auch ihre Gemeinsamkeit und ihr Profil.

Das BMBF-Programm „Forschung an Fachhochschulen“ auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung zielt auf die Förderung der anwendungsbezogenen Forschung und der Nachwuchsförderung an Fachhochschulen. Mit den Mitteln des Bundesprogramms sollen Fachhochschulen in bestimmten Bereichen dabei unterstützt werden, in einem nächsten Schritt größere Summen an Förder- bzw. Drittmitteln einzuwerben. Die thematischen Schwerpunkte des Programms sind eng auf die neue Hightech-Strategie der Bundesregierung bezogen. Hier wäre es notwendig, dass der Bund die Förderschwerpunkte (in Bezug auf Themen und Fächer) ausweitet, damit die Fachhochschulen wichtige gesellschaftliche Herausforderungen und Problemstellungen mit anwendungsbezogener Forschung bearbeiten können.

Die Profilierung der Fachhochschulen über Anwendungsorientierung darf allerdings nicht zu dem Missverständnis führen, dass anwendungsorientierte Forschung ausschließlich an Fachhochschulen stattfindet, während Grundlagenforschung nur an Universitäten ihren Platz hat. Die strikte Unterscheidung von Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung ist grundsätzlich nicht geeignet, um die Forschung an Universitäten und Fachhochschulen vollständig voneinander abzugrenzen. Zudem wird diese Unterscheidung den tatsächlichen Forschungs- und Innovationsprozessen nicht gerecht, da in Bezug auf ein-

zelne Institutionen und Forschungsprojekte inhaltlich oft keine klare Trennung möglich ist. Vielmehr gibt es verschiedene Schwerpunkte und Ausprägungen innerhalb des Spektrums zwischen den Polen von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung. Letztlich geht es um gute Forschung, die innovativ und kohärent ist und den wissenschaftlichen Kriterien gerecht wird – eine Anforderung, die an Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen besteht.

Ausreichende Finanzierung sicherstellen

Fachhochschulen haben gegenwärtig erhebliche Probleme, Forschung nachhaltig zu finanzieren. Oft fehlt es an den erforderlichen personellen und administrativen Strukturen, die mangels langfristiger Finanzierung und fehlendem Mittelbau keine Kontinuität aufweisen. Viele wichtige Themen der anwendungsorientierten Forschung sind in den Förderprogrammen bisher nicht abgebildet, und an der DFG-Forschungsförderung sind die Fachhochschulen derzeit noch nicht einmal zu einem Prozent beteiligt. Das große Potenzial der Fachhochschulen in der Forschung kann daher nicht ausreichend genutzt werden, weil viele gute Forschungsideen bisher noch keinen Raum zur Entfaltung erhalten. Deshalb muss künftig stärker verdeutlicht werden, wo der Gewinn der Forschung an Fachhochschulen für die Gesellschaft besteht.

Zudem bedarf es geeigneter Unterstützungsstrukturen und einer ausreichenden finanziellen Grundausstattung, damit an Fachhochschulen Forschungsprojekte in angemessener Form akquiriert und bearbeitet werden können. Sinnvoll könnten spezifische Förderformate für angewandte Forschung an den Fachhochschulen sein, damit diese nicht in Forschungsbereiche hineingehen müssen, die sie im Kern nicht bewältigen wollen und können – nur, weil es dort Fördermittel für Forschung gibt. Fachhochschulen müssen auskömmlich für angewandte Forschung ausgestattet sein. Das System der Forschungsförderung muss somit entsprechend den Potenzialen von Fachhochschulen weiterentwickelt werden.

Dabei ist es wichtig, die Funktionsspezifik der Fachhochschulen ernst zu nehmen und sie nicht dem Forschungsimperativ des Wissenschaftssystems unterzuordnen, der sich an Forschungsexzellenz orientiert. Hier könnte es hilfreich sein, auf der Basis einer Funktionsbestimmung im

Wissenschaftssystem eine systematische Unterscheidung vorzunehmen und darüber eine sachorientierte und nachvollziehbare Kategorisierung zu entwickeln. Ein sinnvoller Weg könnte die Differenzierung über Entscheidungssysteme sein, in denen über die Finanzierung und Institutionalisierung von Forschung unter verschiedenen Kategorien, Ansprüchen, Funktionen und in verschiedenen Referenzrahmen entschieden wird: In manchen Entscheidungssystemen ist zum Beispiel gesellschaftliche Relevanz entscheidend, in anderen spielen politische Präferenzen, ökonomische Annahmen oder ausschließlich die wissenschaftliche Qualität die maßgebliche Rolle. In einem Entscheidungssystem, das Forschung an Fachhochschulen angemessen finanziert, würden andere Kategorien, Hierarchien und Prozesse eine Rolle spielen als zum Beispiel bei der DFG. Wenn die funktionale Bestimmung der unterschiedlichen Hochschulformate überzeugend gelingt, dann könnten daraus auch rechtfertigungsfähige Finanzierungsansprüche für die Fachhochschulen begründet werden.

Unverzichtbar ist dafür, das Problem der mangelnden Grundfinanzierung der Hochschulen zu lösen. Einzelne Förderprogramme des Bundes können hier keine dauerhafte Lösung bieten. Vielmehr müssen die Länder für eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen – sowohl der Universitäten wie der Fachhochschulen – sorgen. Aus der Funktionsdifferenzierung im Wissenschaftssystem kann die Forderung abgeleitet werden, dass die Fachhochschulen wie die Universitäten für ihre Forschung Grundmittel brauchen, die ihnen bisher nicht zur Verfügung stehen. Auf dieser Sockelfinanzierung könnten sie dann Dritt-mittelaktivitäten entwickeln.

Das Grundfinanzierungsproblem der Hochschulen könnte teilweise mit den Mitteln gelöst werden, die durch die Änderung des Art. 91b GG zur Verfügung stehen werden.¹ Allerdings sollten die Hochschulen hierzu konkrete Forderungen an die Politik formulieren, aus denen klar hervorgeht, dass und in welcher Form der Bund in diesem Bereich aktiv werden muss.

¹ Zu den Änderungen des Artikels 91b GG und den Folgen für die Wissenschaft vgl. Angela Borgwardt: Neuer Artikel 91b GG: Was ändert sich für die Wissenschaft? Schriftenreihe des Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen. Berlin 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12269.pdf> (Stand: 10.08.2016).

Studierendenanteile von Universitäten zu Fachhochschulen verlagern

Aktuell liegt das Verhältnis der Studierendenanteile zwischen Fachhochschulen und Universitäten bei 1:2. Schon in den 1960er Jahren hatte der Wissenschaftsrat aber formuliert, dass das Verhältnis eher umgekehrt bei 2:1 liegen sollte, wenn die Funktionsfähigkeit des Hochschulausbildungssystems gewährleistet sein soll. Legt man den erkennbaren Bedarf an Absolventen und Absolventinnen und das Interesse potenzieller Studierender am Erwerb praktischer Qualifikationen zugrunde, steht das System gewissermaßen auf dem Kopf. Auch wenn die meisten jungen Menschen einen akademischen, aber nicht unbedingt universitären Abschluss erreichen wollen, streben faktisch die meisten an eine Universität: zum einen, weil ein Universitätsabschluss auf dem Arbeitsmarkt mehr „wert“ ist, zum anderen weil die gegenwärtige Fächerstruktur keine überzeugende Verteilung des Studienangebots an Universitäten und Fachhochschulen darstellt.

Diese Verteilung der Studierenden erweist sich für das Hochschulsystem als problematisch, weil ein sehr großer Teil von Studierenden mit falschem Schwerpunkt ausgebildet wird – sowohl im Hinblick auf die eigenen Fähigkeiten und Erwartungen an das Studium als auch im Hinblick auf die spätere Berufstätigkeit. Dies geht auch auf Kosten der Lehrqualität im gesamten System und des dualen Sektors. Ungeachtet anderer Bedarfe fließt der wesentlich größere Anteil der staatlichen Mittel für die Hochschulbildung in die Universitäten.

Um mehr Studierende in Richtung Fachhochschulen zu lenken, müssten nicht nur Verschiebungen in den Finanzmitteln, sondern auch Veränderungen in den Fächerstrukturen zwischen Fachhochschulen und Universitäten erreicht werden. Die Fachhochschulen sollten sich auf ein geeignetes Fächerspektrum für anwendungsorientierte Forschung konzentrieren, das heißt beispielsweise nicht unbedingt Medizin anbieten, wohl aber Ausbildungsgänge medizinnahe Berufe. Wenig sinnvoll erscheint dabei, dass inzwischen Tausende von verschiedenen Studiengängen im Bachelor- und Masterbereich angeboten werden. Die Unübersichtlichkeit und starke Spezialisierung insbesondere in den Bachelorstudiengängen überfordert viele Studierende bei der Studienwahl und wird auch nicht der notwendigen Vermittlung von Grundlagenwissen in den einzelnen Fächern gerecht. Hier sollte unbedingt umgesteuert werden, um eine zu starke und zu frühe Ausdifferenzierung zu vermeiden.

Letztlich kann das Umsteuern der Studierendenanteile nur gelingen, wenn eine Gleichwertigkeit der Abschlüsse an Fachhochschulen und Universitäten erreicht wird.

Karrierewege für den Nachwuchs an Fachhochschulen etablieren

Unter den derzeitigen Besoldungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen haben Fachhochschulen häufig Schwierigkeiten, neue Professorinnen und Professoren zu rekrutieren. Deutlich wurde ein zweifaches Rekrutierungsproblem der Fachhochschulen: Es besteht ein generelles Problem bei der Rekrutierung von wissenschaftlich und didaktisch qualifiziertem Personal und ein spezielles Rekrutierungsproblem in all jenen Bereichen, in denen es keine komplementären universitären Fächer gibt. Hier müssen strukturelle Lösungen gefunden werden. Dazu gehört eine übergreifende Diskussion zu der gesellschaftlichen und zugleich politischen Frage, ob eine fortschreitende Akademisierung immer weiterer Berufsfelder erwünscht ist.

Auch die Frage der gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an Fachhochschulen ist bisher noch ungelöst. Gegenwärtig ist das Karrieresystem an Fachhochschulen nicht systematisch aufgebaut wie an Universitäten, was zu einem erheblichen Nachwuchsproblem führt. Während an den Universitäten für den wissenschaftlichen Nachwuchs ein Karrierepfad über die Juniorprofessur geschaffen wurde, gibt es an Fachhochschulen kein adäquates Pendant. Das universitäre, wissenschaftsorientierte Karrieremodell kann aber nicht einfach auf die Fachhochschule übertragen werden, da Fachhochschulprofessor_innen neben ihrer wissenschaftlichen Ausbildung zusätzlich über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen müssen. Für diese Doppelqualifikation der Professor_innen muss ein geeignetes Karrieremodell entwickelt werden, damit qualifiziertes Personal für Fachhochschulen in ausreichendem Umfang rekrutiert werden kann. Das gegenwärtige Zeitfenster sollte dafür genutzt werden, um ein geeignetes Förderprogramm aufzulegen, das in der nächsten Legislaturperiode auch mit Ressourcen unterlegt werden kann.

Zudem ist es notwendig, Karrierepfade für die Fachhochschulprofessur zu beschreiben und diese Karrierewege auch planbar zu machen. Zu dieser Frage hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier

vorgelegt, in dem das Konzept der „Perspektivprofessuren“ vorgestellt wird. Damit soll auch deutlich gemacht werden, dass der Karriereweg an Fachhochschulen länger ist, weil Berufspraxis, Lehrerfahrung und meist auch Promotion zusammengehören. Hier sind besonders die Fachhochschulen gefordert, mögliche Karrierewege zu beschreiben und darzustellen.

Die Frage der Personalstruktur ist ein wichtiger Punkt, um die Zukunftsfähigkeit der Fachhochschulen sicherzustellen. Dazu gehört eine Überarbeitung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG), indem auch Befristungsnotwendigkeiten an Fachhochschulen einbezogen werden – und nicht nur wie bisher an Universitäten.

Kooperative Promotionen ausbauen und Stellenwert der Promotion klären

Das Promotionsrecht der Fachhochschulen muss im Kontext der gesamten Forschungslandschaft und des Hochschulsystems betrachtet werden. Ganz entscheidend ist dabei, dass bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen, um das Promotionsrecht im Sinne der Promovierenden sachgerecht ausüben zu können. Es bedarf einer Institution mit einer gewissen Fächervielfalt, damit das Promotionsrecht in einem wissenschaftlichen Umfeld ausgeübt werden kann. In der Regel sollten Promotionen in einer interdisziplinären, forschungsintensiven Kulisse stattfinden, die mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet ist. All diese Voraussetzungen existieren an vielen Fachhochschulen gegenwärtig nicht.

Bisher waren Promotionen an Fachhochschulen nur in kooperativen Verfahren mit Universitäten möglich. Im Jahr 2016 hat das Bundesland Hessen einen Vorstoß gemacht und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Möglichkeit eines befristeten Promotionsrechts eingeräumt, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden. Erteilt wird das Promotionsrecht auf Zeit in bestimmten Fächergebieten, die über eine kritische Masse und ausreichend Promotionsbetreuer_innen mit spezifischen Qualifikationen verfügen. Auch wurde eine Reihe von Qualitätskriterien für die Betreuung und Begutachtung von Promotionsverfahren und die Qualitätssicherung formuliert. Das hessische Modell kann dazu dienen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, doch erscheint es nicht als Lösung für die Breite, da es an vielen Fachhochschulen

zwar forschungsstarke Professor_innen gibt, aber keine ausreichend kritische Masse innerhalb eines Fachs besteht, um das Promotionsrecht beantragen zu können. Die kooperative Promotion erscheint daher als Königsweg, da hier auch kleinere Hochschulen sowie kleinere Fächer eine Chance auf das Promotionsrecht haben. Deshalb sollte darauf hingewirkt werden, das kooperative Modell in die Breite zu tragen.

Die Qualität von Promotionsverfahren an Fachhochschulen und Universitäten sollte im fachlichen Zusammenhang betrachtet werden, da auch an Universitäten in diesem Bereich noch erhebliche Defizite bestehen, etwa ungenügende Betreuungsverhältnisse und mangelnde Qualitätssicherung.

Angesichts der gewünschten funktionalen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems bzw. der funktionsspezifischen Ausdifferenzierung von Hochschulen und anderen Wissenschaftseinrichtungen muss aber zunächst die grundsätzliche Frage geklärt werden, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die Promotion künftig erhalten soll. Sollte es beispielsweise wie in England eine Unterscheidung zwischen einem Berufsdoktorat und einer Promotion mit Forschungscharakter (Ph.D.) geben? Wenn man die Promotion als eine wissenschaftsqualifizierende Arbeit ausweist, wird sich auch die Frage klären, welche Rolle Fachhochschulen im Bereich der Promotion übernehmen können. Die zentrale Frage sollte daher nicht sein, welche Institution das Promotionsrecht erhalten sollte bzw. wer promovieren darf, sondern welche Qualitätsanforderungen an eine Promotion gelten sollen und wie diese sichergestellt werden können.



EINFÜHRUNG: DIE ROLLE DER FACHHOCHSCHULEN IM WISSENSCHAFTSSYSTEM

Dr. Ulrich Schreiterer Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Die Fachhochschulen werden bald fünfzig Jahre alt. Das hat noch keine andere Strukturreform im deutschen Hochschulsystem nach 1960 geschafft – von den vielen Reförmchen ganz zu schweigen. Die Gesamthochschule als andere Großbaustelle hatte nur eine halb so lange Lebenszeit. Vor allem aber war keine Neuerung so erfolgreich, keine hat die Hochschulbildung so nachhaltig verändert. Viele Weggefährten und Hochschulpolitiker mögen sich von den Fachhochschulen anfangs mehr versprochen haben. Doch es ist im Wesentlichen ihnen zu verdanken, dass im deutschen Hochschulsystem in den letzten fünfzig Jahren ein wahrer Paradigmenwechsel stattgefunden hat.

Das Geburtsdatum der Fachhochschule als eigenständiger, neuer Typ von Hochschule ist der 31. Oktober 1968. Damals gab es im deutschen Bildungsföderalismus noch kein Kompetenzgerangel mit dem Bund, keine Gemeinschaftsaufgaben oder gemeinsame Bund-Länder-Programme. Ein von den Ministerpräsidenten der damals noch elf alten Bundesländer beschlossenes Abkommen zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens reichte aus, um dem neuen Typ von Hochschule zu kreieren. Die meisten der staatlichen und diesen gleichgestellten Fachhochschulen wurden 1969 und 1971 errichtet, meist aus Ingenieurschulen, Akademien und höheren Fachschulen, deren Anfänge teilweise bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen.

Die Fachhochschulen sollten eine Alternative zu den Universitäten darstellen, den absehbaren tiefen Umbrüchen im Beschäftigungssystem Rechnung tragen und den rasch wachsenden Bedarf an höherwertigen Qualifikationen befriedigen. Genauer gesagt: den steigenden Bedarf an Fachkräften, die auf wissenschaftlicher Grundlage ausgebildet sind, aber eben nicht für eine wissenschaftliche Tätigkeit, sondern praxisorientiert und bedarfsgerecht. Der neue Hochschultyp schien die passende Antwort auf eine gleich doppelte Herausforderung für die Hochschulbildung liefern zu können: nämlich eine rasant nachwachsende Nachfrage nach

Studienplätzen zu meistern und gleichzeitig eine starke berufsorientierte Ausbildung im tertiären System zu verankern. Gründung und Aufbau der Fachhochschulen reflektierten damit den weltweiten Trend zu einer massiven Expansion der Hochschulbildung, der in vielen Ländern mit ganz ähnlichen Strukturreformen verbunden war, und zwar als Reaktion auf die rasch voranschreitende Verwissenschaftlichung der Arbeitswelt – neudeutsch *upgrading of skills* – sowie die Verberuflichung der Hochschulbildung – international als *occupationalisation* bekannt. Die Fachhochschulen waren sozusagen das Markenzeichen einer – wie es Rudolf Stichweh nennt – „wissensgestützten Beruflichkeit“.

1972 wurden die Fachhochschulen in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes (HBFVG) aufgenommen. Damit konnte sich der Bund erstmals nach Maßgabe der 1969 im Grundgesetz verankerten Hochschulbauförderung an deren Auf- und Ausbau beteiligen. Mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) von 1976 wurden die Fachhochschulen rechtlich zumindest insoweit den Universitäten gleichgestellt, als auch sie nun Diplomabschlüsse verleihen konnten, wenn auch mit dem Zusatz „FH“ in Klammern. Mit den Bologna-Reformen fielen diese feinen Unterschiede weg. Seit 1998 unterscheiden sich Bachelor- und Master-Abschlüsse der Fachhochschulen nominell nicht mehr von denen der Universitäten. Langsam, aber stetig haben sich die Fachhochschulen in der akademischen Nahrungskette nach oben gearbeitet. Aus Schmutdelkindern sind stolze *Universities of Applied Science* geworden, aus Fachhochschulen breit aufgestellte Hochschulen mit Kompetenz- und Forschungszentren und einem differenzierten Leistungsspektrum.

2012/13 gab es in Deutschland laut Bildungsbericht (2014) 93 Universitäten und 216 anerkannte Fachhochschulen. 1995 waren es nur 138 Fachhochschulen. Dass die Zahl der Fachhochschulen um fast die Hälfte gewachsen ist, liegt im Wesentlichen an privaten Einrichtungen, deren Zahl von 20 auf 92 stieg, während die Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft mit 19 konstant blieben und die Zahl der staatlichen Fachhochschulen nur geringfügig von 99 auf 105 zunahm. Im Laufe der Zeit sind die Fachhochschulen für Studienanfänger und -anfängerinnen immer attraktiver geworden. 1995 entschieden sich 26% der Erstsemester für ein Studium an einer Fachhochschule, heute sind es bereits 40%, wobei sich die absoluten Zahlen der Studienanfänger und -anfängerinnen in derselben Zeit mehr als verdreifacht haben.

Gegenwärtig sind gut 35% der Studierenden in Deutschland an Fachhochschulen eingeschrieben, die allermeisten dieser einer Million Personen (82%) an staatlichen Hochschulen und nur ein relativ kleiner Teil (6%) an privaten Einrichtungen.

Von Anfang an haben die Fachhochschulen um ein eigenständiges Profil, ihre Aufgaben und Stellung im deutschen Hochschulsystem und – fast mehr noch – um ihre Ressourcen, Rechte und ihren Status ringen müssen. Die Geschichte dieses Kampfes lässt sich trefflich in den Empfehlungen nachvollziehen, die der Wissenschaftsrat seit 1981 nahezu pünktlich alle zehn Jahre zu den Fachhochschulen vorgelegt hat.

Bereits in seinen ersten Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen hatte der Wissenschaftsrat eine Formel für die oben verordnete institutionelle Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen vorgeschlagen. Diese Formel sollte deren Funktionalität sinnfällig machen, erwartbare Konflikte über die Rolle und Legitimität der neuen Familienmitglieder einhegen, aber vor allem den Fachhochschulen selber eine nachhaltig tragfähige Perspektive aufzeigen. Fachhochschulen, so hieß es damals und so wurde es wie ein Mantra jahrelang wiederholt, seien „andersartig, aber gleichwertig“ mit den Universitäten. Sie sollten also keine „Hochschulen *light*“ und erst recht keine Schulen sein, sondern Hochschulen, die von distinkten Aufgaben und einem speziellen Modus Operandi geprägt waren. Was genau damit gemeint war und was daraus für die Aufgaben und die Stellung der Fachhochschulen erfolgte, ist immer wieder hinterfragt und neu interpretiert worden. Wie einst die tragende Linie zur Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeiter_innen, wurde auch die zwischen Universitäten und Fachhochschulen durch punktuelle Konvergenzen zwischen beiden Bereichen zunehmend unterhöhlt und brüchig. Ein neues Leitmotiv für die Fachhochschulentwicklung ist daraus allerdings nicht entstanden, ja, aus meiner Perspektive noch nicht einmal in Sicht. Zu einer förmlichen Gleichstellung von Fachhochschulen und Universitäten, also zu einer Vereinheitlichung des Universitätssystems – wie es in England 1992 geschehen ist –, kam es ebenfalls nicht. Allerdings sind deutliche semantische Verschiebungen in der Beschreibung der Rolle von Fachhochschulen festzustellen. Was sich darin neben dem rasch wachsenden Gewicht der Fachhochschulen vor allem widerspiegelt, ist ein zunehmendes Unbehagen gegenüber griffigen Formeln und fein austarierten Pflichtenheften.

Der Wissenschaftsrat prägte die Formel, Fachhochschulen sollten „anders, aber gleichwertig“ mit Universitäten sein.

1981 hatte es der Wissenschaftsrat noch für nötig befunden, in seinen Empfehlungen festzustellen, dass die Fachhochschulen zum tertiären Bereich gehören und ein wesentlicher Bestandteil des Hochschulsystems sind, und dass sie sich mit „den absehbaren Konsequenzen der rückläufigen Geburtenentwicklung für den tertiären Bereich auseinandersetzen und dafür rechtzeitig Vorkehrungen treffen müssten“. Die eigenständigen Aufgaben der Fachhochschulen in einem differenzierten Hochschulsystem müssten darin bestehen, „auf der Grundlage der für alle Hochschulen geltenden Aufgabe der wissenschaftlichen Berufsvorbereitung den Anwendungsbezug in besonderer Weise zu berücksichtigen.“ Des Weiteren wurde auf die besondere Aufgabe der Fachhochschulen hingewiesen: „Es ist zu betonen, dass Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen ihren Grund nicht darin haben können, Studienangebote der Universitäten und Technischen Hochschulen zu reproduzieren.“ Vielmehr sollten sie ihre eigenen Studienangebote in enger Abstimmung mit Berufskräften des späteren Beschäftigungsbereichs entwickeln.

Fachhochschulen sollten auch keine Vorbereitungsanstalten für Universitäten sein. Ihre Wissenschaftlichkeit sollte laut Wissenschaftsrat von den Anforderungen an die wissenschaftlichen Qualifikationen der Professoren, den schulischen Zugangsvoraussetzungen der Studenten und dem Angebotsniveau des Studiums geprägt sein. Eigene Forschung hielt man dagegen zunächst noch nicht für nötig. *Par ordre du mufti* wurden Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen strikt auf solche Fragestellungen und Problemlösungsverfahren beschränkt, die der unmittelbaren Erschließung und Umsetzbarkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis dienen. Zweckfreie Forschung blieb per definitionem den Universitäten vorbehalten, die dafür ja auch erhebliche Mittel in ihrer institutionellen Grundfinanzierung haben. Wie die Fachhochschulingenieure lange Zeit als Produktionsingenieure galten, die für eine reibungslose Implementation technologischer und organisatorischer Innovationen zuständig waren, sollten die Hochschulen, die sie ausbildeten, nicht versuchen zu verstehen, was die Maschinen im Inneren zusammenhält und wie sie künftig aussehen könnten, sondern sich darum kümmern, den Laden per *piecemeal engineering*² am Laufen zu halten und immer besser zu machen.

2 In der Wirtschaftssoziologie verwendeter englischer Begriff für „Stückwerk-Technik“: Im Hinblick auf gewünschte Zwecke werden Institutionen nicht als Ganzes neu geplant und gestaltet, sondern schrittweise durch kleine Eingriffe in einem kontinuierlichen Prozess verbessert [Anm. der Red.]. Vgl. <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/st%C3%BCckwerktechnik/st%C3%BCckwerk-technik.htm> (Stand: 31.07.2016).

In seinen im November 1990 verabschiedeten Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren hielt der Wissenschaftsrat zwar grundsätzlich an dieser Linie fest, lüpfte aber hier und da den kategorialen Deckel. So sollten die Fachhochschulprofessoren und -professorinnen ihre fachliche Kompetenz ständig aktualisieren können und die den Fachhochschulen in den meisten Ländern inzwischen eingeräumten gesetzlichen Möglichkeiten zu Forschung und Entwicklung sollten materiell aufgefüllt werden – allerdings mit dem klaren Vorbehalt, dass damit nicht der Primat der Lehre infrage gestellt werden dürfe.

Besonders wichtig war dem Wissenschaftsrat am Ende der alten Bundesrepublik aber etwas anderes: Die Fachhochschulen sollten rasch ausgebaut und ihr Fächerspektrum erheblich erweitert werden, insbesondere durch neue berufsorientierte Studiengänge in bislang nur von Universitäten bespielten geistes-, sozial- und naturwissenschaftlichen Feldern, die auf Tätigkeiten in der Wirtschaft vorbereiten. Die Studierendenanteile zwischen Universitäten und Fachhochschulen müssten radikal umgeschichtet und das auf der Spitze stehende Dreieck der Studierendenpopulation auf die Grundlinie gestellt werden, d.h. die Fachhochschule sollte als Hochschule der modernen Industriegesellschaft zur Regelversorgungshochschule im Hochschulsystem werden – zumal die Hochschulabsolvent_innen seit dieser Zeit nicht mehr darauf setzen konnten, später einmal bei Vater Staat eine auskömmliche Beschäftigung zu finden, wie es noch bis dahin für 70% aller Absolventen und Absolventinnen gegolten hatte. Damit war zugleich eine massive Kritik, ein Misstrauen gegenüber den Universitäten und ihren Fähigkeiten verbunden, diese und andere Veränderungen aufzugreifen und damit umzugehen.

Nur zur Erinnerung: Es war die Zeit, als Dieter Simon, damals Vorsitzender des Wissenschaftsrates, davon sprach, dass die deutschen Universitäten „im Kern verrottet“ seien – in Anlehnung an ein berühmterühmtes Diktum des Historikers und späteren Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Hermann Heimpel, der im Jahr 1955 mit Blick auf den Nationalsozialismus gesagt hatte, die deutsche Universität sei „im Kern gesund“. Simons Aussage von den „im Kern verrotteten Universitäten“ rief heftige Kontroversen hervor und forderte beispielsweise Peter Glotz zu einer Philippika heraus, eine Umgestaltung und Beweglichkeit der Universität einzufordern.

Mit der Umlenkung der Studierendenströme sollte kein expliziter Umbau des deutschen Hochschulsystems verbunden sein. Doch die für



überfällig erachtete Gewichtsverlagerung hin zu den Fachhochschulen – wäre sie denn realisiert worden – hätte natürlich eine hochschulpolitische Revolution bedeutet. Um dem Statusstreben der Fachhochschulen und ihrer vielfach gewünschten Assimilation mit Universitäten vorbeugend entgegenzuwirken, fand es der Wissenschaftsrat richtig, in seinen Empfehlungen festzuhalten, „deren Profil als Hochschule mit dem Schwerpunkt in der Lehre und einer eigenständigen an den Anforderungen in der Praxis orientierten Bildungs- und Ausbildungsidee nachhaltig zu sichern“. Dieses Alleinstellungsmerkmal der Fachhochschulen dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Revolution ist ausgeblieben, wie wir alle wissen, und lässt noch immer auf sich warten. Wie die deutsche Hochschullandschaft aussähe, wäre sie erfolgreich gewesen, kann dahingestellt bleiben.

Ironischerweise fiel die hochschulpolitische Wende den Umbrüchen in der DDR zum Opfer. Nach der Wiedervereinigung rückten nämlich die Umgestaltung und der Ausbau der Hochschulen in den neuen Ländern ins Zentrum der staatlichen Politik. Für Großbaustellen und Experimente blieb da keine Zeit und kein Raum mehr. Durchwurschteln und Festhalten am Bewährten waren angesagt: Vorwärts immer – Ändern nimmer. Dennoch sind die Kapazitäten der Fachhochschulen nach 1990 erheblich ausgebaut worden - und zwar nicht zuletzt durch konzertierte Aktionen von Bund und Ländern im Gefolge der Hochschulpakete. Dank der Bolognareform, aber auch infolge der Nischenpolitik einer wachsenden Schar privater Anbieter ist das Spektrum der Studienfelder und Studiengänge sehr viel breiter und bunter als noch vor 25 Jahren. Grosso modo gilt für die Fachhochschulen insgesamt, dass sie heute deutlich vielfältiger und leistungsfähiger dastehen als während des ersten Vierteljahrhunderts ihres Bestehens.

Die Kapazitäten der Fachhochschulen sind nach 1990 erheblich ausgebaut worden.

Doch das ist leider nur die halbe Wahrheit. Nach wie vor zieht es die große Mehrzahl von Studierenden an Universitäten, selbst wenn sie dort Massenfächer wie BWL oder Bindestrich-Informatiken belegen, die sie genauso gut oder vermutlich sogar besser an Fachhochschulen studieren könnten. Nach wie vor steht das Hochschulausbildungssystem – gemessen am erkennbaren Bedarf an Absolventen und Absolventinnen und dem Interesse potenzieller Studienbewerber_innen am Erwerb praktischer Qualifikationen – auf dem Kopf. Nach wie vor fließt ein wesentlich größerer Anteil der staatlichen Mittel für die Hochschulbildung in die Universitäten. Nach wie vor spielt die hochschulpolitische Musik

überwiegend dort, nach wie vor dominieren Universitäten mit ihren Belangen und Interessen die öffentlichen Debatten um Hochschule und ihre Entwicklungen.

Fachhochschulen haben sich zu *hidden champions* des deutschen Hochschulsystems gemauert.

Sind die Fachhochschulen also insoweit erfolgreich gescheitert? Sind sie gar die Aschenputtel des deutschen Hochschulsystems geblieben? Ich glaube: weder noch. Trotz oder gerade wegen dieser Ambivalenzen, der nach wie vor bestehenden Probleme und Verwerfungen und Beschränkungen haben sie sich zu so etwas wie *hidden champions* des deutschen Hochschulsystems gemauert, die in einem erheblichen Maße zu dessen großer Leistungsfähigkeit, erstaunlicher Dynamik und hoher Resilienz beitragen. Wie stark sich ihre Aufgaben, Funktionen, Arbeitsweisen, Klientel, Strukturen und Entwicklungsperspektiven verändert haben, illustrieren wiederum die letzten Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 2010.³ Bezeichnenderweise fokussieren sie im Titel nicht mehr die Entwicklungen der Fachhochschulen, sondern behandeln deren Rolle im Hochschulsystem. Liest man den Text, scheint es, als sei man dabei, zwischen den beiden kanonischen Typen hochschulpolitischer Orthodoxie einen dritten Weg auszuloten. Dass den Fachhochschulen dabei zunehmend eine Schlüsselfunktion zukommt, die gesellschaftliche Nachfrage nach einer berufsfeldbezogenen akademischen Ausbildung abzudecken, steht nicht mehr in Zweifel, und auch nicht der Wert, den Forschung und Entwicklung für ihre Weiterentwicklung haben – oder wenigstens haben sollten.

Im Forderungskatalog des Wissenschaftsrats findet sich unter den Schlagwörtern „Flexibilisierung und Kooperation“ eine Reihe von Sahnehäubchen für die Fachhochschulen. Dazu gehören kooperative Studiengänge und Promotionen mit Universitäten, mehr Durchlässigkeit zwischen beiden Segmenten durch einen diskriminierungsfreien Zugang von Fachhochschulabsolventen und -absolventinnen in Masterstudienprogrammen der Universitäten, eine Kooperationspflicht der Universitäten bei der Aufnahme von Fachhochschulabsolvent_innen als Doktoranden und die Förderung kooperativer Forschung für Fachhochschulprofessor_innen mittels eigens einzurichtender Kooperationsplattformen. Der ent-

³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem. Drs. 10031-10, Berlin, 02.07.2010, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10031-10.pdf> (Stand: 31.07.2016).

scheidende Befund kommt aber gewissermaßen auf Samtpfoten daher. Aktuelle Entwicklungen in der Forschung sowie Veränderungen in der Arbeitswelt stellen „die traditionelle Aufgabenteilung und Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen zunehmend infrage“. Zudem wird formuliert: „Die Zuschreibung ‚anwendungsorientierte Forschung‘ an Fachhochschulen versus ‚Grundlagenforschung‘ an Universitäten lässt sich nicht trennscharf aufrechterhalten.“ Was ist das anderes als ein klarer Abgesang auf die Gründungsidee und Legitimation von Fachhochschulen? Eine Verheißung besserer Zeiten, die sich bereits abzeichnet und nicht mehr aufzuhalten ist, aber deren Konturen wir nicht mehr sehen?

Dabei liegen die Probleme und Defizite auf der Hand. Damit meine ich nicht die häufig beklagten, sattsam bekannten Fakten, dass Fachhochschulen anders finanziert und ausgestattet sind als Universitäten, dass sie zunehmend Schwierigkeiten haben, unter den obwaltenden Besoldungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen neue Professorinnen und Professoren zu rekrutieren und dass diese nicht dasselbe Prestige genießen, dessen sich Universitätsprofessoren und -professorinnen noch immer erfreuen können. Ich denke vielmehr an den Umstand, dass nach wie vor mehr als zwei Drittel der dort Studierenden auf die Ingenieurwissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entfallen, und dass die Versuche einer Öffnung der Fachhochschulen hin zu neuen Studienfeldern nahezu erfolglos geblieben sind – sieht man einmal von bestimmten Nischen an den Rändern des bestehenden Fächerspektrums und in den Feldern der nichtärztlichen Gesundheitsberufe ab.

Die staatlichen Fachhochschulen scheinen sich mit innovativen Studienangeboten und Studienformaten schwerer zu tun als die immer zahlreicher entstehenden privaten Einrichtungen. Jedenfalls zeigen die privaten Einrichtungen manchmal, wo es hingehen könnte. Was die Profile der numerisch stark besetzten Studiengänge in den Fachhochschulen von ihren Äquivalenten an den Universitäten unterscheidet, ist noch immer unklar. Genauso wie die Frage nach einem bestimmten distinktiven Profil der Studierenden.

Nur bedingt erfolgreich waren und sind die Fachhochschulen schließlich in zwei anderen Funktionsbereichen gewesen: Viele haben sich in einer umzäunten Ecke eingerichtet und verzichteten darauf, sich als lokal oder regional gut vernetzte Organisationen auf dem Markt der Bildungsanbieter und Innovationstreiber in eigener Initiative strategisch zu positionieren und dynamisch fortzuentwickeln. Die Zusammenarbeit

mit regionalen *Stakeholdern* lässt gelegentlich zu wünschen übrig, und auch der Technologie- und Wissenstransfer durch kooperative Projekte bleibt leider oft noch hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück. Und die Wehklagen über Diskriminierungen, schlechte Infrastruktur und Randbedingungen sollten – so berechtigt sie auch sein mögen – nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen

Die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen in der Forschung ist – abgesehen von einzelnen Spitzen – bescheiden geblieben.

– abgesehen von einzelnen Spitzen
– in der Forschung trotz vieler Förderprogramme und Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern relativ bescheiden geblieben ist.

Fachhochschulen, so scheint es, wollten sich lieber auf vertrautem Gelände tummeln, in Statuskämpfen mit Universitäten verzetteln, statt ihre Entwicklung mit frischen Initiativen selbstbewusst in eigener Kraft voranzutreiben. Wohin die Reise gehen soll und worin ihre spezielle Mission, ihr Mehrwert oder auch ihre Besonderheit gegenüber Universitäten besteht, scheint nicht mehr zu interessieren. Doch die Arrondierungen der letzten 15 oder 20 Jahre dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie im Wettbewerb stehen, dass sich die Szenerie verändert und dass sich die Fachhochschulen in einem Feld gegensätzlicher Anforderungen und Erwartungen bewegen, das einem Navigieren zwischen Skylla und Charybdis gleicht. Da besteht auf der einen Seite der Druck von unten durch berufsorientierte Studiengänge. Das zeigt z.B. das Konzept der Berufsakademien in Baden-Württemberg, das nach einer langen Zeit der Abwehr nach 1995 aufgegriffen wurde und in der Form dualer Studiengänge umgesetzt worden ist. Zum anderen besteht ein Sog nach oben, den ich für besonders gefährlich halte: Die Fachhochschulen streben nach Höherem, nämlich nach einer materiellen und statusmäßigen Gleichstellung mit den Universitäten. Der Sog nach oben geht im Beschäftigungssystem einher mit einem *academic drift*, einer zunehmenden Professionalisierung und Verwissenschaftlichung von immer mehr Berufsfeldern. Dass die entsprechende Ausbildung stets an einer Universität mit institutionell garantiertem Forschungsauftrag stattfinden müsse, ist allerdings keineswegs zwingend.

Wenn sich die Fachhochschulen in einem Statuskampf für eine Entdifferenzierung des deutschen Hochschulsystems, für eine Überwindung der kategorialen Unterschiede und einen gleichberechtigten Zugang zu Forschungsressourcen stark machen, gehen sie nach meiner Sicht sehenden Auges das Risiko ein, den Leistungswettbewerb mit den Universitäten krachend zu verlieren.

England bietet ein schlagendes Beispiel dafür, dass ein freier, von Status-schranken unbelasteter Wettbewerb um Ressourcen an der Zweitklassigkeit der *New Universities* (der früheren *Polytechnics*) nicht das Geringste ändert, sondern solche Unterschiede im Gegenteil eher noch verfestigen und meritokratisch legitimieren kann. Ein weiterer Punkt ist, dass ein solcher Wettbewerb immer um Forschungsgelder geht, weil da das Fett zu holen ist, und damit ein *drift* im Ausbildungs- oder Hochschulsystem einhergehen würde, der forschungs- und wissenschaftspolitisch sicher nicht wünschenswert ist. Das Einzige, was mit der formellen Gleichstellung in England erreicht worden ist, ist, dass die *New Universities* notgedrungen völlig neue Märkte und Arenen für die Generierung von Einkommen erschließen mussten. Dabei waren einige sehr erfinderisch und erfolgreich. Ob das allerdings besser ist als eine staatlich regulierte Alimentierung, ist eine Frage der Perspektive oder der politischen Präferenzen. Das gilt auch für Peter Strohschneiders Vermutung, die Etablierung der Fachhochschulen als kategoriale Differenzierung von oben habe andere Differenzierungsdynamiken im Hochschulsystem geschwächt, die Entwicklung einer größeren Typenvielfalt eher behindert als gefördert. Ich persönlich bin davon nicht ganz überzeugt.

Allerdings haben die Fachhochschulen ihren Möglichkeitsraum und ihr Potenzial noch längst nicht ausgereizt. Wenn sie nicht immer nur auf die Universitäten schielten, sondern sich auf eine geschickte Strategie für bedarfsorientierte Pflege ihres Portfolios in Ausbildung, Wissenstransfer, anwendungsorientierter Forschung und Beratung einließen, würden sie für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch wertvoller sein als heute. Das verlangt indes an erster Stelle, dass sie mehr als bisher dazu bereit sind, Unterschiede zuzulassen und zu fördern, sich intern stärker zu differenzieren und sich immer mehr als Inkubatoren für technische, soziale, organisatorische Innovationen zu verstehen, statt immer nur an den Zäunen der Forschungsuniversitäten zu rütteln.

Die Fachhochschulen haben ihren Möglichkeitsraum noch längst nicht ausgereizt.



AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Dr. Angela Borgwardt wissenschaftliche Publizistin, Berlin

Differenziertes System. In der anschließenden Diskussion meldete sich Prof. Dr. Micha Teuscher, Rektor der Hochschule Neubrandenburg und seit sechs Jahren Sprecher der Mitgliedergruppe der Fachhochschulen in der HRK, mit Widerspruch zu Wort: Er könne die gegenwärtigen Fachhochschulen in Schreiterers Vortrag nicht wiedererkennen. Den Typus der geschilderten Fachhochschule, der sich „nach oben“ orientiert und an den Universitäten abarbeitet, sei heute nicht mehr charakteristisch für die Fachhochschulen. „Das Hochschulsystem hat sich in den letzten Jahren sehr stark ausdifferenziert, und es gibt nicht mehr ‚die Fachhochschule‘, sondern ein sehr differenziertes System der Fachhochschulen“, sagte Teuscher.

Das Hochschulsystem hat sich in den letzten Jahren sehr stark ausdifferenziert.

Ein Großteil der neuen Studienplätze, die über den Hochschulpakt finanziert wurden, seien an den Fachhochschulen entstanden. Ein hoher Anteil der dortigen Studierenden habe bereits eine Berufsausbildung, und auch die Anzahl der Bildungsaufsteiger_innen sei hoch. Schreiterer habe in seinem Vortrag sehr stark darauf fokussiert, dass Fachhochschulen im Bereich der Forschung mit dem *mission drift* spielen würden und sich nun statt der Lehre vor allem der Forschung hingeben wollten. Tatsächlich hätten die Fachhochschulen aber auf die gesellschaftliche Anforderung nach einer guten Lehre reagiert und sich in diesem Bereich enorm weiterentwickelt. Beim Thema Forschung an Fachhochschulen müsse man sich zudem immer klar machen, dass Forschung Pflichtaufgabe der Hochschulen in allen 16 Bundesländern sei – an Fachhochschulen genauso wie an Universitäten. „Im Regelfall hat Forschung an Fachhochschulen aber einen leicht anderen Charakter, nämlich eine starke Anwendungsorientierung – und genau da sehen die Fachhochschulen auch ihr Profil“, sagte Teuscher. „Die Fachhochschulen bleiben anwendungsorientiert in Forschung, Lehre,

Die Forschung an Fachhochschulen ist durch eine starke Anwendungsorientierung gekennzeichnet.

Transfer und Weiterbildung, das ist unser gemeinsames Bild. Auch wenn sich die Fachhochschulen ausdifferenzieren.“

Die Ausdifferenzierung der Fachhochschulen erläuterte Teuscher anhand der HRK-Forschungslandkarte, wo 96 der insgesamt etwa 120 HRK-Mitglieder unter den Fachhochschulen mit mehr als 235 Forschungsschwerpunkten aufgenommen sind. Im Durchschnitt seien 14 oder 15 Professuren in einem Cluster vertreten, in dem etwa 1,2 Mio. Euro Drittmittel pro Jahr eingeworben werden. Auch die Cluster seien im Laufe der Jahre immer differenzierter geworden: Manche Fachhochschulen haben interne Strukturen mit 25 oder 30 Professuren aufgebaut und bis zu zwei Mio. Euro Drittmittel, andere Fachhochschulen mit kleinem Cluster haben nur wenige Professuren und eine dreiviertel Million Euro zur Verfügung. Insgesamt sei eine starke Differenzierung und Clusterorientierung festzustellen. Die Fachhochschulen würden sich also auch in der Forschung fokussieren, was ein neues Leistungsmerkmal sei. „Die Fachhochschulen treten selbstbewusst auf und arbeiten sich eben nicht mehr an Universitäten ab“, meinte Teuscher. Sie hätten in den letzten Jahren Forschungsstrategien und -strukturen entwickelt, um im Bereich der anwendungsorientierten Forschung zu reüssieren. Manche Fachhochschulen würden sich auch nicht über Forschung profilieren, sondern z.B. in Bereichen wie Internationalisierung, Diversity, gesellschaftliche Vielfalt oder in der Lehre. Fachhochschulen würden ihr Angebot in der Regel stärker nachfrageorientiert gestalten und das Konzept auf die Region abstimmen, so Teuscher.

Könnte es ein spezifisches Kennzeichen der Forschung an Fachhochschulen sein, nachfrageorientiert und auf regionale Partner bezogen zu sein? Teuscher meinte, auch die Forschung an Universitäten würde natürlich auf die Umwelt reagieren und könnte regionale Bezüge aufweisen. Professor_innen an Fachhochschulen würden aber aufgrund ihrer Doppelqualifikation und ihres Erfahrungshintergrunds meist andere Schwerpunkte als Universitätsprofessor_innen setzen. Sie kämen aus der Industrie oder anderen gesellschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen an eine Hochschule, weil sie an Lehre interessiert sind oder weil sie forschen wollen, dann aber meist mit einer bestimmten Idee, die auf konkrete Anforderungen des Marktes reagiert, insbesondere im Technologie- oder Energiebereich. Diese Forschung sei stark nachfragegetrieben. Der Hochschultypus der Fachhochschule ist nach Teuscher besonders zukunftsfähig, weil er der Gesellschaft zugewandt ist und gesellschaftliche Problemstellungen konkret bearbeitet. Einzelne Fachhochschulprofessor_innen würden sich zwar auch für einen bestimmten Bereich der Grundlagenforschung interessieren und versuchen, ein DFG-Projekt zu

platzieren. Der überwiegende Teil der Fachhochschulprofessor_innen habe aber aufgrund der beruflichen Biografie andere Interessenlagen als Universitätsprofessor_innen.

Forschung an Fachhochschulen ist oft nachfragegetrieben.

Unterschiedliche Rollen und Stärken der Hochschuleinrichtungen.

Das Verhältnis von Universitäten und Fachhochschulen lasse sich nicht zutreffend mit „oben“ und „unten“ beschreiben, so Teuscher: „Ich sehe keinen Aufstieg der Fachhochschule zur Universität. Vielmehr haben die Universitäten eine andere Rolle in unserem differenzierten Wissenschaftssystem, sie stehen neben den Fachhochschulen, haben andere Schwerpunkte, haben Stärken, aber auch Schwächen. Auch Fachhochschulen haben besondere Stärken, um die man sich bemühen muss: nämlich angewandte Forschung und Lehre.“

Statuskampf. Schreiterer stellte klar, dass er nicht wertend von „unten“ und „oben“ in Bezug auf eine Hierarchisierung von Fachhochschulen und Universitäten im Wissenschaftssystem gesprochen habe, sondern einerseits von einem „Druck von unten“ durch die Berufsbildung und die Anforderungen der Wirtschaft nach gut qualifizierten Absolvent_innen, und andererseits vom Wunsch vieler Fachhochschulen „nach oben“ im Reputationssystem der Wissenschaft. Man müsse doch wahrnehmen, dass das Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten immer auch von einem Statuskampf geprägt war. Es wäre ja zu begrüßen, wenn sich die Landschaft der Fachhochschulen in Bezug auf Leistungen und Strukturen so stark ausdifferenziert hat, wie es Teuscher dargestellt hat. Doch müsste diese Entwicklung noch stärker mit konkreten Beispielen unterlegt werden. In der öffentlichen Debatte würde das Thema etwas anders wirken: „Als primäre Gefechtslinien kommen andere Botschaften durch als die Differenzierung“, meinte Schreiterer. In Bezug auf die Ausstattung sollten die Fachhochschulen aus seiner Sicht mehr Mittel bekommen, allerdings „in einer intelligenten Art und Weise“. Auf jeden Fall müsste verhindert werden, dass bei den Fachhochschulen ein Forschungsdrift eintritt oder gar dominant wird.

Konkurrenzen um Ressourcen. Auch Dr. Daniela De Ridder, MdB, Berichterstatterin für Fachhochschulen der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, hat in den letzten Jahren einen Differenzierungsprozess bei den Fachhochschulen wahrgenommen, die sich nicht nur in der Lehre, sondern auch in der Forschung weiterentwickelt hätten. „Ich bin voller Hochachtung für die Leistungsfähigkeit von Fachhochschulen“, sagte De Ridder. Zur Redlichkeit der Debatte gehöre aber

auch, dass die Ausdifferenzierung der Landschaft für die Fachhochschulen nicht nur Vorteile hatte, sondern zu Konkurrenzen um Ressourcen geführt hat. Angesichts der meist schlechten Ausstattung und geringen Chancen auf zusätzliche Ressourcen sei es nicht verwunderlich, dass hier auch Abwehrkämpfe stattfinden. Den Fachhochschulen stünden nicht einmal ein Prozent der DFG-Mittel für Forschung zur Verfügung. Die SPD-Bundestagsfraktion vertrete die Ansicht, dass berufliche Bildung und akademische Bildung gleichgesetzt werden sollten. Entsprechend müssten auch die Bildungsgänge und die Forschung an Fachhochschulen und Universitäten als gleichwertig anerkannt werden. Das sei aber immer noch nicht erreicht – auch, weil in der öffentlichen Debatte häufig das Bild der Fachhochschulen als „Kellerkinder“ der Hochschuleinrichtungen mittransportiert werde. Diese Vorstellung sei in den Köpfen vieler Politiker_innen noch verankert, was sich insbesondere bei Ressourcenentscheidungen sehr negativ auswirke.

Spezifik der Fachhochschulen. Prof. Dr. Peter Strohschneider, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), stimmte De Ridder zu, dass es im Kern um finanzielle Mittel geht. Um ganz genau zu sein: Fachhochschulen würden derzeit nur 0,24% der DFG-Mittel erhalten – und

Anzustreben wäre ein Ausbau der Fachhochschulen, der einen finanziellen Ausbau einschließt.

eine Vervierfachung auf 1% sei ihr Ziel. Das könnte gegenwärtig aber noch nicht einmal erreicht werden, wenn die DFG sämtliche Anträge der Fachhochschulen bewilligen würde. „Ich würde unterstellen, dass die meisten Fachhochschulprofessoren und -professorinnen im Hinblick auf ihre eigenen Bedarfe sehr viel präziser sind als die politische Debatte über die Fachhochschulen“, sagte Strohschneider. Aus seiner Sicht sollte es um einen Ausbau der Fachhochschulen gehen, der einen finanziellen Ausbau einschließt. Dabei sei es wichtig, die Funktionsspezifik der Fachhochschulen ernst zu nehmen und sie eben nicht unter den Forschungsimperativ des Wissenschaftssystems zu treiben. „Das ist der wesentliche Punkt: Die Fachhochschulen sind eine Einrichtung des Erziehungssystems. Wir haben viel zu viele Universitäten, die Teil des Forschungssystems sind.“ Die entscheidende systematische Frage sei nun, wie die Fachhochschulen zu rechtfertigungsfähigen Finanzierungsansprüchen kommen, die nicht über Forschungsexzellenz laufen.

Umschichtung der Studierendenanteile. Wie könnte eine Umschichtung der Studierendenanteile von Fachhochschulen auf Universitäten erreicht werden? Aus Sicht von Prof. Dr. Christiane Dienel, Präsidentin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK)

Hildesheim/Holzminen/Göttingen, wäre es sehr sinnvoll, dass deutlich mehr Studierende als bisher ihr Studium an einer Fachhochschule statt an einer Universität aufnehmen. Die aktuelle wissenschaftspolitische Debatte drehe sich fast ausschließlich um Exzellenz und Mittel für die Forschung. Jetzt, da das Kooperationsverbot als Blockade einer gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung endlich aufgehoben worden sei, würden die Bundesmittel sofort mit Macht in die Universitäten fließen. „Ich sehe im Moment keine politischen Instrumente oder gesellschaftlichen Mechanismen, die das Potenzial der Fachhochschulen so entfesseln könnten, wie sie das verdienen würden“, meinte Dienel. Auf der Ebene der Studierenden sei das längst geschafft: Die Fachhochschulen hätten ebenso gute Studierende wie die Universitäten. Für die Studierenden würde oft nicht im Vordergrund stehen, ob sie an einer Fachhochschule oder an einer Universität studieren, sondern die Suche nach dem für sie besten Studienangebot.

Umlenkung der Studierendenströme an die Fachhochschulen. Schreiterer benannte drei politische Ansätze, um die Studierendenanteile zwischen Universitäten und Fachhochschulen umzuschichten. Eine Möglichkeit wäre die Steuerung über Studiengebühren, was politisch aber nicht durchsetzungsfähig sei. Eine andere Option könnte sein, die Hochschulzulassung so zu verändern, dass sich Hochschulen wie in angelsächsischen Ländern ihre Studierenden selber aussuchen könnten. Allerdings habe dies in den USA und England eine Dynamik in der Profilierung von Hochschuleinrichtungen in Gang gesetzt, die starke programmatische Verzerrungen zugunsten der Forschung und institutionelle Hierarchisierungen zur Folge habe. Eine dritte Variante wären andere Finanzierungsmodalitäten, durch neue Formen von regionalen Netzwerken zur Finanzierung von Fachhochschulinitiativen – und zwar nicht nur organisiert über Bund und Länder, sondern mit ungewöhnlichen Konzepten und viel Phantasie. In skandinavischen Ländern gäbe es einige Beispiele dafür, wie durch regional getragene Initiativen – und zwar nicht durch private Fachhochschulen – ein bedarfsgerechter Ausbau leistungsfähiger Fachhochschulen erreicht werden könne. Dadurch könnte deren spezifische Mission der Fachhochschulen sehr viel besser zur Geltung kommen, so Schreiterer.



WORKSHOP 1⁴

THIRD MISSION: WELCHE BEDEUTUNG HAT DER WISSENSTRANSFER AN HOCHSCHULEN?

Dr. Angela Borgwardt wissenschaftliche Publizistin, Berlin

Definitionen, Ausprägungen, Beispiele

Den Impulsvortrag hielt Prof. Dr. Christiane Diemel, Präsidentin der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen.

Verschiedene Definitionen von *Third Mission*. Zunächst ging Diemel auf verschiedene Definitionen von Third Mission ein. Seit den 1980er Jahren bezeichnet der Begriff kooperative Austauschbeziehungen von Hochschulen mit der Gesellschaft, primär mit der Wirtschaft (entrepreneurial university). Laut Definition der Europäischen Kommission 2014 ist damit das „Wissensdreieck aus Bildung, Forschung und Innovation“ gemeint, das Arbeitsplätze und Wachstum schaffen soll. Nach Auffassung des Stifterverbands 2014 beinhaltet die Third Mission soziale Verantwortung und gesellschaftliches Engagement der Hochschulen. Nach der Definition der CHE-Studie 2015⁵ befasst sich die „Dritte Mission“ der Hochschulen mit wechselseitigen Interaktionen zwischen der Hochschule und der außerhochschulischen Umwelt. Dabei findet Third Mission vor dem Hintergrund der Wissensgesellschaft statt.

4 Nach dem Einführungsvortrag und der anschließenden Diskussion wurden zentrale Themenbereiche in fünf parallelen Workshops in je zwei Durchläufen vertieft betrachtet. Am Anfang des Workshops stand jeweils das Impulsreferat eines Experten bzw. einer Expertin. Im Anschluss wurde das Thema mit dem Fachpublikum aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft diskutiert.

5 Isabel Roessler/Sindy Duong/Cort-Denis Hachmeister (CHE Centrum für Hochschulentwicklung): Welche Missionen haben Hochschulen? Third Mission als Leistung der Fachhochschulen für die und mit der Gesellschaft. Gütersloh (CHE-Arbeitspapier Nr. 182) 2015, http://www.che.de/downloads/CHE_AP_182_Third_Mission_an_Fachhochschulen.pdf (Stand: 01.08.2016).

Konkrete Ausprägungen von Third Mission:

Inhalte

- Technologietransfer und Innovation
- *Spin-offs* und Gründungen
- Fort- und Weiterbildung
- Fachkräftesicherung
- Gesellschaftliches Engagement
Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben
- Verständnis für Wissenschaft in der Öffentlichkeit herstellen
- Teilnahme an der Politikgestaltung
- *Services to the community* / regionales Engagement
- (...)

Formen

- Parallele Beschäftigung von Personen in Hochschule und Unternehmen
- Gründerzentren/Existenzgründung
- Abschlussarbeiten mit Unternehmen
- Fachbeiräte für Studiengänge
- Kulturelle und soziale Angebote
- *Service Learning*
- Wissenschaftskommunikation
- *Community Organizing*
- Mitwirkung in Netzwerken
- Beratung, Dienstleistungsaufträge
- (...)

Viele Aspekte der *Third Mission* gehören von jeher zur Konzeption von Fachhochschulen, die Überschneidung zwischen angewandter Wissenschaft und Third Mission sei groß, so Dienel:

- Kooperation mit Unternehmen
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern
- Mitwirkung in regionalen Netzwerken und Verbänden
- Abstimmung der Studienprogramme auf die Bedürfnisse der Praxis
- Praxisorientierte Lehrprojekte in direkter Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Region
- Anwendungsorientierte Forschung

Best-Practice. Dienel stellte auch verschiedene Best-Practice-Beispiele vor, darunter den Gesundheitscampus Göttingen⁶ und das ZukunftsZentrum Holzminden/Höxter. Beide Initiativen haben zur Stärkung der Region beigetragen und als Motor der Regionalentwicklung gewirkt.

Viele Aspekte der *Third Mission* gehören zur Konzeption von Fachhochschulen.

ZukunftsZentrum Holzminden-Höxter. Das ZukunftsZentrum Holzminden-Höxter (ZZHH) der niedersächsischen Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) und der nordrhein-westfälischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe ist ein länderübergreifendes und transdisziplinär arbeitendes Forschungszentrum.⁷ Motivation für die Gründung war, die Zukunftssicherung ländlicher Regionen mitzugestalten. Das Forschungszentrum soll dazu beitragen, „regionale Innovationen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowie regionaler und lokaler Entwicklungsprozesse in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu entwickeln und so die Potenziale dieser Wirkungs- und Interessensfelder mit ihren Akteuren zu identifizieren und zu nutzen“⁸. Da die Region Holzminden-Höxter sich über Ländergrenzen hinweg erstreckt, jedoch einen gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum darstellt, arbeitet das Zentrum grenzüberschreitend. Das ZZHH wird von der Überzeugung getragen, dass man gemeinsam zukunftsfähige Lösungen für die Entwicklung ländlicher Räume im inter- und transdisziplinären Dialog entwickeln kann.

Die Forschung am ZZHH ist anwendungsorientiert und durch Drittmittel finanziert. Es wird auch internationale Forschung zum Thema ländliche Entwicklung durchgeführt und der wissenschaftliche Nachwuchs kooperativ gefördert. Das Zentrum kann als Beispiel gesehen werden, wie mit Forschung, Entwicklung und Innovation die Transformation in ländlichen Räumen gefördert und die regionale Entwicklung vorangetrieben wird. Es wirkt als Think Tank in der Region und für die Region und unterstützt den inter- und transdisziplinären Wissenstransfer auf vielfältige Weise.

6 Weitere Informationen siehe <http://www.suedniedersachsenprogramm.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/suedniedersachsenprogramm/projekte/gesundheits-campus-goettingen-137417.html> (Stand: 10.08.2016).

7 Weitere Informationen siehe <http://www.hawk-hhg.de/hochschule/199246.php> (Stand: 10.08.2016).

8 Ebd.

Extern	Intern	Zielgruppenspezifisch
<ul style="list-style-type: none">● Ringvorlesung „gestalten-verändern“ (bewährtes öffentlichkeitswirksames Format)	<ul style="list-style-type: none">● Gemeinsame Betreuung von Bachelor-Arbeiten● Kooperation in Lehrveranstaltungen● Kooperative Projektanträge	<ul style="list-style-type: none">● Studentische Projektarbeiten in Kooperation mit Verwaltung● Wissenschaftliche Politikberatung

Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Die HAWK ist Mitglied des Hochschulnetzwerks „Bildung durch Verantwortung e.V.“⁹, das 2009 an sechs Hochschulen gegründet und 2015 als Verein institutionalisiert wurde: Die *Third Mission* strebt hier nach einer institutionellen Form, indem feste Strukturen für die Vernetzung von Wissenschaft und Gesellschaft etabliert werden. Das Netzwerk fördert den Austausch zwischen Hochschule und Gesellschaft am jeweiligen Standort.

Kritische Fragen. Am Ende benannte Diemel einige kritische Fragen zum Konzept *Third Mission*:

- Das Konzept der *Third Mission* wurde aus einer universitären Perspektive entwickelt und vornehmlich in Ländern beforscht, in denen es den Hochschultyp Fachhochschule nicht gibt.
- *Third Mission* ist in den Hochschultyp Fachhochschule per se „eingebaut“.
- Die Betonung der Leistungen der Fachhochschulen bei der *Third Mission* verstetigt die Zweitrangigkeit bei der „echten“ Forschung.
- Es gibt weder Mittel noch eine angemessene Ausstattung zur Umsetzung von *Third Mission*-Aktivitäten an Fachhochschulen. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich nach Kennziffern, die sich auf Leistungen in der Lehre (und zu kleinem Anteil in der Forschung) beziehen.

⁹ <http://www.bildung-durch-verantwortung.de/>

- Schwache Regionen können durch *Third Mission*-Aktivitäten gestärkt werden, aber mangelnde Abstimmung zwischen Regionalpolitik und Hochschulpolitik in den Ländern kann zu Problemen führen (verschiedene Ressorts, keine abgestimmte Finanzierung).
- Wenn die *Third Mission* deutlich über die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen hinausgeht (so der Stifterverband), müsste dann nicht das Gesetz angepasst werden? Oder wird dies wegen der Finanzierungsfolgen bewusst vermieden?

Schlaglichter aus der Diskussion

Problematisierung des Begriffs. In der Diskussion wurde deutlich, dass der Begriff *Third Mission* schwer zu fassen ist: Es kursiert eine Vielzahl von Bedeutungen und es scheint sich eher um einen Sammelbegriff für alles Mögliche denn um einen klar definierten Begriff zu handeln. Von daher wurde auch bezweifelt, dass eine Übersetzung des Begriffs ins Deutsche sinnvoll ist, weil der Ausdruck „Dritte Mission“ zumindest sehr missverständlich, wenn nicht gar negativ konnotiert erscheint. Diskutiert wurde auch die Frage, ob ein solch unscharfer Begriff überhaupt geeignet sein kann, wichtige neue Aufgaben von Hochschulen klar zu beschreiben. Hier gingen die Meinungen auseinander. Als unerlässlich wurde jedoch betrachtet, sich mit diesem Ansatz überhaupt auseinanderzusetzen: Selbst wenn es sich dabei um einen Modebegriff handelt, sei dieser doch Ausdruck dafür, dass das Thema in der aktuellen Diskussion steht und die Hochschulen sich damit beschäftigen müssen.

Vielfältige Ziele. Neben der Bedeutungsvielfalt des Begriffs zeigte sich auch, dass die Ziele der *Third Mission* sehr vielfältig definiert werden: *Third Mission*-Aktivitäten sollten als „Motor der Regionalentwicklung“ dienen, sich mit Themen wie Nachhaltigkeit, dem Umgang mit Ressourcen und Sinnhaftigkeit befassen oder eng auf den Bedarf einer Region abgestimmt sein. Hochschulleitungen werden also, wenn sie *Third Mission*-Aktivitäten an ihrer Hochschule einführen möchten, aus den zahlreichen Bedeutungen und Zielen nach Bedarf auswählen können, aber eine geeignete strategische Schwerpunktsetzung auch selbst entwickeln müssen.

Kern der *Third Mission* sind gesellschaftliches Engagement, Technologietransfer und Wissenschaftliche Weiterbildung.

Bedeutungskern. Bei aller Bedeutungsvielfalt wurde aber auch ein Kern der *Third Mission* identifiziert: gesellschaftliches Engagement, Technologietransfer und wissenschaftliche Weiterbildung. Dabei wurde festgestellt, dass es hier erhebliche Überschneidungen zu den traditionellen Charakteristika und Kernaufgaben von Fachhochschulen gibt.

Regionaler Bezug. Fachhochschulen können in ihrer Spezifik als wissenschaftliche Einrichtungen mit besonderer Bedeutung für die Region verstanden werden, z.B. als Motor für die regionale Entwicklung oder für Technologietransfer. Von einigen Diskutierenden wurde der Bezug auf die Region als eine Chance für die spezifische Profilierung von Fachhochschulen gesehen. Andere merkten dazu an, dass der regionale Bezug nicht nur exklusiv auf Fachhochschulen zutreffe. Der Bezug auf die Region könne kein Kern- oder Differenzierungsmerkmal von Fachhochschulen sein, da auch Universitäten in der Region agieren und an *Third Mission*-Aktivitäten beteiligt sind.

Finanzierung. Als zentrales Problem wurde benannt, dass *Third Mission*-Aktivitäten in den leistungsorientierten Finanzierungssystemen nicht abgebildet sind. Es gebe in diesem Bereich zu viele befristete Stellen und in den konkreten Projekten reichten die finanziellen Mittel häufig nicht aus. Damit hänge das Problem zusammen, dass angesichts der zu geringen Grundfinanzierung der Fachhochschulen die notwendigen Grundstrukturen nicht aufgebaut werden können. Bei der Finanzierung der *Third Mission* sollten Bund, Länder und Kommunen einbezogen werden. Durch internationale Projekte könnte vielleicht auch von europäischen Förderprogrammen profitiert werden.

Bedeutung von *Third Mission*. Wie könnte die *Third Mission* größeres Ansehen gewinnen und politische Akteure von ihr überzeugt werden, um die Finanzierungsmöglichkeiten zu verbessern? Es wurde vorgeschlagen, aus dem unscharfen Sammelbegriff *Third Mission* zunächst eine Bedeutung herauszudestillieren, auf die man sich künftig konzentrieren sollte. Anschließend könnte man dann einen sinnvollen, eindeutigen Begriff entwickeln, der sprechend und politikfähig ist. Auf dieser Basis wäre dann wiederum eine Strategie zu entwerfen, die den Fachhochschulen eine besondere Rolle als Treiber der regionalen Entwicklung zuweist.

WORKSHOP 2

DIE ROLLE DER LEHRE AN FACHHOCHSCHULEN

Gute Lehre an Fachhochschulen

Den Impulsvortrag hielt Prof. Dr. Jochen Struwe, Vizepräsident der Bundesvereinigung des Hochschullehrerbundes *h1b*.

Primat der Lehre an Fachhochschulen. Welche Bedeutung hat der Primat der Lehre an den Fachhochschulen heute? Struwe verdeutlichte, dass es keinen gesetzlich fixierten Primat der Lehre an Fachhochschulen gibt. Aufgrund der hohen Lehrverpflichtung an den Fachhochschulen gebe es allenfalls einen faktischen Primat der Lehre. Die – anwendungsbezogene – Lehre sei „nur“ eine von mehreren Aufgaben der Fachhochschulen, z. B. neben anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung, Weiterbildung, Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Wissenstransfer.

Es gibt keinen gesetzlich fixierten Primat der Lehre an Fachhochschulen, allenfalls einen faktischen Primat der Lehre.

Gegenwärtig beträgt die Lehrverpflichtung an Fachhochschulen in allen Bundesländern 18 Semesterwochenstunden (SWS), während sich die Lehrverpflichtung an Universitäten in den einzelnen Bundesländern stark unterscheidet und – gemäß Berufungsvereinbarung oder gesetzlicher Grundlage – zwischen 2 und 16 SWS variieren kann.¹⁰ Struwe verwies darauf, dass die Absenkungsmöglichkeiten der Lehrverpflichtung zugunsten der Forschung an Fachhochschulen tendenziell zunehmen.

¹⁰ 2 bis 16 SWS gemäß Berufungsvereinbarung (Sachsen), 8 SWS (Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen), 8 bis 10 SWS gemäß Berufungsvereinbarung (Bremen), 9 SWS (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Thüringen).

Unterschiedliche Hochschultypen: Fachhochschule und Universität.

Wie unterscheiden sich die Fachhochschulen im Kontext des Primats der Lehre von Universitäten? Abgesehen davon, dass es den Primat der Lehre an Fachhochschulen so nicht gebe (wie bereits erläutert), könnte die Fragestellung implizieren, dass Universitäten als Referenz für Fachhochschulen zu sehen sind, so Struwe. Dies wäre jedoch verfehlt: „Es handelt sich bei Universitäten und Fachhochschulen um zwei unterschiedliche Hochschultypen mit teilweise identischen, teilweise anderen Aufgaben, die voneinander lernen können“, sagte Struwe. Im Rahmen ihrer Profilbildung könnten Universitäten wie Fachhochschulen gleichermaßen einen Schwerpunkt auf die Lehre legen. Auch Universitäten würden an der Verbesserung ihrer Lehre arbeiten und hätten beispielsweise die „Lehrprofessur“ entwickelt.

Qualitätspakt Lehre. Struwe verwies auch auf den Qualitätspakt Lehre, der die Bedingungen von Studium und Lehre verbessern soll. Der Bund investiert im Rahmen des BMBF-Programms im Jahr 2016 erneut 200 Mio. Euro, um Hochschulen mit besonders ausgewiesenen Konzepten in der Lehre finanziell zu fördern. Die Fördergelder werden für eine bessere Personalausstattung auf allen Ebenen, die Weiterqualifizierung der Lehrenden und innovative Lehr- und Lernformate verwendet.

Lehre und *Employability*. Was macht gute Lehre an Fachhochschulen aus? Struwe verdeutlichte, dass die Lehre auch aus Sicht der Lehrenden an Fachhochschulen einen hohen Stellenwert hat.

Eine lebenserfahrene und anwendungsbezogene Lehre fördert eine hohe *Employability* der Absolventen und Absolventinnen.

Berufungsvoraussetzung für Fachhochschulprofessuren sind einschlägige, mindestens fünfjährige Praxiserfahrungen. Dies führe zu einer lebenserfahrenen und anwendungsbezogenen Lehre, die die *Employability* der Absolventen und Absolventinnen fördere; dabei spielten auch die Netzwerke der Lehrenden eine fördernde Rolle. Die Lernbedingungen an Fachhochschulen seien durch kleine Gruppen, intensive Arbeit in Projekten, regelmäßig engen Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden und frühzeitigen Kontakt mit der späteren Berufswelt gekennzeichnet.

EMPLOYABILITY VON FACHHOCHSCHUL- UND UNIVERSITÄTS-ABSOLVENT_INNEN IM VERGLEICH

- Wer an einer Fachhochschule studiert hat, findet besonders häufig gleich eine unbefristete Arbeitsstelle. Jede zweite Absolventin und jeder zweite Absolvent der Fachhochschule tritt bereits mit der ersten Tätigkeit in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ein, während Universitätsabsolventen und -absolventinnen häufiger eine befristete Stelle oder ein Referendariat anschließen.
- Von den Fachhochschulabsolventen und -absolventinnen mit Bachelor oder Master haben 60% eine Tätigkeit aufgenommen, die ihrem Abschlussniveau entspricht oder sogar darüber liegt. Bei Universitätsabschlüssen liegt dieser Wert bei 46% (Bachelor) und 76% (Master).
- Vollzeit erwerbstätige Fachhochschulbachelor erzielen bei der ersten Tätigkeit nach Abschluss ihres Studiums ein Jahresbruttoeinkommen von 35.100 Euro, ihre universitären Kolleg_innen 30.200 Euro. Fachhochschulmaster kommen im Durchschnitt auf 40.200 Euro, Universitätsmaster auf 38.500 Euro. Der Grund liegt vor allem in der unterschiedlichen Fächerzusammenstellung.

Quelle: BMBF-Pressemitteilung 062/2016 vom 9. Juni 2016

Praxisbezug und Kompetenzvermittlung. An Universitäten werde die Lehre immer noch als weniger statusbildend angesehen als an Fachhochschulen, wie Dutzende von öffentlichen Stellungnahmen von Universitätspräsident_innen, Wissenschaftsorganisationen, einschlägigen Medien etc. belegen würden, so Struwe. Studierende wünschten sich jedoch einen stärkeren Praxisbezug im Studium¹¹: In Deutschland sind dies 40% der Studierenden an Universitäten und 20% der Studierenden an Fachhochschulen. Arbeitgeber würden bei Hochschulabsolventen und -absolventinnen im Wesentlichen zwei Dinge vermissen, die gerade an Fachhochschulen stark vermittelt werden: Sozialkompetenzen („soft skills“ wie Teamfähigkeit, Führungsfähigkeit, Selbstkompetenz, Leistungsbe-

¹¹ Studie auf nationaler Ebene: BMBF „Campus-Studie – 12. Studierendensurvey“, auf internationaler Ebene: „Looking further with Ford – Trends 2015“.

reitschaft, Disziplin, Belastbarkeit) und Fähigkeiten und Fertigkeiten im Projektmanagement.

Anwendungsorientiertes Studium. Welche Bedeutung haben das duale Studium und praxisorientierte Studiengänge? Struwe wies darauf hin, dass das duale Studium zu den stärksten Wachstumsbereichen im Studienangebot deutscher Hochschulen gehört. Auch die staatlichen Fachhochschulen würden vermehrt duale Studiengänge anbieten und dabei regelmäßig Kooperationen mit Kammern und Unternehmen vereinbaren. Der Begriff „praxisorientierte Studiengänge“ komme im Vokabular des tertiären Bildungssektors kaum vor. Im Hochschulbereich finde vielmehr der Begriff „anwendungsorientiertes Studium“ Verwendung – und das sei die Domäne der Fachhochschulen.

Duales Studium. Struwe erläuterte, dass der Wissenschaftsrat im Herbst 2013 aufgrund der unklaren Verwendung des Begriffs „duales Studium“ eine klare Abgrenzung vorgenommen hat. Demnach sollen nur solche Studienangebote als dual bezeichnet werden, die analog zur Philosophie des dualen Berufsbildungssystems eine wirkliche Integration von akademischer und beruflicher Bildung gewährleisten. Studiengänge, die lediglich ein Nebeneinander von Theorie und Praxis ermöglichen, dürften diese Bezeichnung dem Wissenschaftsrat zufolge also nicht tragen: Dual darf sich ein Studiengang nur dann nennen, wenn eine systematische Verknüpfung von Studium und betrieblicher Praxis stattfindet. Systematisch heiße das, es müsse eine Kooperationsvereinbarung geben und das duale Prinzip in den Studiengangordnungen oder Lehrplänen verankert sein. Zudem müsse das Studium wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.

MODELLE DUALER STUDIENGÄNGE:

- **Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Dabei werden die Studienphasen und die Berufsausbildung sowohl zeitlich als auch inhaltlich miteinander verzahnt. Es wird neben dem Studienabschluss noch ein zweiter anerkannter Abschluss in einem Ausbildungsberuf mit Kammerprüfung erworben.
- **Praxisintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit längeren Praxisphasen im Unternehmen. Zwischen den Lehrveranstaltungen an der Hochschule und der praktischen Ausbildung besteht ein inhaltlicher Bezug. Voraussetzung für eine Immatrikulation in einen praxisintegrierenden Studiengang ist eine vertragliche Bindung an ein Unternehmen, häufig in Form eines Arbeitsvertrags oder auch Praktikanten- oder Volontariatsvertrags.
- **Berufsintegrierende duale Studiengänge** sind solche für die berufliche Weiterbildung. Das Studium wird mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit kombiniert. Ein wechselseitiger inhaltlicher Bezug zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Studium ist auch bei diesem Modell vorgesehen.
- **Berufsbegleitende duale Studiengänge** ähneln Fernstudiengängen. Das Studium wird neben einer Vollzeitberufstätigkeit hauptsächlich im Selbststudium mit Begleitseminaren absolviert. Im Unterschied zu normalen Fernstudiengängen leistet bei diesem Modell der Betrieb einen spezifischen, dem Studium förderlichen Beitrag. Das kann beispielsweise durch praxisbezogene Themenstellungen für Studienaufgaben, die Freistellung von der Arbeit für die Präsenzphasen und das Bereitstellen von betrieblichen Arbeitsmitteln sein.

Quelle: Impulsvortrag Prof. Dr. Jochen Struwe

Schlaglichter aus der Diskussion

Mangelnde Wertschätzung der Lehre. In der Diskussion wurde kritisiert, dass die Lehre allgemein sehr wenig Wertschätzung erhält, insbesondere die Lehre an Fachhochschulen. Die Lehre der Fachhochschulprofessor_innen werde als Selbstverständlichkeit betrachtet, die Leistungen in diesem Bereich würden nicht wahrgenommen. Bei den Universitätsprofessor_innen werde die Bedeutsamkeit der Forschung betont und die Lehre habe keinen hohen Stellenwert. Insgesamt richte sich die Anerkennung im Wissenschaftssystem nur auf Forschungsleistungen: Gelder und Reputation seien nach wie vor an Forschung gekoppelt. Die Akquirierung von Forschungsgeldern werde sehr hoch bewertet, sowohl an Universitäten wie auch an Fachhochschulen,

Die Wertschätzung der Lehre muss erhöht werden.

während die Anerkennung für gute Lehre bisher sehr gering ist (auch bei Auszeichnungen und Preisen). Es müsse nach Wegen gesucht werden, wie die Wertschätzung für die Lehre allgemein und die Anerkennung von Exzellenz in der Lehre erhöht werden kann.

Verantwortung der Hochschulen. Die weitgehende Autonomie der Hochschulen und das Prinzip der Selbstverwaltung ermöglicht es, dass die Institutionen ihre Grundlinien selbst bestimmen können. Einige Diskutierende mahnten deshalb an, dass die Hochschulen auch selbst dazu aufgerufen sind, die Anerkennung der Lehre zu erhöhen, z.B. indem sie die Bedeutung der Lehre explizit im Profil der Hochschule festschreiben und Lehrleistungen bei Berufungsentscheidungen einen höheren Stellenwert geben. Es sei dringend notwendig, innerhalb der Institutionen in diesem Sinne umzusteuern. Hier seien die Hochschulen auch selbst gefragt, die „richtigen“ Kategorien wirksam werden zu lassen und Veränderungen im Hochschulalltag umzusetzen.

Reduktion der Lehrbelastung. Festgestellt wurde, dass wirklich gute Lehre nicht „nebenher“ zur Forschung gemacht werden könne, sondern eine qualitativ hochwertige Vor- und Nachbereitung Zeit braucht. An Fachhochschulen könnte aufgrund der hohen Lehrbelastung der Professor_innen und der zahlreichen weiteren Aufgaben die Qualität der Lehre in Gefahr geraten. Deshalb wären verschiedene Maßnahmen wichtig: Erstens sollte die Lehrbelastung der Fachhochschulprofessor_innen reduziert werden. Es gibt zwar Deputatsermäßigungen für besondere Lehrformen (z.B. MOOCs), doch werden diese in der Praxis kaum gewährt.

Laut einer Studie des Hochschullehrerbundes hlb über den Workload von Fachhochschulprofessor_innen liegt der durchschnittliche Deputatsüberhang gegenwärtig im mittleren zweistelligen Bereich. Der Ausgleich von Überstunden ist jedoch nur eine Kann-Bestimmung. Als zukünftiges Ziel wurde eine Lehrverpflichtung von 12 statt 18 SWS formuliert. Diese Reduktion sei auch deshalb notwendig, weil immer mehr zusätzliche Aufgaben hinzugekommen sind (u.a. Third Mission, Weiterbildung), der Umfang der Lehrverpflichtung aber gleich geblieben ist. Die für zusätzliche Aufgaben nötige Zeit fehle dann zwangsläufig bei der Lehre bzw. führe zu einer Überlastung des Lehrpersonals.

Mehr Mittel und Stellen. Die Diskutierenden waren sich einig, dass die Fachhochschulen auch mehr Geld und Stellen brauchen, um ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen und eine gute Lehre sicherstellen zu können. Dazu wurde angemerkt, dass auch ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber der Politik unverzichtbar ist: Wenn von politischer Seite zusätzliche Aufgaben gesetzlich festgelegt werden (wie z.B. Forschung), dann müssten die Hochschulen auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel und Stellen einfordern und ihre gesetzlichen Rechte umsetzen.

Qualifizierung des Lehrpersonals. Konsens bestand auch in der Frage, dass für eine hohe Qualität der Lehre eine didaktische Qualifizierung und Weiterbildung des Lehrpersonals unerlässlich ist. Während die Hochschulen in anderen Ländern die Hochschuldidaktik enorm ausgebaut haben und in Berufungsverhandlungen didaktische Qualifikationen häufig Voraussetzung sind, gebe es in Deutschland hier noch Nachholbedarf. Lehrende an Fachhochschulen kommen aus der Praxis und können somit wertvolle Erfahrungen für eine anwendungsorientierte Lehre anbieten, doch heiße das eben nicht automatisch, dass sie auch über die nötigen didaktischen Fähigkeiten verfügen. Deshalb seien hochschuldidaktische Weiterbildungen wichtig. Allerdings müsse dann auch der zeitliche Raum geschaffen werden, damit Professor_innen und Lehrkräfte an diesen Angeboten teilnehmen können.

Zunehmende Bedeutung der Forschung. Es wurde die Tendenz festgestellt, dass sich an Fachhochschulen die Gewichtung von wissenschaftlichen Anteilen und Praxisorientierung verschiebt. Die angewandte Forschung gehört auch in Fachhochschulen zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben. Professor_innen an Fachhochschulen können sich auch auf Forschung konzentrieren (z.B. in einem Forschungssemester), doch sei dann häufig ungeklärt, wer die Lehrverpflichtungen übernehmen kann. Häufig werden dafür Lehrbeauftragte von außen eingesetzt, die aufgrund

ihrer externen Expertise den Lehrbetrieb oft sehr bereichern. Dann müsse aber auch dafür gesorgt werden, dass die fachliche Kontinuität und die didaktische Qualität in der Lehre gesichert bleibt. Gezielte Schulungsangebote wären daher auch für externe Lehrkräfte wichtig.

Anwendungsorientierte Forschung. Einigkeit herrschte darin, dass die Fachhochschulen anwendungsorientiert bleiben wollen und auch sollen, sowohl in der Ausrichtung der Forschung wie auch in der Lehre. Bei manchen Masterstudiengängen werde eine stärkere Wissenschaftsorientierung hinzukommen, andere werden anwendungsorientiert bleiben. Als bedenklich wurde gesehen, dass inzwischen tausende von verschiedenen Studiengängen im Bachelor- und Masterbereich angeboten werden. Diese Unübersichtlichkeit und starke Spezialisierung überfordere viele Studierenden bei der Studienwahl und werde auch nicht der notwendigen Vermittlung von Grundlagenwissen in den einzelnen Fächern gerecht. Hier sollte künftig eine zu starke und zu frühe Ausdifferenzierung vermieden werden. Auch sollte an den Fachhochschulen ein geeignetes Fächerspektrum für anwendungsorientierte Forschung angeboten werden, d.h. nicht unbedingt Philosophie oder Medizin, wohl aber Ausbildungsgänge medizinnaher Berufe.

Entlastung von bürokratischen Aufgaben. Kritisiert wurde auch, dass Hochschulprofessor_innen inzwischen zahlreiche bürokratische Aufgaben zu erfüllen haben. Der Aufwand für Evaluation, Qualitätssicherung, Anträge für Forschung etc. sei sehr hoch, sodass das Ausfüllen von Fragebögen und das Erstellen von Qualitätsberichten nicht selten zulasten einer guten Lehre gehen. Hier sollte überlegt werden, wie eine Entlastung der Professor_innen erreicht werden kann. Zudem müssten geeignete Kriterien und Verfahren entwickelt werden, um die erhobenen Daten fundiert auswerten und auch wirklich zur Qualitätssicherung einsetzen zu können. So würden z.B. Lehrende von Studierenden evaluiert, doch sei der Umgang mit dem Feedback unter den Lehrenden bisher nicht geregelt.

WORKSHOP 3

WELCHE ART DER FORSCHUNG FINDET AN FACHHOCHSCHULEN STATT?

Das BMBF-Programm „Forschung an Fachhochschulen“

Den Impulsvortrag hielt Dr. Matthias Hendrichs vom Forschungszentrum Jülich. Er gab einen Einblick in das Programm „Forschung an Fachhochschulen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), das vom Projektträger Jülich im Auftrag des BMBF umgesetzt wird.

Bund-Länder-Vereinbarung als Basis. Grundlage des Programms ist eine Bund-Länder-Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Ziele und Inhalte des Programms sind im Wesentlichen in §1, Absatz 2 zusammengefasst.

VEREINBARUNG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN
ÜBER DIE FÖRDERUNG DER ANGEWANDTEN FORSCHUNG
UND ENTWICKLUNG AN FACHHOCHSCHULEN
NACH ARTIKEL 91B DES GRUNDGESETZES
VOM 28. JUNI 2013

(...)

§ 1

Gegenstand der gemeinsamen Förderung

(1) Die Vertragschließenden finanzieren in den Jahren 2014 bis 2018 – vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch die gesetzgebenden Körperschaften – gemeinsam ein Programm zur angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen.

(2) Zweck des Programms ist die Förderung der Fachhochschulforschung und des Ingenieur Nachwuchses, die es den Fachhochschulen ermöglicht, zum Nutzen der Wirtschaft ihr Potenzial und spezifisches Profil in der angewandten Forschung nachhaltig zu entwickeln und die forschungsorientierte Ausbildung des Ingenieur Nachwuchses voranzubringen. Vorrangige Ziele sind die Beschleunigung und Intensivierung des anwendungsnahen Wissens- und Technologietransfers durch Kooperationen mit Unternehmen (insbesondere KMU) oder anderen Praxispartnern und die intensivere Verzahnung von Lehre und Forschung durch forschungsnahe Qualifizierung von Personal und Studierenden in den FuE-Projekten.

Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes vom 27. August 2013, <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/FuE-FH-2013.pdf> (Stand: 01.08.2016).

Wesentliche Ziele und Inhalte. Der Fokus des Programms liegt auf der Förderung der anwendungsbezogenen Forschung und der Nachwuchsförderung an Fachhochschulen. Die thematischen Schwerpunkte sind wie in den meisten Bundesprogrammen eng auf die neue Hightech-Strategie der Bundesregierung bezogen. Sie enthält fünf Kernelemente, die dann wiederum weiter aufgliedert sind. Für das Programm „Forschung an Fachhochschulen“ ist das Kernelement 1 „Prioritäre Zukunftsaufgaben für Wertschöpfung und Lebensqualität“ von Bedeutung, das sich in sechs weitere Bereiche aufgliedert: Digitale Wirtschaft & Gesellschaft, Nachhaltiges Wirtschaften & Energie, Innovative Arbeitswelt, Gesundes Leben, Intelligente Mobilität, Zivile Sicherheit. Diese Zukunftsaufgaben wurden von einem Experten- und Beratergremium als für die nächsten Jahre als vorrangige Themen für die deutsche Forschung und Entwicklung formuliert, was sich im Förderprogramm auch direkt widerspiegelt.

Umsetzung und Finanzierung. Die Umsetzung des Programms erfolgt in mehrjährigen Förderlinien und Fördermaßnahmen. Die Haushaltsansätze der letzten zehn Jahre zeigen kontinuierliche und deutliche Zuwächse der Mittel. Nach Hendrichs ist abzusehen, dass in der Fortsetzung dieses Trends 2017 vermutlich 50 Mio. Euro als jährliches Fördervolumen überschritten werden. Hendrichs stellte die verschiedenen Förderlinien genauer vor und führte jeweils Projektbeispiele an. Diese seien nicht repräsentativ, aber typische Beispiele aus dem jeweiligen Förderkontext.

AKTUELLE FÖRDERMASSNAHMEN IM RAHMEN DES BMBF-PROGRAMMS „FORSCHUNG AN FACHHOCHSCHULEN“

FHprofUnt

- Ziel: Förderung der Forschung an Fachhochschulen mit Unternehmen (Professorinnen und Professoren in Zusammenarbeit mit Unternehmen), Ausbau von unternehmensbezogenen Forschungsansätzen und Entwicklungsprojekten
- seit 2006
- bewilligte Fördermittel seit Beginn: rund 185 Mio. Euro
- Gefördertes Projektbeispiel: „Mehr Sicherheit durch verbesserte Gesichtserkennung“ der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg; Zusammenarbeit mit vier KMUs, der Universität Siegen und dem Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik; Laufzeit: drei Jahre; Fördersumme: 324.000 Euro

IngenieurNachwuchs

- Ziel: Förderung ingenieurwissenschaftlicher Projekte, in deren Rahmen eine kooperative Promotion durchgeführt werden muss
- seit 2006
- bewilligte Fördermittel seit Beginn: rund 106 Mio. Euro
- Gefördertes Projektbeispiel: „Lkw-Transporte optimal auslasten“ der Fachhochschule Erfurt (Bezug zu den Zukunftsaufgaben der Hightech-Strategie: intelligente Mobilität und Nachhaltigkeit); Kooperation mit Industriepartnern, Speditionen, dem Landesverband der Spediteure; Laufzeit: drei Jahre; Fördersumme: 430.000 Euro

SILQUA-FH

- Ziel: Förderung von sozialen Innovationen für höhere Lebensqualität im Alter
- seit 2008
- bewilligte Fördermittel: insgesamt 29 Mio. Euro
- Gefördertes Projektbeispiel: „Flexibler und effektiver Einsatz von Pflegekräften“ der Fachhochschule Bielefeld; Kooperation mit Krankenhäusern und einer Universitätsklinik; Fördersumme: 427.000 Euro; aktuell in der Evaluationsphase

FHInvest

- Ziel: Förderung von strategischen Investitionen an Fachhochschulen; Investitionen in Forschungsinfrastruktur und -geräte, um Fachhochschulen in die Lage zu versetzen, auch größere Forschungsprojekte mit der nötigen Ausstattung durchführen zu können; starker thematischer Schwerpunkt im Kontext „Industrie 4.0“ für die Bekanntmachung 2016
- seit 2013
- bewilligte Fördermittel: rund 23 Mio. Euro
- gefördertes Projektbeispiel: „Elektrogeräte als Rohstoffquelle“ der Hochschule Pforzheim in Kooperation mit einem Industriepartner, zwei Fraunhofer-Instituten und der Universität Stuttgart

FH-Impuls: Starke FH – Impulse für die Region

- Ziel: Ausbau vorhandener Forschungsschwerpunkte und Schärfung der Forschungsprofile von Fachhochschulen in einem regionalen Verbund (mit Unternehmen und anderen Fachhochschulen), um in der Region Impulse zu setzen
- seit 2015, bereitgestellte Fördermittel von 100 Mio. Euro für max. acht Jahre
- Tendenz: weg von Einzelförderungen, hin zur Förderung von konsortialen Ansätzen, Vernetzungen und Profilbildungen mit höheren Summen (bis zu 2 Mio. Euro pro Jahr und über längere Laufzeiten: 4 + 4 Jahre)
- Veröffentlichung der Förderrichtlinie im Juni 2015; zweistufiges Auswahlverfahren (1. Einreichung von Skizzen, 2. Einreichung von Strategiekonzepten); Sommer 2016: Entscheidung über die Förderung von bis zu zehn Forschungs- und Innovationspartnerschaften

Ebenfalls gefördert:

EU-Antrag-FH

- Ziel: Unterstützung von Fachhochschulen in der Vorbereitung eines EU-Antrags für das EU-Programm „Horizont 2020“
- seit 2014, Veröffentlichung der Förderrichtlinien in den Jahren 2014 und 2015
- drei Einreichungsfristen für 2016: 18. Januar, 1. Juni 2016, 9. November 2016

EU-Strategie-FH

- Ideenwettbewerb, bei dem FH in einem Konzept darstellen sollte, wie sie sich strategisch auf „Horizont 2020“ vorbereitet und ihre Sichtbarkeit im europäischen Forschungsraum erhöhen möchten.
- bisher einmalige Veröffentlichung der Förderrichtlinie 2014

Weiterführende Informationen:

- aktuelle Broschüre: BMBF (Hg.): Forschung an Fachhochschulen: Wie aus praxisorientierter Forschung Produkte und Dienstleistungen werden, Bonn 2016: https://www.bmbf.de/pub/Forschung_an_Fachhochschulen.pdf
- Informationen des Projektträgers Jülich: https://www.ptj.de/forschung_fachhochschulen

Quelle: Vortrag Dr. Matthias Hendrichs

BMBF-Programm: Anschub für weitere Förderung. Über das Bundesprogramm sollen mit den verschiedenen Förderlinien 50 Mio. Euro pro Jahr an die Fachhochschulen zur Finanzierung von Forschung fließen. Hendrichs verdeutlichte, dass mit diesen Mitteln nicht die Breite der Fachhochschulen, sondern herausgehobene Forschungsprojekte an Fachhochschulen gefördert werden sollen. „Ziel ist, die Fachhochschule in die Lage zu versetzen, im Forschungskontext oder Antragskontext zunehmend Boden zu gewinnen und Erfahrungen zu machen.“ Gestärkt werden sollten dabei auch die formalen, personellen und administrativen Unterstützungsstrukturen für die Forschung an Fachhochschulen, die deutlich geringer ausgeprägt seien als an Universitäten.

Das Programm biete eine relativ kleine Summe, um in bestimmten Segmenten Fachhochschulen zu unterstützen und in einem nächsten Schritt erfolgreiche Anträge in den Fachprogrammen der Bundesministerien stellen zu können. Im Kern gehe es darum, Fachhochschulen dabei zu unterstützen, antragsfähig zu werden und ihre Chancen auf Förderung und Drittmittelinwerbung zu erhöhen, da sich hier auch – z.T. erheblich besser ausgestattete – Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Das Programm soll Fachhochschulen auch dabei unterstützen, ihre Chancen auf Förderung und Drittmittelinwerbung zu erhöhen.

um Mittel bewerben. Das Programm sei nur ein kleines Puzzleteil in der vorhandenen großen Bundesförderung.

Die Bewilligungsquoten in den verschiedenen Linien des Programms liegen zwischen 19% und 39% und seien somit relativ hoch. Man wolle die Hürden möglichst niedrig halten, um Anreize zu setzen, so Hendrichs.

Ausweitung der förderfähigen Fächer und Themen im Bundesprogramm. In der Diskussion wurde kritisiert, dass das Programm „Forschung an Fachhochschulen“ thematisch zu stark begrenzt ist. Dringend notwendig wäre eine Ausweitung der möglichen Themen. Zudem müssten auch andere Fächer aufgenommen werden, wenn Fachhochschulprofessor_innen in die Lage versetzt werden sollen, Gelder aus Fachprogrammen des Bundes einzuwerben. Als gemeinsames Anliegen wurde die Ausweitung der Förderschwerpunkte formuliert. Nur so könne wertvolle, anwendungsorientierte Forschung in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen anerkannt und gefördert werden. Es gebe sehr viele gesellschaftliche Herausforderungen, die von anwendungsorientierter Forschung bearbeitet werden müssten, z.B. die Anpassung an den Klimawandel oder die Integration von Geflüchteten.

Thematisch werde sich die Bundesförderung auch weiterhin an den Vorgaben der Hightech-Strategie des Bundes orientieren, um die dort festgelegten Schwerpunkte konzentriert und gezielt fördern zu können, so Hendrichs. Das Programm sei aber bereits in zwei Richtungen geöffnet worden: mit SILQUA werden auch Themen in den Sozialwissenschaften und nicht nur im technischen Bereich gefördert, und mit FH-Impuls werde den Fachhochschulen große Autonomie bei der Ausgestaltung in eigenen Forschungsschwerpunkten gegeben.

Die Förderlinie SILQUA sei deshalb aufgesetzt worden, weil man gemerkt habe, dass der starke Fokus auf Ingenieurwissenschaften und technische Bereiche das große Spektrum der Fachhochschulforschung nicht abdeckt. Mit der Einrichtung der neuen Förderlinie sollten auch Fachhochschulen angesprochen werden, die ihre Forschungsschwerpunkte in den Bereichen soziale Arbeit, Pflege- und Gesundheitswissenschaften, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften haben. Aktuell werde das Programm nun evaluiert; Ziel sei es, den historisch bedingt engen Fokus auf den demografischen Wandel zu erweitern und mehr Möglichkeiten zu schaffen, auch Anträge aus anderen Themenbereichen einzureichen.

Hendrichs erläuterte, dass der Schwerpunkt in den Bereichen Ingenieur- und Naturwissenschaften auf die Genese des Programms zurückzuführen ist. Die Bund-Länder-Vereinbarung habe hier einen klaren Schwerpunkt definiert. Die Einigung sei das Ergebnis eines fein austarierten Zusammenspiels zwischen der Länderförderung (des Länderinteresses und der Länderansprüche) mit den Bundesmöglichkeiten. Man versuche das Programm zwar relativ offen zu halten, doch seien dem auch Grenzen gesetzt. Die aktuelle Bund-Länder-Vereinbarung gilt bis Ende 2018.

Unterschiedliche Förderchancen. Zur Förderlinie FH-Impuls wurde in der Diskussion kritisch angemerkt, dass die sehr unterschiedlichen regionalen Umfelder von Fachhochschulen darin nicht berücksichtigt werden; ihre Möglichkeiten, sich mit Kooperationspartnern vor Ort zu vernetzen, sind daher auch höchst unterschiedlich. Um Regionalentwicklung dort zu unterstützen, wo sie besonders gebraucht wird, müsste man doch gerade in Regionen, wo Fachhochschulen keine oder nur wenige Partner zur regionalen Vernetzung zur Verfügung stehen, andere Beteiligungskonditionen oder Fördermöglichkeiten bieten.

Hendrichs stimmte zu, dass Fachhochschulen aufgrund sehr verschiedener regionaler Umfelder unterschiedlich große Möglichkeiten für Netzwerke mit Kooperationspartnern haben. Die Förderentscheidung bei FH-Impuls sei zwar noch nicht gefallen, doch zeichne sich bei der engeren Auswahl jetzt schon ein wichtiges Ergebnis ab: Die Förderschwerpunkte werden nicht nur dort liegen, wo viele Industriepartner um die Hochschulen herum zu finden sind. Die bisherige Berücksichtigung im Verfahren zeige hier keine Einseitigkeiten. Hendrichs verdeutlichte noch einmal das zentrale Ziel dieser Förderlinie: Es ginge darum, bereits forschungsstarke und vernetzte Fachhochschulen mit erfolgreichen Teilprojekten zukünftig breiter und vorgabefreier zu unterstützen, damit mehr Eigeninitiative möglich ist. Die Akteure sollten in einem definierten und handhabbaren Umfeld als Konsortien von Industriepartnern und anderen Fachhochschulen gefördert werden, um schwerpunkt- und profilbildungsunterstützend zu wirken. Die Einbindung von regionalen Partnern, wie KMUs, werde begrüßt, aber das mögliche Spektrum der Kooperationspartner gehe darüber hinaus.

Unterscheidung zwischen angewandter Forschung und Grundlagenforschung. In der Diskussion wurde auch kritisch gesehen, dass Fachhochschulen den Begriff „anwendungsorientierte Forschung“ zunehmend für sich reklamieren und ihn konstitutiv als Selbstbeschreibung nutzen. Die dahinterliegende Unterscheidung von Grundlagenforschung und an-

wendungsbezogener Forschung sei aber nicht geeignet, um die Differenz zwischen Forschung an Universitäten und Fachhochschulen voneinander abzugrenzen. Den Fachhochschulen könne nicht einseitig „anwendungsorientierte Forschung“ zugeschrieben werden, da auch an Universitäten immer schon anwendungsorientierte Forschung betrieben werde, und an Fachhochschulen auch immer schon Grundlagenforschung, insbesondere in Bereichen und Fächern, die es an den Universitäten nicht gibt, etwa Soziale Arbeit oder Gesundheit. Darüber hinaus werde diese strikte Unterscheidung den tatsächlichen Forschungs- und Innovationsprozessen nicht gerecht. Anwendungsorientierte Forschung und Grundlagenforschung könne in Bezug auf einzelne Institutionen und Forschungsprojekte inhaltlich oft nicht sinnvoll getrennt werden.

Vielmehr gebe es innerhalb des Spektrums zwischen den Polen von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung verschiedene Ausprägungen und Schwerpunkte. Vermutlich werde es an vielen Fachhochschulen einen ausgeprägteren Anwendungsbezug als an Universitäten geben, doch gebe es auch zahlreiche Drittmittelprojekte an Universitäten, die direkt in den Industriekontext eingebracht werden. Die Übergänge seien fließend und es müsse immer die einzelne Hochschule betrachtet werden.

In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass die Fachhochschulen auch in diese Fokussierung hineingetrieben wurden, weil ihnen bestimmte Zugänge und Fördermöglichkeiten zu grundlagenorientierter Forschung (z.B. Programme der DFG) nicht offenstehen. Die Fachhochschulen hätten bei ihrem Forschungsmandat sehr stark vermittelt bekommen, dass ihre Domäne die anwendungsorientierte Forschung sei und sie bei Forschungsprojekten mit Praxispartnern in der Region kooperieren sollten. Hier habe sich eine Entwicklung verfestigt, die wenig sinnvoll erscheint, weil die beiden Forschungsarten nicht sauber voneinander getrennt werden können.

Hierin herrschte weitgehend Einigkeit: Letztlich gehe es um gute Forschung, die innovativ und kohärent ist und den wissenschaftlichen Kriterien gerecht wird – diese Anforderung sei in Universitäten und Fachhochschulen gleich. In Fachhochschulen gäbe es daher keine „spezifische Art der Forschung“.

Grundfinanzierung und Drittmittel für Forschung. Zudem wurden die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Forschung an Universitäten und Fachhochschulen diskutiert. Die Universitäten erhalten eine grundfi-

nanzierte Forschungsausstattung der Länder, auf die sie mit Drittmitteln für Forschung (z.B. DFG-Mittel) aufsetzen können. Bei den Fachhochschulen sind eingeworbene Drittmitteln für Forschung im Grunde immer Erstmittel, da sie in der Grundfinanzierung der Länder keine Forschungsmittel erhalten. Das wirke sich auch auf die Art der Forschung aus. Fachhochschulen seien bei der Forschungsförderung im Wesentlichen auf thematisch fokussierte Programmförderung angewiesen, was auch als Treiber für ihre inhaltliche Forschungsfokussierung wirke. Dagegen könnten Universitäten auf der Basis einer grundfinanzierten Forschung weitgehend unabhängig entscheiden, welche Programmförderung sie anstreben und mit welchen Strategien institutioneller Art sie Schwerpunkte setzen möchten. Das Maß der Unabhängigkeit und die Finanzierungsströme im Bereich der Forschung seien bei beiden Hochschultypen sehr unterschiedlich.

Mangel an akademischem Mittelbau. In der Diskussion wurde noch ein weiteres Defizit benannt, das die Forschungstätigkeit an Fachhochschulen behindert: Die Beantragung und Durchführung von Forschungsprojekten werde an Universitäten stark vom akademischen Mittelbau getragen, der an den Fachhochschulen aber fehle. Die Absolvent_innen von Fachhochschulen gingen typischerweise in die Wirtschaft.

Die Fachhochschulprofessor_innen seien mit ihrem gegenüber Universitäten hohem Lehrdeputat und den zusätzlichen Aufgaben bereits so stark ausgelastet, sodass es nur wenige schaffen, durch die Einwerbung von Drittmitteln für ein Forschungsprojekt akademische Mitarbeiter_innen einstellen und Unterstützungsstrukturen aufbauen zu können. Dagegen könnten Universitätsprofessor_innen bei der Einwerbung von Forschungsmitteln auf umfangreiche Unterstützungsstrukturen zurückgreifen, etwa den akademischen Mittelbau, was auch Folgeprojekte und die Einwerbung von weiteren Mitteln erleichtere. Unter den gegebenen Umständen ist es häufig auch sehr schwierig, die indirekten Kosten der Forschung zu schultern (Vorbereitung und Nachbereitung von Forschungsanträgen und -projekten, Verwaltung der Mittel).

An Fachhochschulen fehle es derzeit oft an den für Forschung erforderlichen personellen und administrativen Strukturen, die oft nur kurz aufgebaut werden können und mangels langfristiger Finanzierung keine Kontinuität haben. Notwendig seien deshalb geeignete Unterstützungsstrukturen und eine ausreichende finanzielle Grundausstattung, damit an Fachhochschulen Forschungsprojekte in angemessener Form akquiriert und bearbeitet werden können.



WORKSHOP 4

LEBENSLANGES LERNEN: FACHHOCHSCHULEN ALS TRÄGER VON WEITERBILDUNGSANGEBOTEN

Weiterentwicklung der Fachhochschulen im Bereich Weiterbildung

Den Impulsvortrag hielt Prof. Dr. Joachim Metzner, Vorsitzender des Beirats des Centrums für Hochschulentwicklung. Metzner war von 2008 bis 2014 Vizepräsident der HRK und dort unter anderem zuständig für die Themen Weiterbildung und Wissenstransfer.¹²

Treibende Kräfte der Entwicklung. Zunächst benannte Metzner die treibenden Kräfte der Entwicklung, die Weiterbildung zu einem wichtigen Thema an Fachhochschulen gemacht haben.

- **Demografische Besorgnisse:**

An Fachhochschulen ist ein Zusammenhang zwischen Anstrengungen in der Weiterbildung und Prognosen zur Studienplatznachfrage (u.a. KMK) erkennbar. Seit 2011 wird die Erwartung der Unternehmen an die Fachhochschulen formuliert, dass der steigende Fachkräftemangel durch Lebenslanges Lernen (LLL) bei längerer Lebensarbeitszeit ausgeglichen werden soll.

- **Neue Chancen durch Modularisierung:**

Die Mehrfachnutzung von Modulen in grundständigen und weiterbildenden Angeboten ist bei Fachhochschulen sehr viel stärker verbreitet als bei Universitäten (hauptsächlich seit 2007). Der Grund liegt darin, dass die spezifische Praxisnähe die Nutzung in der Weiterbil-

¹² Ausführlicher zum Thema: Joachim Metzner: Weiterbildung als strategisches Handlungsfeld von Fachhochschulen. In: Gleichartig aber anderswertig? Zur künftigen Rolle der Fachhochschulen im deutschen Hochschulsystem. Bielefeld 2013.

derung erleichtert. Dies gilt in wachsendem Umfang für weiterbildende Masterstudiengänge.

- **Perspektivwechsel beim Verständnis von Lebenslangem Lernen:**
Die staatliche Definition von Weiterbildung wurde abgelöst durch ein Verständnis, dass Hochschulen ihre Auffassung von Weiterbildung selbst bestimmen können. Die Konsequenz von Deregulierung und Mentalitätsänderung lautet: Ob ein Angebot weiterbildend ist, entscheiden die Interessenten und Interessentinnen. Personen und Unternehmen identifizieren große Teile des grundständigen Angebots der Fachhochschulen als weiterbildend.
- **Leitidee „Offene Hochschule“:**
Hauptsächlich Fachhochschulen machen Gebrauch vom Öffnungsbeschluss der KMK 2010, d.h. einem weiterbildenden Masterstudium *ohne* grundständigen Abschluss und/oder *ohne* Hochschulzugangsberechtigung (hauptsächlich im Angebot seit 2013). Besonderes Interesse besteht aktuell bei privaten Fachhochschulen. Weiterbildende Bachelorstudiengänge gibt es nur an Fachhochschulen.
- **Digitalisierung der Lehre:**
Der massive Einsatz von Online-Elementen hat zunächst die berufliche Weiterbildung stark verändert. Online-Angebote werden heute auch bei der wissenschaftlichen Weiterbildung, besonders im Kontext der Fachhochschulen, eingefordert. Auch die beginnende Digitalisierung der Lehre schlägt auf die Weiterbildung durch. Einige Fachhochschulen investieren massiv in entsprechende Angebote.
- **Weiterbildung als spezifisches Profilelement:**
Obwohl Weiterbildung an Fachhochschulen charakteristische Merkmale aufweist, wird sie nicht als spezifisches oder differenzierendes Profilelement verstanden, sondern als Teil des generellen Bildungsauftrags. Es werden aber Ansätze zur Strategiebildung sichtbar. Private Fachhochschulen entwickeln spezielle Profile als Spezialisten für unternehmensnahe bis firmeninterne Weiterbildung. Bisher hat keine staatliche Fachhochschule Weiterbildung zum alleinigen Profilemerkmal gemacht.

Elemente der Strategiebildung. Im Folgenden erläuterte Metzner wesentliche Elemente, die zur Strategiebildung im Bereich Weiterbildung beigetragen haben.

- **Institutionalisierung und Rechtsform:**

Es gibt einen anhaltend starken Trend zur institutionellen Verankerung von Weiterbildungsangeboten mit vielen Varianten (aktuell 100 von 120 Fachhochschulen): überwiegend zentral und heute wieder mehr hochschulintern, davon etwa 50% mit wissenschaftlichem Auftrag und 50% mit Servicefunktion. Festzustellen ist ein starkes Anwachsen von Interessent_innenberatung, nur in einigen Fällen hochschuldidaktische Beratung.

- **Zielgruppen:**

Fachhochschulen sind zögerlich bei Zielgruppenentscheidungen. Als aktuelle Tendenzen sind zu nennen: mehr berufs begleitende Masterangebote (ca. 80% berufsbezogen, 20% forschungsbezogen); mehr Zertifikatsangebote (besonders wichtig für Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten); Spezialisierungsangebote für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger und Auffrischkurse für Berufstättere; vereinzelt Angebote für Uni-Absolventen und -Absolventinnen (Jura, Medizin, Pharmazie). Es sind kaum strategische Festlegungen erkennbar.

- **Angebot und Nachfrage:**

Es gibt immer noch eine starke inhaltliche Ungleichverteilung der Angebote: BWL, Soziales, Medien, Gesundheit, MINT (absteigende Reihenfolge), auch wenn das Ungleichgewicht abnimmt. Hier stellt sich die Frage, ob dieses Angebot nachfrageorientiert ist. In Einzelfällen wird Weiterbildung auch als Testfeld für Ungewöhnliches genutzt. Bei der Nachfrage dominieren individuelle Interessen. Unternehmensforderungen nach „passgenauen“ Angeboten werden eher von privaten Anbietern bedient. Die Bereitschaft zu Inhouse-Maßnahmen wird signalisiert, aber kaum realisiert. Man kann nicht sagen, dass staatliche Fachhochschulen ihre Weiterbildungsangebote sehr nachfrageorientiert gestalten.

- **Koordination und Kooperation:**

Die zunehmende Koordination und Kooperation zeigt sich in verschiedenen Bereichen: einer wachsenden Zahl regionaler Verbände von Hochschulen/Verbänden und Kammern; staatlich unterstützten Koordinierungsstellen in mehreren Bundesländern; einigen Hochschulkooperationen, im Einzelfall auch mit der Universität; einer kleinen, aber wachsenden Zahl an Unternehmenskooperationen; aktuell ca. 50 *academic franchise-Verabredungen*. Deutlich wird ein zunehmend kritischer Wettbewerb mit privaten Anbietern im Grenzbereich zur beruflichen Weiterbildung.

- **Governance:**

Eine fast durchgehende Institutionalisierung und Ausweitung des Angebots zeigt ein deutliches Engagement von Hochschul- und Fakultätsleitungen. Es gibt eine ganze Reihe weitgehend offener Governance-Fragen: Bereitstellung von Ressourcen, Beitragsgestaltung, Anrechnung auf Deputate und Arbeitszeit, Berücksichtigung bei Beförderungen, Zulagen, Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren, Qualitätssicherung, Qualifizierungsmaßnahmen und Hochschuldidaktik, strategische Entscheidungen zum Stellenwert von Weiterbildung.

Schlaglichter aus der Diskussion

Anrechnung der Weiterbildung auf das Lehrdeputat. In der Diskussion wurde deutlich, dass das Lehrpersonal an Fachhochschulen auch deshalb nur sehr schwer dazu motiviert werden kann, berufsbegleitende Weiterbildung anzubieten, weil sie in der Regel nicht auf das Lehrdeputat angerechnet wird und die Belastung der Professor_innen bereits sehr hoch ist. Hier haben einige Hochschulen individuelle Lösungen gefunden: An einer Fachhochschule wurde das Verbot eines Lehrauftrags an der eigenen Hochschule gestrichen, da die Hochschulsatzung teilweise Abweichungen vom Hochschulgesetz erlaubt. Nun können hier Angebote der Weiterbildung auf das Lehrdeputat angerechnet werden.

Wenig Angebote im MINT-Bereich. Unklar ist, warum es im MINT-Bereich nur wenig Weiterbildungsangebote an Fachhochschulen gibt. Als mögliche Erklärung wurde genannt, dass Fachhochschulprofessor_innen in diesem Bereich, insbesondere in den Ingenieurwissenschaften, im Technologietransfer sehr aktiv sind. Professor_innen haben nur begrenzte Ressourcen, sodass sie sich entweder für eine intensive Zusammenarbeit mit Unternehmen oder für Weiterbildungsangebote entscheiden. Offenbar ist es kaum möglich, zwei Handlungsfelder gleichzeitig zu bespielen.

Weiterbildung für Unternehmen. Weiterbildung an Fachhochschulen war bisher stark auf den Bedarf von Studierenden ausgerichtet, weniger auf die Weiterqualifikation von Unternehmensmitarbeiter_innen. Offenbar gibt es in den Unternehmen noch zu wenig Bewusstsein für die Notwendigkeit von Weiterbildung. Hier könnte mehr Aufklärung und Vernetzung zwischen Fachhochschulen und Betrieben sinnvoll sein. Nur wenige Unternehmen ermöglichen ihren Mitarbeiter_innen bisher Weiterbildungsmaßnahmen. Teilweise seien Weiterbildungszentren an Hochschulen eingerichtet worden, die anbieten, passgenaue Weiterbildungen

für Unternehmen zuzuschneiden. Manche Unternehmen erarbeiten auch gemeinsam mit Hochschulen bedarfsorientierte Angebote. In diesem Bereich stünden staatliche Hochschulen aber in starker, rechtlich und finanziell problematischer Konkurrenz zu privaten Anbietern.¹³

Interessent_innen. Angesprochen wurde auch die Frage der Zielgruppe von Weiterbildung: Wer ist an Weiterbildung interessiert und wie werden entsprechende Angebote finanziert? Dabei wurde deutlich, dass Weiterbildung gegenwärtig meist als individuelle Investition betrachtet wird und entsprechende Angebote überwiegend an den Bedarfen von Personen(-gruppen) orientiert sind.

Academic Franchising. In der Diskussion wurde *academic franchising* näher betrachtet, ein aufkeimendes, aber relativ nebulöses Feld im Weiterbildungsbereich ohne klare Qualitätskriterien. Hier könnte sich ein erhebliches Qualitätsproblem abzeichnen. Ein *academic franchise*-Nehmer muss über eine Einrichtung verfügen, die Bildung vermitteln und Abschlüsse im akademischen Bereich anbieten kann (eine starke Interessensgruppe ist hier v.a. die IHK). Sehr häufig wird ein grundständiger Studiengang einer Hochschule an eine solche Bildungseinrichtung weitergegeben, die diesen dann als Weiterbildungsstudiengang anbietet. Bisher haben nur sehr wenige Fachhochschulen diese Form des *academic franchising* zum Thema gemacht, doch ist davon auszugehen, dass dieses Phänomen weiter zunehmen wird. Es könnte sein, dass dieses Franchise-Modell auch dazu dienen soll, bestehende Governance-Probleme zu umgehen.

Kennzeichen der Weiterbildung an Fachhochschulen. Weiterbildung ist an den Fachhochschulen in den letzten zehn Jahren qualitativ und quantitativ immer wichtiger geworden. Was sollte das Angebot der staatlichen Fachhochschulen gegenüber Angeboten von privaten und nichthochschulischen Anbietern auszeichnen? Es zeigt sich, dass die Abgrenzung zunehmend schwieriger wird und sich die Weiterbildungsangebote von Fachhochschulen und z.B. Kammern immer mehr annähern. Ein Unterscheidungsmerkmal sollte sein, dass die Angebote der

¹³ Zu diesem Thema vgl. auch Angela Borgwardt: Akademische Weiterbildung. Eine Zukunftsaufgabe für Hochschulen (Schriftenreihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin 2016; hier insb. zum Weiterbildungsmarkt in Deutschland und zur Konkurrenz zwischen privaten und staatlichen Anbietern die Beiträge von Peter Faulstich (S. 13-22) und André Wolter (S. 23-36), <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12365-20160317.pdf> (Stand: 10.08.2016).

Fachhochschulen im Unterschied zu innerbetrieblichen, beruflichen Angeboten wissenschaftlich fundierter und vermittelnd sein sollten. Für private Anbieter sind Weiterbildungsangebote ein Geschäftsmodell, für staatliche Hochschulen in der Regel ein Lackmustest, wohin sie sich weiterentwickeln wollen oder können. Insbesondere bei Zertifikatskursen gibt es eine große Konkurrenz durch viele Anbieter, allerdings mit großen Qualitätsunterschieden.

Profilmerkmal „Weiterbildung“. Bisher nutzen Fachhochschulen Weiterbildung noch nicht zur Profilbildung. Viele sehen darin ein Angebot unter anderen und kein eigenständiges Profilmerkmal. Es gibt aber auch Ausnahmen. So hat sich z.B. die Fachhochschule Lübeck speziell über

Fachhochschulen nutzen Weiterbildung bisher kaum zur Profilbildung.

Weiterbildung profiliert und daraus ein Markenzeichen gemacht. Ob der Bereich Weiterbildung an Fachhochschulen einen höheren Stellenwert bekommt, wird stark

davon abhängen, wie sich die Studierendennachfrage entwickelt und ob es gelingt, die von Metzner im Vortrag angesprochenen zahlreichen Governance-Probleme zu lösen.

WORKSHOP 5

WELCHE ERFAHRUNGEN WURDEN MIT DER FUSION VON UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN GEMACHT?

Das Beispiel der Brandenburgischen Technischen Universität, Cottbus-Senftenberg

Den Impulsvortrag hielt Prof. Dr. Jörg Steinbach, Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg. Er schilderte die Erfahrungen mit der Fusion der Hochschule Lausitz und der BTU Cottbus und benannte Herausforderungen und Chancen der Fusion.

Benachteiligung der Fachhochschulen im Bereich Forschung. Zu Beginn verdeutlichte Steinbach, dass sich Fachhochschulen gegenüber den Universitäten häufig als „Hochschulen zweiter Klasse“ behandelt sehen. Auch ihre Forschungsleistungen würden nicht ausreichend anerkannt, obwohl ihre Forschung von großer gesellschaftlicher Relevanz ist. Dies habe der Vorsitzende des Fachhochschulverbands in Bayern, Walter Schöber, auf den Punkt gebracht: „Fachhochschulen machen keine Grundlagenforschung, die in internationalen Fachzeitschriften zitiert wird, sondern sind Spitze bei der Forschung, die in die Gesellschaft wirkt.“ Diese große gesellschaftliche Bedeutung stehe in Widerspruch zu ihrer Finanzierung: Der Haushalt im BMBF, der für Forschung an Fachhochschulen reserviert ist, betrage nur 48 Millionen Euro – im Vergleich dazu: Mehr als 400 Millionen würden in die Exzellenzinitiative investiert, die den Universitäten vorbehalten ist. Die FH Lübeck habe eine Petition gestartet, in der ein vergleichbar finanziertes Programm für Fachhochschulen gefordert wird. Nur dann könnten die Ziele der Exzellenzinitiative erreicht werden.

Gründe für die Fusion der Hochschule Lausitz und der BTU Cottbus. Im Mai 2010 wurde von der damaligen Wissenschaftsministerin des Landes Brandenburg eine Expertenkommission zur Weiterentwicklung der

Hochschulregion Lausitz eingesetzt („Lausitz-Kommission“). Die Ergebnisse wurden im Februar 2012 vorgestellt. Im März 2011 hatte der Ministerpräsident des Landes Brandenburg eine Hochschulstrukturkommission für das Land Brandenburg einberufen, die ihre Ergebnisse wenige Monate später, im Juni 2012, vorstellte.

Die „Lausitz-Kommission“ kam zu folgendem Ergebnis: Die Hochschule Lausitz und die BTU Cottbus hatten in einigen Bereichen erhebliche Auslastungsprobleme ihrer Studiengänge. Den Grund sah die Kommission in den Rahmenbedingungen, insbesondere des wirtschaftlichen Strukturwandels und des demografischen Wandels. Auch die geografische Lage der Hochschulen wurde mit Verweis auf die Technischen Universitäten in Berlin und Dresden als schwierig bezeichnet. In Bezug auf die Weiterentwicklung der Hochschulregion gelangte die Kommission zu dem Ergebnis, „dass nur eine radikale Neustrukturierung und grundlegende Neuausrichtung in Lehre und Forschung den Bedarfen des Landes, der Region und der Hochschulen selbst gerecht wird.“

Die Kommission schlug vor, die Hochschulen enger miteinander zu vernetzen, aber die Hochschulen zu erhalten. Die Hochschulstrukturkommission schloss sich den Bewertungen und Empfehlungen der „Lausitz-Kommission“ vollumfänglich an und übernahm ihren Abschlussbericht in Gänze. Im Juni 2012 gab die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) des Landes Brandenburg als Schlussfolgerung aus diesen Berichten die Absicht bekannt, eine Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg gründen zu wollen.

Der entscheidende Punkt war, so Steinbach, dass beide Hochschulen aus den oben genannten Gründen nicht parallel hätten weitergeführt werden können. Somit sei die Fusion zu einer gemeinsamen Universität die Lösung zum Erhalt des akademischen Lebens in der Lausitz gewesen.

Zeitschiene. Am 1. Juli 2013 wurde die BTU Cottbus-Senftenberg gegründet, am 16. Juli 2013 die vorläufige Grundordnung vom MWFK erlassen, die am 9. Januar 2016 wirksam wurde (GO BTU). Am 22. Juli 2015 wurde der Hochschulentwicklungsplan (HEP) vom Erweiterten Gründungssenat der BTU Cottbus-Senftenberg verabschiedet, der am 28. Juli 2015 dem MWFK vorgelegt und am 5. Oktober 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Zwischen Januar und April 2016 erfolgte die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat.

Die Fusion zu einer gemeinsamen Universität war die Lösung zum Erhalt des akademischen Lebens in der Lausitz.

Erfahrungen der BTU Cottbus-Senftenberg. Steinbach erläuterte wichtige Veränderungen durch die Fusion:

- Die heutige BTU hat mehr Geld zur Verfügung als beide Hochschulen vor der Fusion zusammen. Die Universität nutzt dies unter anderem, um die Professor_innen besser auszustatten.
- Der HEP ist der Masterplan für eine erfolgreiche Umsetzung der Fusion.
- Die Fusion wird auf allen Ebenen umgesetzt (Verwaltung und Fakultäten). Dazu gehört auch die Überleitung von Professoren und Professorinnen.
- Allerdings sind durch die Fusion auch Unsicherheiten unter den Studierenden entstanden. Gerade im Masterbereich lehren viele Gastprofessor_innen. Neuberufungen sind daher ein wichtiger Kernbereich, um die Attraktivität der BTU für die Studierenden zu steigern.
- Bei den Studiengängen ist geplant, Doppelangebote in einigen Bereichen zu streichen und in anderen Studiengängen (Maschinenbau, Wirtschaftsingenieurwesen, Elektrotechnik) das sogenannte H-Modell einzuführen (fachhochschulische und universitäre Studienangebote, sehr flexibles Studienmodell).
- Der nächste Schritt wird sein, die Identitätsbildung voranzutreiben (Bildung einer Einheit, Leitbildprozess). In diesem Prozess müssen alle Beteiligten mitgenommen werden. So soll ein „Wir-Gefühl“ entstehen.

Chancen der Fusion. Die Chancen bestehen nach Steinbach vor allem in folgenden Aspekten:

- Bessere Möglichkeiten zur kooperativen Promotion
- Innovative Hochschule, die sowohl fachhochschulische Elemente als auch universitäre Elemente anbieten kann
- Bessere Verzahnung von anwendungsorientierter und Grundlagenforschung
- Stärke der erweiterten Hochschulleitung nutzen (Kooperation mit Unternehmen, Lösung von Anwendungsproblemen)
- Bessere Möglichkeit, die Bedarfe vieler Einzelner zu decken und einem großen Kreis den Zugang zur Universität zu eröffnen
- Regionale Bedarfe ebenfalls im Blick (z.B. Duales Studium)

Herausforderungen der Fusion. Steinbach benannte aber auch Herausforderungen, die mit der Fusion verbunden sind: Mit der Bezeichnung „Universität“ entstehe eine gewisse Hierarchie unter den Mitgliedern nach der Herkunft aus den Vorgängereinrichtungen Fachhochschule und Universität, z.B. beim Stimmrecht („Hierarchien“ bei der Kategorisierung „a“- und „b“- Professor_innen). Durch die Fusion sind explizit für Fachhochschulen vorgesehene Förderprogrammen weggefallen. Die Ausstattung der Fachhochschulprofessuren muss aber dennoch so gestaltet werden, dass auch die Wettbewerbsfähigkeit um Drittmittelinwerbungen erhöht werden kann. Das Land müsse dafür Sorge tragen, dass eine Benachteiligung der BTU in dieser Hinsicht vermieden wird.

Schlaglichter aus der Diskussion

Umgang mit Herausforderungen. In der Diskussion spielten die Herausforderungen einer solchen Fusion eine besonders wichtige Rolle. Dazu gehört z.B. das Promotionsrecht beim Überföhrungsverföhren von Fachhochschullehrenden, aber auch die Frage, wie eine Gleichstellung der Universitäts- und Fachhochschulprofessor_innen erreicht werden kann. Auch die Ankopplung an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Zudem ist es von Bedeutung, eine gesellschaftliche Akzeptanz für eine Fusion zu erreichen. So gab es nach Bekanntgabe des Fusionsplans an beiden Standorten Proteste von Bürger_innen.

Zurzeit werden an der (BTU) Cottbus-Senftenberg mehr universitäre als fachhochschulische Stellen neu besetzt. Ein Problem besteht darin, dass die Mehrheit der Fachhochschullehrenden danach strebt, die gleiche Stellung wie die universitären Hochschullehrenden mit eigenen wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen zu erreichen. Diese „Selbstkannibalisierung der fachhochschulischen Kollegen“ (Steinbach) sei kontraproduktiv, da die besondere Qualität der fusionierten Hochschule in der Mischung aus Universitäts- und Fachhochschulprofessor_innen mit verschiedenen Schwerpunkten liege. Umso wichtiger sei es, Anreizsysteme für die fachhochschulischen Anteile zu schaffen, um die Praxisnähe zu bewahren.

Kommunikation. Welcher Faktor ist besonders wichtig, um den Prozess der Fusion erfolgreich zu gestalten? Deutlich wurde, dass eine Fusion zweier Hochschulen einen gewaltigen verwaltungstechnischen und kommunikativen Aufwand erfordert – umso mehr, wenn es sich wie hier um

zwei unterschiedliche Hochschularten handelt. Ein wesentlicher Punkt ist die Frage der Kommunikation: Ein Fusionsprozess muss in einen intensiven kommunikativen Prozess eingebettet sein, der alle Beteiligten vor Ort einbindet, bestehende Identitäten respektiert und neue schafft, sodass sich alle für die neue Struktur engagieren und bereit sind, diese Fusion mitzugestalten.

Profilierung und Differenzierung. Als wenig sinnvoll wurde erachtet, in einem Fusionsprozess die Universität und die Fachhochschule in einem neuen Gebilde zusammenzuführen, in dem die Einzelteile nicht mehr wahrnehmbar sind. Vielmehr müsse es darum gehen, die fachhochschulischen und universitären Teile weiterhin sichtbar und identifizierbar zu machen – sowohl mit Blick auf die Studierenden als auch mit Blick auf die Forschung. Ein solches Modell würde das Interesse und die Attraktivität eines solchen Formats steigern und Vorteile bringen.

Übertragbarkeit des Modells. Gibt es Bemühungen, ein ähnliches Modell wie die BTU an anderen Standorten umzusetzen? Gegenwärtig nimmt die BTU noch eine Sonderstellung ein. Vergleichbare Fusionen in diesem Umfang gibt es derzeit nicht.

Die Fusion aus Universität und Fachhochschule wurde nicht als verallgemeinerbares Zukunftsmodell gesehen, das als Muster grundsätzlich übertragbar wäre. Ein solches Modell sei nur in bestimmten Strukturen und Problemlagen sinnvoll: Es eigne sich vor allem für strukturarme Regionen, in denen die Mittel und Ressourcen nicht ausreichen, um zwei Hochschuleinrichtungen parallel mit ausreichender Qualität zu erhalten. Dann könnte durch eine Fusion die Region als Hochschulstandort erhalten und gestärkt werden. Das Modell sei aber nicht geeignet in Regionen, in denen bereits gute Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen bestehen. Diese sollten fortgesetzt bzw. ausgebaut und nicht durch Fusionsideen verunsichert werden.

Das Fusionsmodell ist nur in bestimmten regionalen Strukturen sinnvoll.



DIE BEDEUTUNG VON FACHHOCHSCHULEN FÜR EIN OFFENES UND GERECHTES BILDUNGSSYSTEM

Die Sicht eines Fachhochschulabsolventen

Bewusste Entscheidung für ein Fachhochschulstudium. Markus Zimmer, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, berichtete von seinem Studium an einer Fachhochschule. Nach dem Abitur absolvierte er zunächst ein Bachelorstudium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, dann schloss er ein weiterführendes Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Karlsruhe an.

Zimmer hat sich bewusst für ein Studium an einer Fachhochschule und nicht an einer Universität entschieden, weil er an guter Lehre, kleinen Lerngruppen und guten Betreuungsverhältnissen interessiert ist. Eine Fachhochschule schien diese Form des Lehrens und Lernens eher zu ermöglichen als eine Universität. Nach dem Abschluss seines Studiums kann Zimmer sagen, dass sich seine Erwartungen voll erfüllt haben. Im Unterschied zu einem Universitätsstudium, wo oft mehrere hundert Personen in einem Vorlesungssaal studieren, habe er in einem überschaubaren Rahmen studieren können und einen guten Zugang zu seinen Dozent_innen gehabt, die auch außerhalb der Sprechzeiten ansprechbar waren.

Praxisorientiertes Studium. Ist im Studium spürbar, dass Lehrende an Fachhochschulen weniger Forschung betreiben und mehr berufliche Erfahrungen einbringen? Zimmer hat in seinem Studium natürlich nur ein bestimmtes Fach und einen kleinen Ausschnitt der Lehre kennengelernt. Ihm fiel jedoch auf, dass im Fach Mathematik bei Probevorlesungen an der Universität mehr Herleitungen als an der Fachhochschule genutzt wurden, wo in angewandter Mathematik das Rechnen im Vordergrund stand und Herleitungen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die größere Praxisnähe der Dozierenden an der Fachhochschule zeigte sich

unter anderem darin, dass die Lehre mit vielen Fallbeispielen und Erfahrungsberichten aus der Praxis bereichert wurde. Das Maß der vermittelten Theorie an der Fachhochschule empfand Zimmer als ausreichend. Da ihm nach dem Abitur der Bezug zur Lebenswelt besonders wichtig war, wählte er ein praxisorientiertes Studium.

Konkurrenz und Kooperation mit Universitätsabsolvent_innen. Kritisch merkte Zimmer an, dass er sich als Fachhochschulabsolvent häufig als Absolvent zweiter Klasse wahrgenommen fühle. Auch wenn in seinem Studium – im Vergleich zu einem universitären Studium – weniger theoretische Grundlagen vermittelt wurden, sei ein Fachhochschulstudium doch nicht von minderer Qualität, sondern nur anwendungsorientierter ausgerichtet. Rein formell sei der Fachhochschulabschluss zwar mit einem Universitätsabschluss gleichgestellt, doch in der Realität sehe das anders aus: Laut Statistik verdienen Fachhochschulabgänger_innen in ihrem Job langfristig weniger und haben auch schlechtere Aufstiegschancen als Universitätsabgänger_innen. Zudem meinten viele Universitätsabsolvent_innen, sie hätten mehr Wissen oder Kompetenzen als Fachhochschulabsolvent_innen. Auf Hochschulmessen sei häufig ein harter Konkurrenzkampf zwischen Universitäten und Fachhochschulen festzustellen. Aber sobald an einer Hochschule studiert werde, gebe es sehr viele Kooperationsprogramme, gemeinsame Projekte und Austausch, sodass die Zusammenarbeit von Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten in den Vordergrund rücke: „hinter der Tür miteinander, vor der Tür gegeneinander“, brachte Zimmer dieses Phänomen auf den Punkt.

Erschwerter Zugang zur Promotion. Auch wenn Zimmer in seinem Studium nichts vermisst hat, wird das Fachhochschulstudium nun zum Problem, weil er eine Promotion anstrebt. Nach seinem Studienabschluss vor drei Monaten hat Zimmer ein Forschungspraktikum an einer Universität in Finnland absolviert. Schon bei der Bewerbung habe man ihm gesagt, dass er als Absolvent einer University of Applied Science definitiv noch Grundlagen aufarbeiten müsse, bevor er eine Promotion anstreben kann. „Für mich, der auch zehn Semester an der Hochschule verbracht hat, ist es nicht gerade schön zu hören, dass ich noch etwas nachholen muss im Vergleich zum Universitätsabsolventen, der auch zehn Semester studiert hat“, sagte Zimmer. „Wenn ein Universitätsabsolvent die Berufserfahrung in drei oder vier Jahren nachholen kann, dann kann ich auch in der gleichen Zeit selbstständig die Theorie nachholen“, meinte Zimmer. Im Studium geht es doch darum, das Lernen zu lernen und sich selber etwas zu erarbeiten – und genau das habe er in seinem Fachhochschulstudium gelernt.

Wenn es inhaltlich notwendig ist, sei er natürlich bereit, wissenschaftliche Theorien und Methoden für eine Promotion nachzuholen. Aufgrund der rechtlichen Gleichstellung des Fachhochschul- und Universitätsabschlusses sollte Fachhochschulabsolvent_innen das Promovieren aber genauso ermöglicht werden wie Universitätsabgänger_innen. Ob das mit einem eigenen Promotionsrecht der Fachhochschulen geregelt werde oder mit gemeinsamen Promotionskollegs oder Kooperationen, sei letztlich egal. „Ich finde kooperative Verfahren nicht schlecht, weil man dann die Kompetenzen aus beiden Bereichen abrufen kann“, sagte Zimmer.

Nach Zimmers Auffassung sollte die gesellschaftliche Anerkennung für das Fachhochschulstudium generell höher sein als heute. Fachhochschulen hätten eindeutig Stärken, was auch die vielen Studierenden zeigten, die sich bewusst dafür entscheiden. „Ich finde es sehr schade, dass immer unterschieden und bewertet wird, ob ein Absolvent von einer Fachhochschule oder Universität kommt. Aus meiner Sicht ist es so: Studiert ist studiert, und wenn der Gesetzgeber sagt, der Abschluss an einer Fachhochschule ist genauso viel wert wie an einer Universität, dann frage ich mich, warum dann im Nachhinein doch wieder ein Unterschied gemacht wird, woher man kommt.“ Die Benachteiligung von Studierenden der Fachhochschulen sei mit der Vorstellung eines gerechten und offenen Bildungssystems nicht vereinbar.

Die gesellschaftliche Anerkennung eines Fachhochschulstudiums sollte generell höher sein.

Wissenschaftlichen Forschung und Praxis

der Fachhochschulen im Wissenschaftssystem

17.06.2016



DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE VON FACHHOCHSCHULEN IM WISSENSCHAFTS- SYSTEM

Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten

Ausdifferenzierung. Prof. Dr. Micha Teuscher, Rektor der Hochschule Neubrandenburg und Sprecher der Mitgliedergruppe der Fachhochschulen in der HRK, betonte den Wandel der Fachhochschulen in den letzten zwanzig Jahren. Ein wichtiger Grund seien die veränderten Anforderungen der Gesellschaft an die Fachhochschulen. Dies zeige sich in fundamental anderen Erwartungen der gesellschaftlichen Partner an wissenschaftliche Unterstützung und Beratung, an Transfer und angewandte Forschung – seien es mittelständische Unternehmen, Jugendämter oder soziale Einrichtungen. „Die Fachhochschulen haben auf diese Entwicklung reagiert und sich im Zuge der Ausdifferenzierung des gesamten Wissenschaftssystems ebenfalls differenziert und die Rollenwahrnehmung im Bereich angewandter Forschung, Lehre und Transfer weiterentwickelt“, sagte Teuscher.

Umbenennung der Fachhochschulen. Vor diesem Hintergrund sei auch die Umbenennung vieler Fachhochschulen in „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ bzw. „University of Applied Science“ zu verstehen. Der Begriff „Fachhochschule“ habe sich als zunehmend problematisch erwiesen. Zum einen werde er in Ostdeutschland nicht als Markenbegriff wie in Westdeutschland verstanden, sondern häufig als „Fachschule“ fehlinterpretiert. Zum anderen habe man im Zuge der Ausdifferenzierung festgestellt, dass die vielfältigen Leistungen des gegenwärtigen Hochschultyps Fachhochschule mit dem alten Namen nicht mehr angemessen präsentiert werden können.

Eigenes Selbstverständnis. Teuscher widersprach dem weit verbreiteten Eindruck, die Fachhochschulen wollten sich zu Universitäten entwickeln. Dieses Ziel sei eine Zeit lang zwar angestrebt worden und die Fachhoch-

schulen hätten sich an den Universitäten abgearbeitet, doch habe man sich in den letzten Jahren eindeutig davon verabschiedet. Ein wichtiger Impuls sei vom Gutachten des Wissenschaftsrats über die Rolle der Fachhochschulen im Wissenschaftssystem 2010 ausgegangen. Aber auch der Zusammenschluss von sieben großen und forschungsstarken Fachhochschulen im Verbund UAS⁷¹⁴ sei eine wichtige Zäsur gewesen, weil deutlich wurde, dass sich die Fachhochschullandschaft ausdifferenziert hat.

Seitdem hätten sich die Fachhochschulen verstärkt mit der Frage auseinandergesetzt, was sie im Kern ausmacht und welche spezifische Rolle sie im Wissenschaftssystem einnehmen wollen und können. Immer wichtiger werde dieser Selbstverständigungsprozess auch auf der jährlichen Konferenz des Wiesseer Kreises der Fachhochschulen in der HRK. Die Zusammenkunft habe sich zunehmend zu einer Arbeitstagung entwickelt, in denen Papiere zu Statusbestimmungen und Funktionen der Fachhochschulen erstellt werden. Das Erarbeiten eines eigenen Selbstverständnisses hat nach Teuscher auch dazu geführt, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein großes Selbstbewusstsein entwickelt haben. Darüber hinaus sei in intensiven Diskussionen herausgearbeitet worden, wo – trotz erheblicher Unterschiede – die Gemeinsamkeit in der Leistungsfähigkeit besteht.

Gemeinsamkeit in den angewandten Wissenschaften. Die Gemeinsamkeit werde im zentralen Profilvermerkmal der „angewandten Wissenschaften“ gesehen, so Teuscher. In diesem Bereich wollten die Fach-

Die Fachhochschulen wollen künftig eine zentrale Rolle für angewandte Wissenschaften in der Gesellschaft spielen.

hochschulen künftig eine zentrale Rolle in der Gesellschaft spielen. Dieses Ziel wolle man auch durch eine entsprechende Berufungspolitik unterstreichen. Fachhochschulprofessor_innen sollten eine Doppelqualifikation aufweisen: zum einen wissenschaftlich qualifiziert sein, zum anderen über langjährige Erfahrungen in der beruflichen Praxis verfügen. Das Gros der Professor_innen an Fachhochschulen sei primär an angewandter Forschung interessiert, weniger an klassischer Grundlagenforschung wie viele Professor_innen an Universitäten. Zudem hätten Fachhochschulen nicht

14 „Die Mitgliedshochschulen des UAS7 e.V. gehören zu den führenden Fachhochschulen in Deutschland und stehen für hohe Standards in der Lehre sowie für exzellente Forschung mit ausgeprägtem Anwendungscharakter“ (Auszug aus der Selbstbeschreibung). Vgl. <http://www.uas7.de/Hochschulen.4.0.html> (Stand: 10.08.2016). Mitglieder: HWR Berlin, HS Bremen, HAW Hamburg, TH Köln, HS München, FH Münster, HS Osnabrück.

die gleichen Fachdisziplinen wie Universitäten, um Grundlagenforschung durchführen zu können.

Steigende Anforderungen an Hochschulen. Gegenwärtig befindet man sich nach Prof. Dr. Peter Strohscheider, Präsident der DFG, in einem Prozess, in dem das Hochschulwesen einerseits insgesamt massiv expandiert und sich andererseits intern stärker differenziert, während zugleich die Leistungserwartungen und -zumutungen aus allen möglichen Bereichen der Gesellschaft weiter zunehmen – und zwar die faktischen, die funktionalen und auch die semantischen. Auch für Fachhochschulen kämen in kurzen Abständen immer wieder neue Anforderungen hinzu, da ihnen inzwischen vielfältige gesellschaftliche Aufgaben zugewiesen würden. Angesichts dessen sei es wenig verwunderlich, dass sich viele Hochschulen überlastet fühlen und ihre Funktionsfähigkeit gefährdet ist. „Wenn ein Instrument oder eine Organisationsstruktur gut läuft – das ist ein ganz typischer politischer Reflex –, dann werden einfach noch ein paar Funktionen draufgepackt und zwar so lange, bis das, was bisher gut gelaufen ist, auch nicht mehr gut läuft“, sagte Strohscheider.

Informationsdefizite bei politischen Entscheider_innen. In diesem Kontext wies De Ridder auf ein gravierendes Problem hin: Viele politische Entscheider_innen seien sehr wenig über die Binnenstrukturen von Fachhochschulen informiert – ein Informationsdefizit mit fatalen Folgen, wenn in diesem Bereich wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen. Die Fachhochschulen müssten unbedingt der Politik eindeutiger und eindrücklicher aufzeigen, wie ihr Portfolio und ihre Aufgaben aussehen und welche gewichtige Rolle sie – bei einer angemessenen Finanzierung – im Wissenschaftssystem spielen könnten.

„**Universitäts-Bias**“. Teuscher sprach in diesem Kontext von einem „Universitäts-Bias“: Da vermutlich fast alle Entscheider_innen im Wissenschaftsbereich selber ein universitäres Studium absolviert haben, seien ihnen die Strukturen und Bedingungen an Universitäten deutlich besser vertraut als die an Fachhochschulen. Bei der Abstimmung von strukturellen Entscheidungen im Wissenschaftssystem würden daher systematisch bestimmte Lösungen generiert, die auf die primären Stärken, die personellen und funktionalen Strukturen der Universität passen. Dies sei ein Grundproblem im System. Dazu trage auch die spezifische Fächerstruktur an Fachhochschulen bei, deren Absolvent_innen später überwiegend in der Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen tätig sind, selten aber Entscheidungspositionen in der Politik einnehmen.

Fokus auf die Leistungen von Fachhochschulen. Nach Ansicht von De Ridder hat sich das binäre System von Fachhochschulen und Universitäten grundsätzlich bewährt und sollte nicht aufgelöst werden. „Wir müssen eher überlegen, welche Aufgaben im Wissenschaftssystem zu erfüllen sind und was die einzelnen Wissenschaftseinrichtungen dabei leisten können: die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Universitäten und die Fachhochschulen.“ Zuallererst müsse der Diskurs verändert werden, indem der Fokus nicht vorrangig auf die Defizite im Vergleich zu Universitäten, sondern auf die spezifischen Leistungen der Fachhochschulen gerichtet wird. Dafür sei es wichtig, geeignete Kriterien zu entwickeln, mit denen die Reputation an Fachhochschulen gemessen und gewinnbringend sichtbar gemacht werden kann. Nur dann habe die Politik auch eine gute Entscheidungsbasis für eine sinnvolle Verteilung von Fördergeldern.

Funktionale Versachlichung des Diskurses. Strohschneider plädierte dafür, das Wissenschaftssystem und die verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen im Zusammenhang zu betrachten und nach funktionalen Gesichtspunkten zu analysieren. Hier wären folgende Fragen entscheidend: Braucht es unterschiedliche Typen von Hochschulen? Und wenn ja, aus welchen funktionalen Gründen? Dies gelte für das Verhältnis von Forschung und Lehre, für andere Leistungsdimensionen der Hochschulen (wie *Third Mission* oder Transfer), aber auch im Hinblick auf Unterschiede in der Forschung. In der Diskussion über die Fachhochschulen sei in den

Es müssen Kriterien entwickelt werden, mit denen die spezifischen Leistungen von Fachhochschulen gemessen werden können.

letzten Jahren leider eine Statusdiskussion mit einer Funktionsdiskussion vermischt worden: „Es war ein Kränkungsdiskurs und ein Leistungsdiskurs. Das war wenig förderlich“, meinte Strohschneider. Eine funktionale Versachlichung des Diskurses sei nun unerlässlich.

Weiterentwicklung eines arbeitsteiligen Wissenschaftssystems. Auch nach Ansicht von Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen, sollte man zunächst den Blick auf das Gesamtsystem richten und sich dabei an funktionalen Aspekten orientieren. Ziel sollte sein, das arbeitsteilige, funktional differenzierte Wissenschaftssystem weiterzuentwickeln, das international ja durchaus sehr anerkannt sei. Das „bipolare System“ von Universitäten und Fachhochschulen sollte man nach Mukherjee eher als Prototypenmodell verstehen: Zwischen zwei Polen mit prototypisch definierten Kernen – der „Normal-Fachhochschule“ als der „Normal-Hochschule für angewandte Wissenschaften“ ei-

nerseits und der „Normal-Universität“ andererseits – gebe es einen Differenzierungsgradienten, der sich an den beiden Hauptaufgabenfeldern der Hochschule festmacht: Forschung und Lehre. Anhand dieser Differenzierung könnten dann Ausprägungen von Hochschulen beider Typen definiert werden, die eher in die eine oder andere Richtung tendieren.

Hierarchisierung und Differenzierung. Eine wichtige Frage ist für Mukherjee, wie viel Differenzierung und Hierarchisierung im Wissenschaftssystem und in den einzelnen Bereichen überhaupt gewünscht und vernünftig ist. „Im Sinne des Gesamtsystems und seiner Leistungskraft werden wir politisch Anker werfen müssen, damit es nicht zu viel Hierarchisierung und Differenzierung wird.“ Für die Funktionsfähigkeit des Systems sei das richtige Maß ganz entscheidend. Ein Übermaß an Hierarchisierung wie im US-amerikanischen System könne kein Vorbild sein: Beim bewundernden Blick auf die Spitzengruppe der Universitäten in den USA werde immer vergessen, dass die große Masse der *institutions of higher education* dem durchschnittlichen Standard einer Hochschulbildung in Deutschland in keiner Weise genügt. Die Frage, wie viel Differenzierung und Hierarchisierung im System gewollt sei, sei zutiefst politisch. In diesem Kontext müsse auch das Verhältnis zwischen den beiden Polen Fachhochschule und Universität diskutiert werden: Wie viel Differenzierung wollen wir hier zulassen und welche Leistungsdimensionen spielen mit hinein?

Entscheidend ist das richtige Maß an Differenzierung und Hierarchisierung.

Soziale Systeme und weiche Faktoren. Auch für Strohschneider wäre es keine Lösung, die formale Typendifferenzierung zwischen Fachhochschulen und Universitäten abzuschaffen. Die Erfahrung zeige, dass sich dann schnell andere Differenzierungsparameter und Reputationssysteme im Fachhochschul- und im Universitätsbereich entwickeln würden. Das englische Beispiel sei dafür ziemlich prägnant: „Formale Vereinheitlichung ist nur ein Treiber für andere, und womöglich sehr viel schlechter steuerbare Differenzierungsprozesse. Denn Reputation ist nicht einfach durch Gesetze steuerbar. Man kann Finanzierungsströme durch Gesetze steuern, aber Reputation ist ein relativ träges Instrument der sozialen Steuerung und ziemlich scharf.“ Nach einem Verlust der Reputation könne es ziemlich lange dauern, bis diese wieder – wenn überhaupt – aufgebaut werden kann. Dagegen könne eine Delle in der Drittmittelbilanz meist in wenigen Jahren wieder ausgeglichen werden. Da im Wissenschaftssystem auch soziale Systeme wirken, müssten solche weichen Faktoren wie Reputation immer mitbedacht werden.

Nach Ansicht von Teuscher hat der Wissenschaftsrat in seinem Papier 2010 zwar die Notwendigkeit einer funktionalen Differenzierung des Wissenschaftssystems betont, dann aber wenig mutig an dem bipolaren System von Fachhochschulen und Universitäten festgehalten – und es auch klar so formuliert: „*Trotzdem* halten wir daran fest.“ Der Wissenschaftsrat habe aber keine Empfehlungen ausgesprochen, wie mit den verschiedenen Funktionen im Hochschulsystem umgegangen werden sollte, damit die unterschiedlichen Leistungsdimensionen auch gleichermaßen anerkannt sind und z.B. die Lehre tatsächlich nachhaltig eine andere Wertigkeit bzw. Reputation erhält als gegenwärtig. Eine Debatte über das Gesamtsystem der Wissenschaft und seine Funktionen müsste auch folgende Fragen einbeziehen: Welches Verhältnis von beruflicher Bildung und Hochschulbildung benötigen wir in einer Wissensgesellschaft? Wie können wir mit den verschiedenen Typen von Hochschulbildung auf die verschiedenen Gruppen von Bildungsnachfragenden und ihre Bedarfe antworten?

Studierendenanteile an Universitäten und Fachhochschulen. In der Diskussion wurde die Verteilung der Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten als problematisch markiert. Wenn man von einer vernünftigen Systemfinanzierung ausgehe, so Strohschneider, dann könne man sich immer noch an der Formel des Wissenschaftsrates aus den 1960er Jahren orientieren, dass das Verhältnis von Studierenden an Fachhochschulen zu Universitäten etwa 2:1 sein sollte. Heute, 50 Jahre später, liege das Verhältnis aber immer noch bei 1:2. Für das Hochschulsystem – nicht für die einzelnen Systemelemente – bedeute das, dass ein sehr großer Teil von Studierenden mit falscher Ausrichtung ausgebildet wird – sowohl im Hinblick auf die eigenen Fähigkeiten und Erwartungen an das Studium als auch im Hinblick auf die spätere Berufstätigkeit. „Das geht auf Kosten der Lehrqualität im gesamten System und des dualen Sektors. Gewissermaßen leidet das leistungsfähigste Segment im gesamten Berufsbildungssystem darunter“, sagte Strohschneider.

Für Teuscher stellt sich die immens wichtige Frage, wie die Erkenntnis umgesetzt werden kann, dass die meisten Studierenden einen akademischen, aber nicht unbedingt universitären Abschluss erreichen wollen. Trotzdem streben die meisten jungen Menschen an eine Universität. Einen wichtigen Grund sieht Teuscher in der Leitkultur, dass ein Universitätsabschluss mehr „wert“ sei, aber auch in der gegenwärtigen Fächerstruktur, die keine überzeugende Verteilung des Studienangebots an Universitäten und Fachhochschulen darstelle. Strohschneider stimmte zu, dass nicht nur Verschiebungen in den Finanzmitteln, sondern auch

Veränderungen in den Fächerstrukturen erreicht werden müssen, um mehr Studierende in Richtung Fachhochschulen zu lenken. Manche Fächer würden eindeutig an die Fachhochschule und nicht an die Universität gehören.

Keine Gleichwertigkeit der Abschlüsse. Das Umsteuern der Studierendenanteile ist nach Strohschneider aber auch daran gescheitert, dass keine Gleichwertigkeit der Abschlüsse von Fachhochschulen und Universitäten erreicht worden ist. Schon das frühere Fachhochschuldiplom sei nicht als ein dem Universitätsdiplom gleichwertiger Abschluss anerkannt worden, was z.B. bei den Karrierechancen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft nachvollzogen werden konnte. Beim Bachelor- und Masterabschluss funktioniere es nun genauso wenig. Die Bildungspolitik diskutiere nun zehn Jahre über die Gleichwertigkeit der Abschlüsse von Bachelor und Master, aber dann lege der Bundesinnenminister einfach per Verordnung fest, dass der Bachelor nur zum gehobenen Dienst, der Master zum höheren Dienst qualifiziere.¹⁵ Ohne tatsächliche Gleichwertigkeit der Abschlüsse auch in Bezug auf die Karrierechancen sei es doch verständlich, dass junge Menschen den als höherwertig betrachteten Abschluss an einer Universität anstreben.

Forschung und Lehre an Fachhochschulen

Anwendungsorientierte Forschung. Mukherjee teilte die Auffassung Teuschers, dass Fachhochschulen in Deutschland inzwischen selbstbewusst auftreten. Problematisch sei jedoch, wenn Fachhochschulen über die Benennung „Hochschule für angewandte Forschung“ oder „University of Applied Science“ die Begrifflichkeit und das Konzept der anwendungsorientierten Forschung im Gesamtsystem für sich alleine reklamieren und der Eindruck erweckt wird, anwendungsorientierte Forschung finde nur an Fachhochschulen statt. Auch Universitäten würden seit Jahrhunderten selbstverständlich anwendungsorientierte Forschung ma-

¹⁵ Im Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD darauf geeinigt, dass für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst künftig ein Bachelorabschluss genügen soll. Das Bundesinnenministerium unter Thomas de Mazière, das für solche Laufbahnverordnungen zuständig ist, war jedoch nicht einverstanden. Nun sind die Chancen gering, dass Bachelorabsolvent_innen künftig auch in den höheren Staatsdienst gelangen können. Vgl. Johann Osel: Höherer Dienst, höhere Ansprüche, Süddeutsche Zeitung, 29.12.2015, <http://www.sueddeutsche.de/bildung/studium-beamtenlaufbahn-hoeherer-dienst-hoehere-ansprueche-1.2798464> (Stand: 10.08.2016).

chen. Umgekehrt gebe es auch Fachhochschulen, die sehr erfolgreich kooperativ in große drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte einbezogen werden. Um dem System gerecht zu werden, müsse darauf geachtet werden, dass die Anwendungsorientierung nicht mit Fachhochschulen oder Hochschulen für angewandte Forschung gleichgesetzt wird. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht unterkomplex Aufgaben zuordnen und die Komplexität der Realität darüber vergessen“, sagte Mukherjee.

Grundlagenforschung und angewandte Forschung. Auch Strohschneider hält die Unterscheidung zwischen einer Grundlagenforschung an Universitäten und angewandter Forschung an Fachhochschulen für höchst problematisch – und zwar nicht nur deshalb, weil Universitäten dann sofort für sich reklamieren müssten, ebenfalls angewandte Forschung zu betreiben. Vielmehr würde diese Unterscheidung zahlreiche Sachverhalte im Innovationssystem und in den Wissensordnungen der Gesellschaft nicht angemessen widerspiegeln. Hinter dieser Unterscheidung verberge sich letztlich die Unterscheidung von Wahrheit und Nutzen, die die Hochschuldebatte seit ihren Anfängen präge. Dabei werde oft so getan, als ob die Grundlagenforschung programmatisch etwas dagegen hätte, dass das produzierte Wissen auch genutzt wird, und die angewandte Forschung programmatisch bestreiten würde, dass das nutzbar gemachte Wissen auch etwas mit Wahrheit zu tun hat. Beide Annahmen seien offenkundig falsch. Deshalb plädiert Strohschneider vehement dafür, von der Abgrenzungs- zu einer Funktionsdebatte zu kommen und auf dieser Basis eine sachorientierte, nachvollziehbare Kategorisierung vorzunehmen. „Forschung ist Forschung ist Forschung. Klassifikationen entlang dieses Begriffs helfen nicht weiter“, sagte Strohschneider. „Solche Unterscheidungen sind Fiktionen der wissenschaftspolitischen Debatte.“

Der Anwendungsbegriff wird zunehmend wichtiger werdenden Aspekten der digitalen knowledge society nicht gerecht.

Nach Strohschneiders Auffassung ist der Begriff der Anwendung an ein industrielles Paradigma gebunden und kann deshalb immer wichtiger werdende Aspekte der digitalen *knowledge society* nur ausschnittsweise in den Blick nehmen. Wenn z.B. ein Universitätsprofessor Algorithmen für das data mining entwickelt, gebe es keine Technologieschwellen in Form von Grundlagenforschung einerseits und industrieller Anwendung andererseits mehr. Die analytische Ungenauigkeit des Begriffs „Anwendung“ führe auch dazu, dass das Profilvermerkmal der „anwendungsorientierten“ oder „angewandten“ Forschung für die Fachhochschulen viel zu kurz greift und als Begründung für die Forschung an Fachhochschu-

len ihre Prägnanz verliert. Im Grund gebe es für die Fachhochschulen ein viel komplexeres Funktionsspektrum als für die Universitäten. Weil diese Unterscheidung von Forschungsformen in Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung nicht weiterführe, müsse man eine systematische Unterscheidung vornehmen.

Differenzierung über Entscheidungssysteme. Strohschneider schlug vor, eine Differenzierung über Entscheidungssysteme vorzunehmen, in denen über die Finanzierung und Institutionalisierung von Forschung in verschiedenen Kategorien, Ansprüchen und Funktionen und in verschiedenen Referenzrahmen entschieden wird. In manchen Entscheidungssystemen seien gesellschaftliche Relevanzen entscheidend, in anderen spielten politische Präferenzen oder ökonomische Annahmen die maßgebliche Rolle, in wieder anderen seien gesellschaftliche Problemwahrnehmungen (*grand challenges*) ein legitimes Element in einem Kategoriensystem, worüber entschieden wird. Und es gebe Entscheidungssysteme, in denen nichts anderes außer der wissenschaftlichen Qualität eine Rolle spiele. In diesen verschiedenen Entscheidungssystemen müssten die Kategorien sauber getrennt gehalten werden. In diesem Zusammenhang sollte man auch über die Frage nachdenken, wie ein Entscheidungssystem aussehen müsste, das Forschung an Fachhochschulen vernünftiger finanziert. Hier würden vermutlich wieder andere Kategorien, Hierarchien und Prozesse eine Rolle spielen als z.B. bei der DFG. Eine solche Unterscheidung könnte nach Strohschneider hochgradig funktional sein und die ganze Debatte davon entlasten, unentwegt einen eigenen Forschungsbegriff für sich reklamieren zu müssen, der nach allen Seiten hin abgegrenzt werden muss, etwa gegenüber der Forschung an Universitäten, der Forschung an außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder gegenüber dem *artistic research* an Kunsthochschulen.

Profilierung über Lehre? Angesichts der spezifischen Stärke der Fachhochschulen in der Lehre stellt sich die Frage, warum sich die Fachhochschulen nicht stärker über diesen Bereich profilieren, z.B. indem offensiv kommuniziert wird, dass sie eine bessere, stärker auf den zukünftigen Beruf bezogene Lehre als die Universitäten anbieten können oder dass die Abbrecherquoten an Fachhochschulen geringer sind. Teuscher meinte, dass die Fachhochschulen das lange gemacht hätten. Mit dem früheren Fachhochschuldiplom seien garantierte Regelstudienzeiten und eine hohe Absolvent_innenquote verbunden gewesen. Im Zuge des Bologna-Prozesses hätten dann die Universitäten in vielen Fächern ein ebenfalls stark verschultes System eingeführt, insbesondere in Bachelorstudiengängen. Dadurch habe die Lehre auch an Universitäten eine andere Aus-



prägung und Bedeutung bekommen und ein Teil des früheren Markenkerns der Fachhochschulen sei dadurch verloren gegangen, so Teuscher. Allerdings hätten die Fachhochschulen durch den Bolognaprozess auch etwas hinzugewonnen: den Masterstudiengang mit dem Zugang der Absolvent_innen zur Promotion. Die Profilierung über Lehre ist nach Ansicht von Teuscher aber auch deshalb schwierig, weil das Prestige von Lehre in der Gesellschaft und in der Politik immer noch gering sei. Die Fachhochschulen würden zwar weiterhin mit guter Lehre werben, doch sei sie im Wissenschaftssystem zu wenig anerkannt.

Reputation im Wissenschaftssystem. Auch Mukherjee sieht das zentrale Problem in der Reputationsfrage. Unabhängig davon, ob der Wissenschaftsrat erklärt, man könne sich in vielen Leistungsdimensionen profilieren und es bestehe eine Gleichwertigkeit von Forschung und Lehre: „Jeder weiß es: Reputation wird vor allem nach der Leistungsdimension Forschung zugeordnet – in der Bundesrepublik und auch international“, sagte Mukherjee. Forschungsleistungen spielten in Berufungskommissionen, internationalen Rankings und bei der Vergabe von Fördermitteln die entscheidende Rolle. Solange man dieses Grundproblem nicht in den Griff bekomme und keine tatsächliche Gleichwertigkeit der Leistungsdimensionen erreiche, solange werde jeder versuchen, sich in der Leistungsdimension Forschung zu profilieren, betonte Mukherjee. Dabei gäbe es angesichts einer steigenden Studierendenquote und einer zunehmend differenzierten Studierendenschaft mit unterschiedlichen Kompetenzniveaus und Interessen genügend Möglichkeiten, dass sich die verschiedenen Hochschuleinrichtungen im System unterschiedlich profilieren und in verschiedenen Leistungsbereichen für die unterschiedlichen Bedarfe im Hochschulsystem ausdifferenzieren.

Ressourcen für alle Leistungsdimensionen. Wenn auch andere Leistungsdimensionen als Forschung eine Rolle spielen sollen, dann müssten diese aber auch – genauso wie Forschung – reputationsförderlich mit Ressourcen unterlegt werden, um das System mit Anreizen weiterzuentwickeln. „Im Kern geht es im Wissenschaftsbetrieb – auch wenn anderes hinzukommt – immer um Reputation. Das ist die wesentliche Währung“, sagte Mukherjee. Nach Auffassung von De Ridder haben hier auch die Medien eine Verantwortung, in ihrer Berichterstattung andere Akzente zu setzen und Themen im Bereich der Lehre mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken.

Die wesentliche Währung im Wissenschaftsbetrieb ist Reputation.

Finanzierung

Finanzierung der Forschung an Fachhochschulen. Teuscher kritisierte das Missverhältnis zwischen den Förderbedarfen und -möglichkeiten für Forschung an Universitäten und Fachhochschulen, woraus sich für die Fachhochschulen erhebliche Probleme ergeben. Die entscheidende Frage sei, wie eine angemessene Finanzierung der angewandten Forschung an Fachhochschulen erreicht werden kann – auch angesichts vieler wichtiger Themen, die in den Förderprogrammen bisher nicht abgebildet sind.

Weiterentwicklung des Systems der Forschungsförderung. Das BMBF-Förderprogramm „Forschung an Fachhochschulen“ sei zwar zu begrüßen, so Teuscher, doch entspreche das Fördervolumen gerade einmal der Aufwuchsrate der DFG-Forschungsförderung, an der die Fachhochschulen noch nicht einmal zu einem Prozent beteiligt sind. „Wenn sich die Gesellschaft mutig zum Hochschultypus Fachhochschule bekennt, dann sollte sie auch Förderformate entwickeln, die es den Fachhochschulen ermöglichen, im angewandten Bereich der Forschung etwas zu tun und sie nicht nötigen, in Forschungsbereiche hineinzugehen, die sie im Kern nicht bewältigen wollen und können – nur, weil es dort Fördermittel gibt“. Die Fachhochschulen müssten auskömmlich für angewandte Forschung ausgestattet sein, weil sie im Rahmen ihrer Performance und angesichts ihrer Stärken diese Art der Forschung sehr gut durchführen können. Sie seien weniger dazu geeignet, Forschungsfördermittel von der DFG einzuwerben, weil sie dann ein Forschungsverständnis und eine Form der Forschung entwickeln müssten, die bei den Professor_innen der Fachhochschulen nicht vorherrschend ist. Das System der Forschungsförderung müsse deshalb dringend entsprechend der Potenziale von Fachhochschulen weiterentwickelt werden.

Rahmenbedingungen für Forschung. In der Diskussion wurde kritisiert, dass die Politik den Hochschulen immer mehr Aufgaben überträgt, ohne aber für die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen zu sorgen. So hätten z.B. die Länder in die Hochschulgesetze einen Forschungsauftrag für Fachhochschulen hineingeschrieben, ohne gleichzeitig die Mittelausstattung zu erhöhen.

Unterschiedliche Förderkulisse an Fachhochschulen und Universitäten. Mukherjee ging darauf ein, dass bei der DFG bislang deutlich weniger als ein Prozent der Mittel von den Fachhochschulen mit wettbe-

werbsfähigen Anträgen abgerufen werden können. Das Bundesprogramm „Forschung an Fachhochschulen“ wolle hier nun mit besonderen Förderlinien einspringen. Ein solches Bundesprogramm präge die Forschung an Fachhochschulen aber anders als die Projektförderung der DFG. Die unterschiedliche Förderkulisse habe systemische Auswirkungen für die Entwicklung des Wissenschaftssystems: Wenn die Forschung an Fachhochschulen vor allem antrags- und projektabhängig aus der Programmförderung alimentiert werde, seien die Universitäten durch ihre kontinuierliche Grundausrüstung für Forschung deutlich unabhängiger von der Programmförderung, auch wenn die Abhängigkeit von Drittmitteln zunehme. Es erscheine sehr fraglich, ob die Forschung an Fachhochschulen mit diesem Förderinstrument sinnvoll unterstützt werden könne.

Unzureichende Finanzierung der Lehre an Fachhochschulen. Um eine intelligenterere Mittelverteilung zu erreichen, schlug Teuscher vor, die Institutionen im Hochschulsystem nach Funktionen aufzugliedern und die Finanzmittel entsprechend zuzuweisen. So könnten Universitäten und Fachhochschulen für Studierende finanzielle Mittel auf einer gemeinsamen Berechnungsbasis erhalten, und nur wenn eine Universität oder eine Fachhochschule forscht, sollte sie dafür zusätzliches Geld bekommen. Teuscher ist sich aber darüber bewusst, dass sein Vorschlag schwierig umzusetzen und derzeit nicht mehrheitsfähig wäre.

Angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen. Diskutiert wurde auch die Idee, die DFG zu einer Generalagentur zur Finanzierung von jeglicher Art von Forschung weiterzuentwickeln, d.h. dass die Länder den Universitäten und Fachhochschulen ausreichende Grundmittel nur für die Lehre geben und die Forschung allein über die DFG finanziert wird. Eine solche Agentur müsste aber nach Ansicht von Strohschneider in ihren Kategorien und Verfahren vollständig anders als die DFG ausgelegt sein, weil sie die Forschung in unterschiedlichen Leistungsniveaus und Relevanzen bewerten und ins Verhältnis setzen müsste. In ihrem jetzigen Zuschnitt sei die DFG nicht in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen.

Alternativ wurde eine eigene Agentur für die Finanzierung von Forschung an Fachhochschulen als Möglichkeit angesprochen. Dies wäre nach Auffassung von Strohschneider aber auch der falsche Weg und Ausdruck einer „Politik statt dessen“, indem ein Instrument etabliert wird, das die Landespolitik von dem entlasten würde, was tatsächlich nötig sei: nämlich die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern. „Wir machen oft ‚Politik statt dessen‘ – ein großer Teil der Projektförderung fällt darunter, weil es nicht gelingt, die Grundfinanzierung der Hochschulen

– sowohl der Universitäten wie der Fachhochschulen – so herzustellen, wie sie kapazitativ und funktional nötig ist“, sagte Strohschneider. Man sollte lieber die spezifischen Definitionsmerkmale im Entscheidungsprozess des Wissenschaftssystems berücksichtigen und funktionale Aspekte heranziehen. Hier hätte man ein *window of opportunities*, die Grundfinanzierungsfrage der Hochschulen noch einmal ernsthaft und systematisch anzugehen.

Rechtfertigungsfähige Finanzierungsansprüche. „Das systematische Argument, das an die Funktionsdifferenzierung anschließen kann, kann schließlich zu einem politischen Argument führen: Wenn die funktionale Bestimmung der Hochschulen und der unterschiedlichen Hochschulformate überzeugend gelingt, dann können auch rechtfertigungsfähige Finanzierungsansprüche begründet werden“, sagte Strohschneider. Im Moment bestehe das Problem darin, dass sich die Wissenschaftspolitik und auch die Ministerialverwaltung in den Ländern vollständig in den Tunnel eines Forschungssexzellenzbegriffs begeben haben. Solange das so sei, werde es keine rechtfertigungsfähigen Finanzierungs- und Institutionalisierungsansprüche geben und es führe letztlich auch zu einem völligen Verschleiß der Exzellenzsemantik. „Dann ist Exzellenz eine Kategorie, die nichts mehr besagt, außer dass man sagen kann: Ich habe es irgendwie geschafft, Kohle zu kriegen“, sagte Strohschneider.

Erstmittel und Drittmittel. Mukherjee stimmte zu: Wenn man über neue Strukturen und Logiken nachdenke, mit denen Fördermittel für die Forschung an Fachhochschulen vergeben werden, werde nicht das Grundproblem angegangen. „Man kann in der Drittmittelarena nicht das Erstmittelproblem lösen. Die Fachhochschulen brauchen Erstmittel, damit sie eine Sockelfinanzierung in der Forschung haben. Auf diesen Sockel aufbauend können sie erst Drittmittelaktivitäten entwickeln“, sagte Mukherjee. Dies dürfe aber nicht zulasten der universitären Haushalte gehen, da auch viele Universitäten in ihrer Grundausstattung unterfinanziert sind.

Fachhochschulen brauchen ausreichend Erstmittel als Sockelfinanzierung der Forschung.

Nach Ansicht von Teuscher agiert die DFG bei der Forschungsförderung an Universitäten schon seit längerem in einem Bereich, der eigentlich Defizite in der Grundfinanzierung behebt. Deswegen seien die Universitäten auch froh, dass die DFG keine Programmforschung, sondern eine freie Finanzierung von Forschung anbietet. Strohschneider gab Teuscher Recht: „Die DFG läuft de facto in die Rolle hinein, die mangelnde Grundfinan-

zierung universitärer Forschung kompensieren zu müssen, und das kann sie weder funktional noch ihren Prozessen zufolge“, sagte Strohschneider. Er machte deutlich, dass die Produktivität der Drittmittelforschung darauf beruht, dass es eine ausreichende Basis an grundfinanzierter Forschung gibt. Sonst würden Dysfunktionen und ein „Vermainstreamen“ zur Schließung von Erkenntnisprozessen führen. Dies sei nicht nur eine finanzsystematische, sondern eine wissenschaftssystematische Frage von sehr großer Bedeutung.

De Ridder zeigte sich hingegen zuversichtlich, dass das Grundfinanzierungsproblem der Hochschulen mit den Mitteln gelöst werden kann, die durch die Änderung des Artikels 91b im GG zur Verfügung stehen werden.¹⁶ Sie mahnte aber an, dass die Hochschulen hierzu Forderungen formulieren müssten, aus denen klar hervorginge, dass und in welcher Form der Bund aktiv werden müsse. In dieser Frage müssten die Akteure aus den Hochschulen die Politik antreiben.

Flexibilisierung der Lehrbelastung. Teuscher betonte, dass die Lehre zwar eine zentrale Aufgabe der Fachhochschulen sei, die Forschung aber auch zu ihren gesetzlich festgelegten Aufgaben gehöre. Ein wichtiger Teil der Forschungsförderung an Fachhochschulen wäre deshalb, das System der Lehrverpflichtung stärker zu flexibilisieren, z.B. durch Deputatsreduktionen für Forschung bei gleichzeitiger Absicherung der Lehre. In diesem Bereich gingen die Bundesländer sehr unterschiedliche Wege. Derzeit gebe es nur sehr wenige Möglichkeiten, das Verhältnis von Forschung und Lehre intern zu managen.

Einrichtung einer Deutschen Lehrgemeinschaft? Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, die Finanzierung der Lehre an Fachhochschulen dadurch zu unterstützen, dass eine Deutsche Lehrgemeinschaft (DLG) – nach dem Vorbild der DFG – eingerichtet wird und hervorragende Projekte in der Lehre fördert. De Ridder meinte, dass man ein solches Modell diskutieren sollte, um herauszufinden, ob durch eine solche Lehrgemeinschaft die Qualität der Lehre gesteigert werden könnte. Auch wenn der Terminus negativ besetzt sei, könnte es doch hilfreich sein, über das zugrunde liegende Konzept nachzudenken.

¹⁶ Zu den Änderungen des Artikels 91b GG und den Folgen für die Wissenschaft vgl. Angela Borgwardt: Neuer Artikel 91b GG: Was ändert sich für die Wissenschaft? Schriftenreihe des Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen. Berlin 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12269.pdf> (Stand: 10.08.2016).

Diese Idee wurde in der Diskussion aber eher ablehnend aufgenommen. Es sei nicht überzeugend, die alte Idee einer „deutschen Lehrstiftung“ noch einmal zu reaktivieren, zumal es offensichtlich funktional nicht vernünftig sei. Strohschneider warnte sogar davor, mit einer Lehrgemeinschaft nun auch noch die Finanzierung der Lehre auf Antragsförderung und Projektförderung umzustellen. Damit würde man das deutsche Hochschulsystem in eine „Hochrisikozone“ ohne verlässliche Rahmenbedingungen verwandeln.

Karrierewege und wissenschaftlicher Nachwuchs an Fachhochschulen

Wissenschaftlicher Nachwuchs an Fachhochschulen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass neben der mangelnden Forschungsfinanzierung an Fachhochschulen auch die Frage der gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an Fachhochschulen noch ungelöst ist. Gegenwärtig sei das Karrieresystem an Fachhochschulen eher zufällig und nicht systematisch aufgebaut wie an den Universitäten, was die Fachhochschulen oft vor ein erhebliches Nachwuchsproblem stellt. Lehrkräfte mit wissenschaftlicher Ausbildung und Erfahrung aus der beruflichen Praxis seien erwünscht. Teilweise würden aber Personen an Fachhochschulen nur deshalb auftauchen, weil sie in der Privatwirtschaft keine Perspektive mehr sehen oder auf der Suche nach einem beruflichen Ruhekiten sind.

An Universitäten wurde für den wissenschaftlichen Nachwuchs ein Karrierepfad über die Juniorprofessur geschaffen; bei Fachhochschulen gibt es kein adäquates Pendant. Konsens in der Diskussion war, dass das universitäre, wissenschaftsorientierte Karrieremodell nicht einfach auf die Fachhochschule übertragen werden kann, da Fachhochschulprofessor_innen neben ihrer wissenschaftlichen Ausbildung auch über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen müssen. Für diese Doppelqualifikation der Professor_innen muss ein geeignetes Karrieremodell entwickelt werden, damit qualifiziertes Personal für Fachhochschulen in ausreichendem Umfang rekrutiert werden kann. Das gegenwärtige Zeitfenster müsse unbedingt genutzt werden, um ein Förderprogramm aufzulegen, das in der nächsten Legislaturperiode auch mit Ressourcen unterlegt werden kann. Dabei sei es wichtig, eine angemessene Struktur für ein solches Programm zu entwickeln.

Transparente und planbare Karrierepfade für Fachhochschulprofessuren. „Es muss uns gelingen, Karrierepfade für die Fachhochschulpro-

fessur zu beschreiben und diese Karrierewege auch planbarer zu machen“, sagte De Ridder. Zu dieser Frage liege ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vor, die den Begriff der „Perspektivprofessuren“ geprägt habe. Damit solle auch deutlich gemacht werden, dass der Karriereweg an Fachhochschulen länger ist, weil Berufspraxis, Lehrerfahrung und Promotion zusammengehören. Hier seien auch die Fachhochschulen gefordert, Modelle zu beschreiben und pragmatisch darzustellen.

Deutlich wurde, dass die Fachhochschulen ein zweifaches Rekrutierungsproblem haben: ein generelles Problem bei der Rekrutierung von wissenschaftlich und didaktisch qualifiziertem Personal und ein spezielles Rekrutierungsproblem in all jenen Bereichen, in denen es keine kompletteren universitären Fächer gibt. „Für diese Probleme müssen strukturelle Lösungen gefunden werden“, sagte Strohschneider. Diese werde man nicht ohne eine übergreifende Diskussion darüber finden, ob eine fortschreitende Akademisierung immer weiterer Berufsfelder erwünscht ist, was wiederum eine gesellschaftliche und politische Frage sei.

Personalstruktur. Als wichtiger Grund dafür, dass aus Fachhochschulen so wenig Anträge bei der DFG gestellt werden, wurde die hohe Lehrbelastung genannt: Wenn die Dozentinnen und Dozenten 18 SWS lehren und ernsthaft an der Selbstverwaltung teilnehmen müssen, bleibe nicht genug Arbeitszeit, um Forschungsvorhaben zu konzipieren und Förderanträge zu schreiben. Verschärfend komme hinzu, dass an Fachhochschulen ein akademischer Mittelbau fehlt, der für die Beantragung und längerfristige Durchführung von Forschungsprojekten an Universitäten sehr wichtig ist. Dadurch bleibe das Potenzial der Fachhochschulen bisher ungenutzt, weil gute Forschungsideen keinen Raum zur Entfaltung erhalten. „Das ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe: Wenn wir uns in einer Wissens- und Informationsgesellschaft bewegen, dann müssen wir auf Innovationen zusteuern und wir müssen deutlich machen, wo der Gewinn der Forschung an Hochschulen für die Gesellschaft besteht – und was Universitäten und Fachhochschulen dazu beitragen können“, sagte De Ridder. Dazu gehörten weitere wichtige Punkte, insbesondere die Personalstruktur.

An Fachhochschulen fehlt ein akademischer Mittelbau.

Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Ein weiterer problematischer Punkt für Fachhochschulen ist in diesem Zusammenhang das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), so Teuscher. Die Möglichkeit der Befristung einer Stelle bestehe hier nur bei Qualifikationsstellen zur Promotion, die

Fachhochschulen aber definitionsgemäß nicht anbieten können, sodass sie Forschungspersonal nur noch im Rahmen von Drittmittelbeschäftigungen haushaltsrechtlich klar befristen können. Grundfinanzierte Stellen dürfen nicht befristet werden, weil es keinen nachweisbaren „Sachgrund“ gibt, bei Kurzlaufprojekten über 1,5 bis 2 Jahre reiche die Zeit nicht aus, um parallel zum Forschungsvorhaben eine Promotion anzufertigen. Das WissZeitVG müsste dahingehend überarbeitet werden, dass auch Befristungsnotwendigkeiten an Fachhochschulen und nicht nur an Universitäten einbezogen werden.

Promotionsrecht für Fachhochschulen

Symbol- und Systemdebatte. Ist die Forderung der Fachhochschulen nach dem Promotionsrecht mehr als eine Symboldebatte? Mukherjee meinte, dass sich in dieser Diskussion die ganze Systemdebatte herauskristallisiere, auch wenn symbolische Fragen dabei eine wichtige Rolle spielten. Durch die Gleichstellung der Bachelor- und Masterabschlüsse im Rahmen von Bologna und den realen Bedeutungsverlust der Habilitation in immer mehr Fächern sei die Promotion als einziges Unterscheidungsmerkmal im gesamten Qualifikationsweg übrig geblieben. Deshalb sei mit dieser Qualifikation auch sehr viel Symbolik verbunden. Das diskutierte Promotionsrecht der Fachhochschulen sollte nicht isoliert von anderen Systemfragen betrachtet werden. Vor allem müsse darauf geachtet werden, dass bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen, um das Promotionsrecht im Sinne der Promovierenden auch vernünftig ausüben zu können. „Die Vergabe der Promotion setzt eine gewisse Forschungskulisse voraus, sonst macht das keinen Sinn. Hier fehlt es den Fachhochschulen häufig an der ressourciellen Ausstattung“, meinte Mukherjee.

Dass diese Debatte um ein eigenes Promotionsrecht der Fachhochschulen überhaupt aufgekommen sei, sei auch auf ein Versäumnis der Universitäten zurückzuführen, die eine gehörige Portion Selbstkritik üben müssten: „Die Universitäten haben es in den letzten dreißig Jahren versäumt, sich kooperativ zu öffnen. Sie hätten mit den Fachhochschulen bei Promotionen stärker kooperieren müssen, wie vom Wissenschaftsrat angemahnt“, sagte Mukherjee. In den Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 2010 stehe der programmatische Satz, dass das alleinige Promotionsrecht der Universität zugleich eine Verpflichtung zur Kooperation beinhalte. Rechte und Pflichten seien zwei Seiten derselben Medaille. Die

Universitäten hätten aber nur die eine Seite in Anspruch genommen und die andere meist ignoriert.

EMPFEHLUNGEN DES WISSENSCHAFTSRATS (2010) ZUM ZUGANG ZUR PROMOTION VON FACHHOCHSCHULABSOVENT_INNEN

„Die exklusive Ausstattung der Universitäten mit dem Promotionsrecht impliziert eine Kooperationspflicht. Der Wissenschaftsrat hält es für unbedingt erforderlich, **dass geeigneten Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen verlässliche Perspektiven zur Aufnahme einer Promotion eröffnet werden.** Er fordert die Fakultäten der Universitäten nachdrücklich dazu auf, in ihren Promotionsordnungen die formale Gleichstellung der Studienabschlüsse von Fachhochschulen und Universitäten einer Studienstufe nachzuvollziehen.

In **kooperativen Promotionsprogrammen**, die von den Hochschulen selbst vereinbart werden, muss der Promotionszugang für Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen transparent ausgestaltet werden. Darüber hinaus muss die Betreuung der Promovierenden aus der Fachhochschule durch ausgewiesene Fachhochschulprofessorinnen und -professoren sowie deren Beteiligung an den Promotionsverfahren als gleichberechtigte Gutachterinnen und Gutachter sowie Prüferinnen und Prüfer sichergestellt werden. Die Forschung der Promovierenden aus der Fachhochschule soll zu einem wesentlichen Teil auch der Weiterentwicklung der Forschung an der Fachhochschule zugute kommen.

Die Universitäten müssen bei der Etablierung einer konsistenten Rekrutierungskette verlässliche Partner sein. Als Organisationszentren der Wissenschaft, denen die Nachwuchsausbildung übertragen ist, sind Universitäten dafür verantwortlich, den Bedarf der gesamten Wissenschaft und Wirtschaft an promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abzudecken, nicht nur den eigenen. Durch **Kooperationsplattformen zur Forschung und zur Promotion** von Universitäten und Fachhochschulen sollten Fachgebiete an Fachhochschulen verstärkt mit geeigneten universitären Bezugsfächern vernetzt werden. Im Rahmen dieser Kooperationsplattformen können Promotionen, die sowohl von Professorinnen und Professoren von Universitäten als auch Fachhochschulen betreut werden,

stärker an den thematischen Bedürfnissen von Fachhochschulen orientiert sein als Promotionen, die exklusiv an Universitäten entstehen.

Auch **die Einrichtung gemeinsamer Graduiertenschulen von Universitäten und Fachhochschulen** ist ein geeignetes Instrument, um die Promotionsperspektiven von qualifizierten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zu verbessern und die Forschungsmöglichkeiten der Fachhochschulen zu erweitern.“ (*Hervorhebungen im Original*)

Quelle: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem, Köln 2010, S. 11f., <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10031-10.pdf> (Stand: 10.08.2016).

Kooperatives Promotionsverfahren. Wie ein kooperatives Promotionsmodell erfolgreich umgesetzt werden kann, berichtete Mukherjee: Die Universität Gießen kooperiert bei Promotionen schon länger mit der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM). Trotz ihrer Forschungsstärke sei diese Fachhochschule nicht an einem eigenen Promotionsrecht interessiert, weil sie mit dem kooperativen Verfahren sehr zufrieden sei und vom Qualitätssicherungssystem der Universität profitieren möchte. Der Kooperationsweg in Gießen beinhaltet zwei Elemente: Die forschungsstarken Kolleg_innen der Fachhochschulen werden als Vollmitglieder in die universitären Fachbereiche kooptiert. Auf diese Weise sind sie in den universitätsinternen Fachdiskurs eingebunden, sie haben Zugriff auf alle universitären Strukturen und können auch als Erstbetreuer_innen agieren. Das zweite Element ist eine Promotionsplattform, wo geeigneten Absolvent_innen der Fachhochschule ein diskriminierungsfreier Zugang zum Promotionsverfahren eröffnet wird.

Hessisches Modell. 2015 hat das Bundesland Hessen als Vorstoß in der Frage des Promotionsrechts den Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Möglichkeit eines befristeten Promotionsrechts eingeräumt. In Absprache mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) wurde eine Liste mit Kriterien erstellt. Nach diesen Kriterien werden in bestimmten Fächergebieten, die eine kritische Masse aufweisen, Promotionsbetreuer_innen selektiert, die eine befristete Berechtigung zur Promotion erhalten können. Auch wurde eine Reihe von Kriterien für die Betreuung und Begutachtung von Promotionsverfahren und die Qualitätssicherung formuliert. Dieser Weg werde jetzt von vielen Fachhochschulen in Hessen beschritten, so Mukherjee. Die Universität Gießen und

die kooperierende Fachhochschule würden allerdings beim bewährten Weg der Kooperation bleiben, auch wenn sich durch die Gesetzesänderung nun andere Möglichkeiten eröffnet haben.

MODELL HESSEN: BEFRISTETE ZUERKENNUNG DES PROMOTIONSRECHTS AN HOCHSCHULEN FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN (HAW)

Am 26.11.2015 wurde das neue Hessische Hochschulgesetz (HHG) vom Hessischen Landtag verabschiedet. Es soll die Rolle der Fachhochschulen stärken, die künftig „Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) heißen. Erstmals ist mit dem Gesetz die Möglichkeit gegeben, das Promotionsrecht befristet an forschungsstarke Fachrichtungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu verleihen.

- Gesetzliche Grundlage: § 4 Abs. 3 Satz 3 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG)
- Möglich ist der Antrag einer einzelnen Hochschule oder der gemeinsame Antrag mehrerer Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Hessen.
- Um die institutionelle und organisatorische Basis für die Ausübung des Promotionsrechts zu schaffen, muss die antragstellende HAW ein fachrichtungsbezogenes „Promotionszentrum“ einrichten oder diese Aufgabe einer bestehenden zentralen wissenschaftlichen Einrichtung übertragen; im Fall mehrerer HAWs bedarf es der Einrichtung eines hochschulübergreifenden, fachrichtungsbezogenen Promotionszentrums.
- Während der befristeten Verleihung des Promotionsrechts ist eine jährliche Berichterstattung an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) erforderlich.
- Das Promotionsrecht wird einer forschungsstarken Fachrichtung für fünf Jahre verliehen und nach Ablauf von vier Jahren evaluiert. Laufende Promotionsverfahren können unabhängig vom Ausgang der Evaluation zu Ende geführt werden.

Kriterien für ausreichende Forschungsstärke einer Fachrichtung

Ausreichende Forschungsstärke in einer Fachrichtung erfordert zwei Aspekte:

1. Eine nachgewiesene Forschungstätigkeit derjenigen Personen, die als Erstbetreuer_in oder Erstgutachter_in infrage kommen (persönliche Forschungsstärke der Professor_innen); der Nachweis erfolgt über die Kriterien „Drittmittel“ und „Publikationen“; wird nur eines der beiden Kriterien erfüllt, kann ein weiteres Kriterium herangezogen werden (Habilitation, positive Evaluation als Juniorprofessor_in an einer Universität, Kooptation durch einen universitären Fachbereich, Bescheinigung habilitationsäquivalenter Leistungen durch Gutachten zweier universitärer Professor_innen).
2. Eine bestimmte Mindestanzahl an qualifizierten Wissenschaftler_innen dieser Fachrichtung („kritische Masse“), um Promovierenden ein geeignetes wissenschaftliches Umfeld zu bieten. Eine Fachrichtung wird nur dann als ausreichend forschungsstark beurteilt, wenn ihr mindestens zwölf forschungsstarke Professorinnen und Professoren gemäß den festgelegten Kriterien zugerechnet werden können. In technischen Fächern (z.B. Lebens-, Natur- und Ingenieurwissenschaften) und nicht-technischen Fächern (z.B. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) werden unterschiedliche Anforderungen in Bezug auf die Höhe der einzuwerbenden Drittmittel und der Publikationen aufgestellt.

Governance der Promotionszentren

Dem Antrag auf Zuerkennung eines Promotionsrechts sind die Beschlüsse zur Einrichtung des Promotionszentrums der Hochschule bzw. der beteiligten Hochschulen gemäß § 47 HHG sowie die Satzung des Promotionszentrums und die Promotionsordnung beizufügen. Die Satzung des Promotionszentrums regelt mindestens die Begründung und den Verlust der Mitgliedschaft, die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie die Wahl, Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse der Organe. Dabei ist vorzusehen, dass nur Mitglieder des Promotionszentrums als Erstbetreuende oder Erstgutachtende in Promotionsverfahren des Promotionszentrums tätig werden können. Außerdem sind in der Promotionsordnung das Promotionsverfahren und die Beteiligungen hieran sowie die im Folgenden dargestellten Eckpunkte der Qualitätssicherung in Promotionsverfahren zu regeln.

Qualitätssicherung in Betreuung und Begutachtung von Promotionsverfahren

Zur Sicherung der Qualität sind vorzusehen:

1. Trennung von Betreuung und Begutachtung (durch unterschiedliche Personen)
2. Nachweis der eigenen Promotion
3. Nachweis der Beteiligung als Gutachter_in oder Betreuer_in an mindestens einem kooperativen oder abgeschlossenen eigenständigen Promotionsverfahren; im Fall einer Zweitbetreuung durch HAW-Professor_innen müssen weder eine Mitgliedschaft in einem HAW-Promotionszentrum noch bisherige Betreuungserfahrung nachgewiesen werden.
4. In einem Promotionsverfahren müssen mindestens zwei Begutachtende tätig sein.
5. Übernahme der einschlägigen Prinzipien des Wissenschaftsrats zur „guten Promotion“ (Positionspapier „Anforderungen an die Qualitätssicherung der Promotion“, 2011), wie z.B.: kollegiale Qualitätssicherung des Zulassungsverfahrens in formaler wie fachlicher Hinsicht, (frühzeitige) statistische Erfassung der Promovierenden, Abschluss von Betreuungsvereinbarungen, korrekter Umgang mit Daten und die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse einer wissenschaftlichen Arbeit, unabhängige Bewertung der Dissertation nach fachlichen, international gültigen Qualitätsmaßstäben, Herstellung von Transparenz für die Fachöffentlichkeit, Entwicklung von Standards im Fall publikationsbasierter Promotionen.

Lehrdeputat für Professorinnen und Professoren des Promotionszentrums

Das Lehrdeputat für Professor_innen soll für die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Promotionszentrum 14 SWS nicht überschreiten. Bestehende Deputatsreduzierungen können darauf angerechnet werden. Im Übrigen können die Hochschulen ergänzende eigene Regeln aufstellen.

Universitäre Beteiligung am Verfahren

Eine universitäre Beteiligung (Professor_in einer Universität, auch außerhalb Hessens) ist im Promotionsausschuss erforderlich. Grundsätzlich soll eine universitäre Beteiligung als (Zweit-)Gutachter_in in jedem einzelnen



Forschung und Praxis
hochschulen im Wissenschaftssystem

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



Promotionsverfahren stattfinden (Ausnahmen in den Fächern Soziale Arbeit sowie Pflege und Gesundheit unter bestimmten Bedingungen).

Quelle: Promotionsrecht für Fachhochschulen: Eine Dokumentation der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Academics.de, Mai 2016, https://www.academics.de/wissenschaft/promotionsrecht_fuer_fachhochschulen_in_hessen_58417.html (Stand: 10.8.2016)

Rahmenbedingungen für Promotionen. Kritisch merkte Mukherjee in Bezug auf das hessische Modell an, dass bei der Verleihung des Promotionsrechts nicht primär die Qualität des Promotionsvorhabens im Vordergrund steht und die Leistung des Promovierenden sichergestellt werden soll, sondern vielmehr die Frage, wie die Qualität des Betreuers oder der Betreuerin gesichert werden kann. Hier werde „das Pferd von hinten aufgezäumt“. Zunächst müssten doch die notwendigen Voraussetzungen für eine Promotion geschaffen werden: Es bedürfe einer Institution mit einer Fächervielfalt, damit das Promotionsrecht in einem vernünftigen Umfeld ausgeübt werden kann – man wolle ja gerade weg vom Abhängigkeitsverhältnis Doktorvater bzw. Doktormutter und Doktorand_in. Eine Promotion sei ein kollegiales Unternehmen vor einer interdisziplinären, forschungsintensiven Kulisse, und all diese Rahmenbedingungen seien an Fachhochschulen bislang nicht hinreichend geschaffen worden, so Mukherjee. Auch Strohschneider zeigte sich vom hessischen Gesetz nicht überzeugt. Mit großer Verwunderung habe er die „neue Definition“ des Begriffs „Forschungsstärke“ wahrgenommen: „Dieser Begriff wird in dem Gesetz mit Forschungsaktivität und mit Statuszugehörigkeit gleichgesetzt. Das ist ungefähr so intelligent, wie Studienleistungen durch Zeiteinheiten zu bemessen“, meinte Strohschneider.

Qualitätssicherung bei Promotionsverfahren. De Ridder hält das hessische Modell jedoch für interessant, weil endlich einmal versucht werde, das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses an Fachhochschulen systematisch zu lösen. Es spreche doch nichts dagegen, dieses Modell und das von Mukherjee beschriebene kooperative Modell nebeneinander existieren zu lassen und wertvolle Erfahrungen sammeln zu können. Ein weiteres fruchtbares Moment der Gesetzesnovellierung sei, dass dadurch die auch für Universitäten wichtige Frage der Qualitätssicherung von Promotionen Auftrieb bekommen hat, indem für die Betreu-

Die Promotion sollte sich in einen Karrierepfad für Fachhochschulprofessuren einreihen.

ung und Begutachtung konkrete Qualitätskriterien benannt werden. Hier gebe es auch eine Verbindung zum Konzept der „Perspektivprofessuren“: „Es muss einen Karrierepfad für Fachhochschulprofessuren geben und darin reiht sich dann die Promotion ein“, sagte De Ridder. Das Promotionsrecht der Fachhochschulen dürfe nicht isoliert vom Kontext der Forschungslandschaft gesehen werden. Vielmehr müsste die Qualität von Promotionsverfahren an Fachhochschulen und Universitäten im Zusammenhang betrachtet werden. Auch an Universitäten bestünden in diesem Bereich noch erhebliche Defizite, etwa ungenügende Betreuungsverhältnisse und mangelnde Qualitätssicherung.

Kooperative Promotionen als Königsweg. Teuscher meinte, das hessische Gesetz sei grundsätzlich zu begrüßen, doch handle es sich um einen sehr speziellen Weg, bei dem fraglich sei, ob er in den anderen Bundesländern positiv aufgenommen und dann ebenfalls beschritten wird. Zwar könnten in Hessen auch einzelne Hochschulen einen Antrag stellen, vermutlich würden aber im Regelfall erst einmal Konsortien aus Hochschulen einen Antrag stellen, um ein gemeinsames Promotionsrecht zu erhalten, das in einem hochschulübergreifenden Promotionszentrum wahrgenommen wird. Da das hessische Modell sehr selektiv ist, sollte nach Teuscher darauf hingewirkt werden, dass das kooperative Modell parallel weiter verbreitet wird. Schließlich gebe es ja an nicht so vielen Fachhochschulen eine ausreichend kritische Masse innerhalb eines Fachs (immerhin bedarf es mindestens zwölf forschungsstarker Professor_innen), um das Promotionsrecht beantragen zu können. Um den vielen forschungsstarken Kolleg_innen an anderen Fachhochschulen die Möglichkeit zum Promotionsrecht zu geben, ist die kooperative Promotion aus seiner Sicht der Königsweg. Forschungsstarke Professor_innen ohne entsprechend starkes Kollegium vor Ort könnten dann z.B. durch eine Kooptation wie in dem von Mukherjee vorgestellten Modell oder durch Landeskollegs oder kooperative Plattformen das Promotionsrecht ausüben. Die kooperative Lösung sei im Vergleich zur hessischen Gesetzesnovelle der leichter umsetzbare Weg, da hier auch kleinere Hochschulen sowie kleinere Fächer eine Chance auf das Promotionsrecht bekommen können.

Zukünftige Stellung der Promotion. Schreiterer machte deutlich, dass die Diskussion um das Promotionsrecht der Fachhochschulen Züge einer „Zombie-Diskussion“ trage, in der unverdrossen alte Statuskämpfe ausgetragen werden. Unter dem Stichpunkt funktionale Weiterentwicklung bzw. der funktionspezifischen Ausdifferenzierung von Hochschulen und des Wissenschaftssystems sei die zentrale Problema-

tik eine ganz andere, nämlich die der zukünftigen Bedeutung und des Stellenwertes der Promotion. Sollte es z.B. eine Unterscheidung wie in England geben zwischen einem Berufsdoktorat und einer wissenschaftlichen Promotion? Wenn der „Ph.D.“ klar forschungsorientiert sein soll, müsse man sich auch überlegen, wie man mit medizinischen Doktorarbeiten umgehen will, die häufig den in anderen Fächern üblichen Mindestkriterien für eine wissenschaftsbasierte Qualifikationsarbeit nicht genügen. Sollte man z.B. einen speziellen MD (*Medical Doctor*) als Studienschluss verleihen? Wenn man die Promotion als eine wissenschaftsqualifizierende oder wissenschaftsbefähigende Arbeit ausweist, werde sich auch die Frage, was Fachhochschulen hier machen können und sollen, in einem anderen Licht darstellen als bei der jetzigen Diskussion. Die zentrale Frage sollte nicht sein „Wer darf promovieren?“, sondern „Welche Qualitätsanforderungen an eine Promotion sollen gelten und wie können wir sie sicherstellen?“

In dieser Reihe sind bisher erschienen:

- #13 Angela Borgwardt: **Akademische Weiterbildung** (2016)
- #12 Angela Borgwardt: **Hochschulgovernance in Deutschland II** (2015)
- #11 Angela Borgwardt: **Investitionen der Wirtschaft in Hochschulbildung – Wer profitiert?** (2015)
- #10 Pia Bungarten, Marei John-Ohnesorg (Hrsg.): **Hochschulgovernance in Deutschland** (2015)
- #09 Angela Borgwardt: **Von Moodle bis MOOC – Digitale Bildungsrevolution durch E-Learning?** (2014)
- #08 Angela Borgwardt: **Arbeitsplatz Hochschule – Aufstieg oder Sackgasse?** (2013)
- #07 Angela Borgwardt: **Hochschulräte und Hochschulsteuerung – Zwischen Beratung und Kontrolle** (2013)
- #06 Angela Borgwardt: **Profilbildung jenseits der Exzellenz – Neue Leitbilder für Hochschulen** (2012)
- #05 Angela Borgwardt: **Plagiatsfälle in der Wissenschaft – Wie lässt sich Qualitätssicherung an Hochschulen verbessern?** (2012)
- #04 Angela Borgwardt: **Karriere ohne Ende? Arbeitsplätze für den wissenschaftlichen Nachwuchs** (2011)
- #03 Angela Borgwardt: **Bologna 2010/2011 Hochschulen im Umbruch – Eine Zwischenbilanz** (2011)
- #02 Angela Borgwardt: **Bildungsgerechtigkeit in der Studienfinanzierung – Die soziale Dimension der aktuellen Förderprogramme** (2010)
- #01 Beate Bartoldus, Marei John-Ohnesorg (Hrsg.): **Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung – Ein Widerspruch in sich?** (2010)

Die Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei: anett.borchers@fes.de
Weitere Informationen finden Sie unter www.fes.de/themen/bildungspolitik/

HOCH
SCHUL
POLITIK